

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Einzelne Exemplare in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7126.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Bereinigungs- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1598. Telegramm-Adresse: „Postdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 3. Mai 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Nach dem Fest.

Das Maifest der Arbeit ist verklungen. Und wohl kein Land der Erde, soweit es seiner Volkswirtschaft und seiner Verfassung nach zu den modernen Staaten gehört, ist unberührt geblieben von seinem Gange. Überall fanden sich klassenbewusste Proletarier, die sich zum Maifest der Arbeit zusammenschlossen.

Wohl hat das kämpfende Proletariat noch Aufklärungsarbeit die Hülle und Fülle. Wohl wissen wir, daß den Millionen vom neuen Geist des Sozialismus erfüllten Mitkämpfern noch andere Millionen von Proletariern fremd und verständnislos entgegenstehen, die häufig noch ärmlich und gedrückter sind, als die, die sich zum Sozialismus bekennen. Die vom dämmernden Morgen bis zur sinkenden Nacht und bis tief in die Nacht hinein bei lagem Lohn dem Kapitalismus frohnden. Die trotz Arbeit ihr Leben in Hunger und Kummer führen; die sich in Lumpen kleiden; die zur Nacht übermüdet auf Lumpige Lager sinken, um nach wenigen Stunden von neuem in der ewigen Treitmühle zu schaffeln. Wir wissen, daß vielen Millionen von hungrigen, bedrückten Proletariern kein Streben nach Höherem die Brust erfüllt, wie uns andern; die gedankenlos, entmenscht in den Tag hinein leben, das Rauseln ihrer Ketten nicht hören.

Der Mensch verthiert und verumpft in dem täglichen Kampf ums Brot. — Kein höheres Ziel im Dienst der Kultur, als der Menschheit die Mühe zu verschaffen, die Kultur wenigstens ahnen zu lernen. Nach Aufklärung und Wissenschaft, Natur- und Kunstgenuss, Liebe und Freundschaft wenigstens zu streben. Der in Hunger und Kummer stumpfsinnig vegetierende Proletar taugt nicht für den Kampf um die Freiheit. Und dieser Kampf ist allezeit da entbrannt und kraftvoll geführt worden, wo das Proletariat sich die allerdrückendsten geistigen und materiellen Fesseln abgestreift hatte.

Darum ist unsere erste und lauteste Forderung: **Mühe für das Volk!** Mühe zum Erkennen des eigenen Jammers, Mühe zum Denken, Mühe zum Verlangen, Mühe, um sich beschäftigen zu können mit den Dingen des eigenen Berufs, der politischen Gemeinschaft. Mühe, um sich den Klassenoffenen anzugliedern und mit ihnen vereint eine schönere Zukunft zu erkämpfen. Acht Stunden Arbeit im Dienst des Kapitals, das ist genug und satt. Acht Stunden wollen wir für uns selber haben.

Ist nur die Masse zum Denken gebracht, dann kommt sie auch zum Verlangen. Und wenn die Masse verlangt, wenn das einige Proletariat fordert und das fordernde Proletariat einig ist: Im selben Augenblick ist auch die Forderung erfüllt.

Darum wurde 1889 in Paris das Maifest gegründet. Ein Symbol der Einigkeit des fordernden, klassenbewussten Proletariats — eine laute Demonstration unserer vornehmsten Forderung: **Mühe für's Volk! „Acht Stunden Tag!“** Schon die Möglichkeit der Gründung eines solchen Arbeiter-

Weltfestes war ein Triumph des Proletariats. Schon darin allein lag die Bürgschaft des schließlichen Gelingens, daß die Vertreter des Proletariats aller modernen Völker einträchtig bei einander saßen, daß sie sich eins wußten in ihrer wichtigsten Forderung: **Kürzung der Arbeitszeit.**

Und jedes neue Maifest, dessen wir uns seit jenen sechs Jahren erfreuten, hat immer aufs neue und jedesmal deutlicher gezeigt, daß der Gedanke, der in Paris die Männer der Arbeit vereinte, den Erdball längst umkreist hat, in immer fernere Länder gedrungen ist; daß er Proletariatscharen aller Zonen und aller Zungen unserer gerechten Sache gewonnen und ihre Herzen entzündet hat.

Die nachstehenden kurzen Berichte über das Maifest in Berlin, in Deutschland, in Europa und über dessen Grenzen hinaus sind nur eine dürftige Registrierung dessen, was geschehen. Die Begeisterung, die auf der ganzen Welt Millionen von Proletariatscharen an demselben Tage, in einem Gedanken und einem Streben zusammenschlagen ließ, läßt sich nicht schildern in dürren Worten.

Dem klassenbewussten Proletariat der ganzen Welt entbieten wir auch nach diesem Maifest wieder treuen Brudergruß. Laßt uns nur fest zusammenstehen! Laßt uns einig sein in unseren Forderungen! Laßt uns die schläfrigen aufrütteln. Sorgt, daß nirgends mehr ein Proletar verblendet die Faust gegen den eigenen Bruder erhebt, der ihm Brot und Freiheit bringen will.

Ist erst dies Sollenwerk überflogen. Wer will uns dann noch widerstehn? Dann werden bald auf allen Höhen Der wahren Freiheit Banner fliegen!
Und nun, Glückauf zum Maifest 1896!

Der Arbeit Valentag hat in Berlin und den Vororten der Stadt, vom herrlichen Frühlingewetter begünstigt, einen würdigen und imposanten Verlauf genommen. Auf Seiten der Arbeiter der Gedanke, möglichst im friedlichen Wirken das Ableben der verfaulenden Gesellschaft zu beschleunigen und der völkerverfeindenden Sozialdemokratie immer neue begeisterte Anhänger zu werben. Auf Seiten der Bourgeoisie das alte, nun seit sechs Jahren vernehbare Getuschel und Gekreische über die Umstürzler, die postkeltische Angst, die nur mühsam von der arbeitserfindlichen Presse mit Beschwichtigungsartikeln, wie auch mit albernen Späßen eingelullt wird. Und auf Seiten der Behörden, der Ordnungshüter — nun, es ist wohl nichts passender, als dem vorwichtigen Bericht des „unparteiischen“ Blattes, des „Lokal-Anzeigers“ wieder zu geben, der da schreibt:

Die Polizei hatte auf alle Fälle ihre Vorkehrungen getroffen. Die Mannschaften werden nach der gegenwärtigen Dienstvertheilung in zwei gleichen Gruppen zum Dienste verwendet, die je 24 Stunden Dienst haben und sich um 1 Uhr nachmittags auflösen. Die Mannschaften nun, die sonst um 1 Uhr hätten antreten müssen, waren heute schon zu 12 Uhr befohlen, und diejenigen, welche um 1 Uhr hätten abgelöst werden sollen, mußten bis 2 Uhr bleiben. Sie mußten um 6 Uhr wieder antreten. Von 6 Uhr nachmittags an ist also die ganze Schutzmannschaft im Dienst. Die Polizeimacht ist in diesem Jahre noch erheblich stärker, als früher, weil nach der Aufhebung des

Nachwächterinstituts die Zahl der Schutzleute bedeutend vermehrt ist. Wie lange die Konfignierung dauern wird, ist unbestimmt. Sie erreicht ihr Ende erst dann, wenn vom Kommando der Schutzmannschaft, das durch Ordonanzen über etwaige Vorgänge auf dem Laufenden erhalten wird, an die Hauptmannschaften ein entsprechender Befehl ergeht.

Das spricht Bände über die Stellung, welche der Staat den drängenden, unabwiesbaren Forderungen der Zeit gegenüber einnimmt. Stolz haben die Arbeiter dem Wirken ihrer Gegner zugeschaunt und unbelümmert um Philister, Polizei und Landgendarm ihre Pflicht gethan im widerwilligen Bewußtsein der Mission, die ihnen von der Geschichte zugewiesen. Die Vormittags-Versammlungen waren durchweg gut besucht, in vielen Fällen sogar überfüllt, so daß einige Lokale von der Polizei abgesperrt wurden. Der Fortschritt im Plan der Fester gab sich den Vorjahren gegenüber namentlich darin zu erkennen, daß die Gewerkschafts-Versammlungen nicht wie bisher mehr oder weniger regellos auf den Vormittag und Nachmittag vertheilt, sondern sämtlich zur bestimmten Stunde, zu 10 Uhr morgens anberaunt waren. In allen Versammlungen wurden, nachdem in fesselnder Rede die Bedeutung und der Zweck des Arbeiterfesttags dargelegt war, eine von dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission empfohlene Resolution angenommen, die folgenden Inhalt hat:

Die heute am 1. Mai 1895 in Berlin an der Maifestfeier Theilnehmenden fordern aufs neue in Uebereinstimmung mit den Arbeitern aller Länder auf Grund der Beschlüsse der internationalen Kongresse die gesetzliche Einführung des Achtstundentages, die Beilegung der Kinderarbeit; besonders Schutz der weiblichen Arbeitskraft; überhaupt durchgreifenden Arbeiterschutz.

Auf das entschiedenste protestieren die Versammelten gegen die Absicht der Regierung, die schon winzigen politischen Rechte der Arbeiterklasse durch Gesetze gegen den „Ansturz“ weiter zu beschneiden und der Arbeiterbewegung durch vereinzelte Maßnahmen die Bewegungsfreiheit gänzlich zu nehmen. Die Versammlung erblickt in diesen Bestrebungen der herrschenden politischen Mächte den Ansturz des Klassencharakters der heutigen Gesellschaft, in der jede, auch die berechtigteste Forderung der Arbeiterklasse dem Haß und der Verfolgung anheimgelassen ist.

Des weiteren erklären sich die Versammelten solidarisch mit den Arbeitern aller Länder. — Feinde jedes Nationalitätenhaßes, der die Völker entzweit und den Militarismus zu neuen, für die Arbeiterklasse drückenden Forderungen anreizt, wollen wir, die für die Befreiung der Menschheit kämpfenden Proletarier, Frieden und Eintracht unter die Völker bringen.

Zum Schluß entsenden die Versammelten brüderliche Grüße an die zur Bekundung der Solidarität heute, am 1. Mai, versammelten Arbeiter der ganzen Welt.

Der Nachmittag und der Abend des Tages war, wie es schon in den Vorjahren üblich gewesen, der Freude, dem beschneidenden Vergnügen gewidmet. Mit Weib und Kind waren die Parteigenossen ausgezogen, um am festlichen Wirken in Räumen, die der Bedeutung des Tages entsprechend ausgestattet waren, der schöneren Hälfte der Menschheit, und, was nicht minder bedeutungsvoll und notwendig ist, der heranwachsenden Jugend zu zeigen, daß es eines jeden Menschen Pflicht ist, am laufenden Wehstuhle der Zeit für sein Theil mitzuwirken, zu zeigen, daß er weiter zu arbeiten habe an dem blumigen Teppich, auf dem kommende glücklichere Geschlechter bereinigt wandeln sollen. Der Gedanke dieses edelsten weil selbstlosesten Schaffens, der am Morgen in erster Rede den Männern

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Vom Brandenburger Thor her kamen, die breite, stattliche Straße „Unter den Linden“ entlang, zwei junge Mädchen von etwa neunzehn und siebzehn Jahren. Ihrer beschneidenden, sauberen Kleidung nach gehörten sie den ärmeren Bürgerkreisen oder dem Arbeiterstande an. Die Ältere von beiden war eine hohe, schlankte Erscheinung, deren blaßes Gesicht durch den ungewöhnlich erusten Ausdruck der großen dunklen Augen und die edelgeschuittenen Züge sogleich auffallen mußte. Die jüngere war blond, von etwas kleinerem Wuchs und frischem, rosigem Teint, der dem reizenden Gesichtchen mit den tiefblauen Augen und dem herausfordernd leuchtenden Naschen den ganzen Schmuck der Jugendlichkeit verlieh.

Sie hatten ihren Bruder, der als Reservist nach Torgau eingezogen worden war, bis zum Anhalter Bahnhof begleitet und waren soeben im Begriff, nach ihrer Wohnung in der Petrisstraße zurückzukehren. Die jüngere, Dora, hatte ihre ältere Schwester Lotte zu dem kleinen Umweg durch das Brandenburger Thor zu überreden gesucht. Lotte, die seit dem Tode der Mutter das kleine Hauswesen daheim besorgte und kaum ein paar mal im Jahre über die nächste Nachbarschaft der Petrisstraße hinaus kam, hatte den Lockungen der kleinen Verführerin diesmal nicht widerstehen können. Die frischen Spuren der Abschiedsbräunen noch auf den jugendlichen Wangen, hatten sie sich von dem Menschenkrom, der auf dem Bürgersteig hin- und herluthete, gleichsam mechanisch vorwärts bewegen lassen. Noch stand

das Bild des scheidenden Bruders lebendig vor ihren von Wehnmuth erfüllten Seelen.

Die bunt wechselnden Gruppen von Spaziergängern, die von jeder des Sonntags um die Mittagsstunde sich auf dieser vornehmsten Promenade der Hauptstadt einzufinden pflegten, nahmen ihre Aufmerksamkeit nur in geringem Grade in Anspruch. Lotte schritt still und in sich versunken einher, während Dora nur ab und zu in halb kindlicher Reugier einen der zahlreichen Blicke erwiderte, die ihre jugendlich anmuthige Gestalt unwillkürlich auf sich zog.

Vor einem Handschuhladen in der Nähe der Friedrichstraße machten die beiden Schwestern für kurze Zeit Halt. Dora, die seit einem halben Jahre in dem Laden eine Stellung als Handschuhnäherin und Verkäuferin inne hatte, ging hinein, um sich in aller Eile eines geschäftlichen Auftrages zu entledigen. Sie selbst hatte diesmal ihren arbeitsfreien Sonntag.

Als sie eben aus dem Laden heraustrat, schritt ein junger Elegant vorüber, der sie mit seinen grellgrauen Augen scharf fixierte und zum Grusse leicht an den Hut faßte.

Dora dankte mit einem flüchtigen Nicken des Kopfes. „Wer ist der Herr?“ fragte Lotte, die den Grupp des Unbekannten bemerkt hatte.

„Ein Kunde von uns,“ versetzte Dora obenhin, „Lieutenant Hjel von Pilgram.“

„Steht Ihr auf so verträumtem Fuße mit Eurer Rundschaff, daß Ihr mit einander Grüsse tauscht?“ forschte Lotte misstrauisch.

„Der Bekannte verlangt, daß wir gegen die Herren, die ins Geschäft kommen, höflich sind,“ lautete Dora's Antwort.

An der Ecke der Charlottenstraße machte der Unbekannte, der den beiden Mädchen vorausgeschritten war, plötzlich Reht. Wiederum musterte er Dora mit seinem

leben, durchdringenden Blick, und es schien Lotte, als ob ein verdrehtes, listernes Lächeln um seine Lippen spielte. Sie wandte sich um und erschrak fast, als sie den in einen nobischen Zivilanzug gekleideten Lieutenant dicht hinter sich herschreiten sah.

„Gehen wir rascher,“ flüsterte sie leise.

Mit beschleunigten Schritten eilten die beiden Mädchen dem Schloßplatz zu. Hastig drängten sie sich durch die auf- und niederwogenden Gruppen, über deren Köpfe der kräftige warme Frühlingshauch zausend und zupfend dahinwehte. Es waren ihrer diesmal so viel, dieser Menschen, und ihre Stimmung schien von der gewöhnlichen, harmlosen Freude am bloßen Hinschleudern ganz merklich verschieden. Eine auffallende Lebhaftigkeit prägte sich in allen Gesichtern aus. War es nur der mit mächtigen Schritten herannahende Frühling, der diese Stimmung hervorrief, oder waren es noch andere, heftigere Empfindungen, die auf dem Grunde der Herzen ihr Wesen trieben und sich in den Fügen der Spaziergänger wieder spiegeln?

Es lag etwas wie Unruhe und Trost zugleich in diesen Fügen. Den Herren und Damen im Sonntagstaat waren zahlreicher als sonst schlechte Handwerker und Arbeiter beigemischt, welche sich in ihrem vielleicht einzigen Noth früher kaum nach dieser vornehmen Promenade hinausgewagt hätten. Und doch schritten sie heut inmitten dieser gepuhten und behandschuhten Gesellschaft so sicher einher, als ob sie plötzlich alle Schen verloren und über Nacht ihr angeborenes Recht auf Dasein entdeckt hätten.

Nach dem Schloßplatz zu wurde die Menschenmenge immer lebendiger und dichter, nur mit Mühe konnten die beiden Mädchen vorwärtskommen. Als sie an der Schloßfreiheit einbogen, wandte Lotte sich vorsichtig spähend zurück

erläutert wurde, sollte am Nachmittag ausklingen im Ohr der treuen Kampfgesährten und der Kinder. Sollen diese doch den Kampf vollenden helfen, der von unserem Geschlecht gegen eine Welt des Unrechts und der Unterdrückung aufgenommen wurde.

Die dem graphischen Kartell angehörenden Gewerbe (Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen, Stein-drucker etc.) hielten ihre gemeinsame Versammlung im großen Saal des „Böhmischen Brauhauses“, Landsberger Allee 11-13, ab. Auch die Hilfsarbeiterinnen waren zahlreich vertreten, im ganzen mochten gegen 1400 Personen anwesend sein. Eingeleitet wurde die Feier durch den Gesang des Liedes „Der Freiheit Sieg“, vorgelesen durch die Gesangsvereine „Typographia“, „Buchbinder-Männerchor“ und „Senfelder“.

Das Referat hielt Genosse Otto Sillier, der an der Hand eines reichen statistischen Materials die ungerechte Verteilung des Arbeitsvertrages, das wachsende Elend der Arbeitermassen nachwies und hieraus die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung eines ausgedehnten Arbeiterschutzes und die Forderung auf Beseitigung aller indirekten Steuern und der stehenden Heere ableitete. Seiner Aufforderung, durch Annahme der gemeinsamen Resolution das Einverständnis mit den Forderungen der aufgeregten Arbeiter der ganzen Welt zu bekunden, wurde einmütig entsprochen. Nach Schluß der Versammlung blieb ein großer Teil der Kollegen und Kolleginnen noch in zwangloser Unterhaltung beisammen; weitere Aufführungen der vorgenannten Gesangsvereine wurden jedoch durch den im Garten postierten Polizeilientenant inhibiert.

Sehr stark von Frauen besucht war die Versammlung der Bekleidungsindustrie; der Saal des alten Schützenhauses in der Bismarckstraße war sehr bald über und über gefüllt; gegen 600 Personen hörten der Rede des Genossen Dr. Jadel aufmerksam zu. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme; am Schluß der Versammlung wurden drei Strophen der Marschlieders von den Teilnehmern stehend gesungen.

500 Personen füllten den Feinsaal in allen seinen Abteilungen, wo die verschiedenen Arbeiterkategorien der Metallindustrie sich ein Rendezvous gegeben hatten. In seinem Referat gab der Genosse A. Hebel eine präzise Darstellung des Aufbaus und des bisherigen Verlaufs der Achtstundebewegung in den einzelnen Ländern. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden Räter hin erhoben die Arbeitslosen die Hände — es waren mehrere hunderte. Auf die weitere Frage: wer den Tag aus eigenem Antrieb feierte? antworteten ca. 4/5 der Anwesenden im bejahenden Sinne. Die vom Referenten verlesene Resolution fand jubelnde Zustimmung.

Die Gruppenversammlung der in der Schuhwaren-Industrie Beschäftigten war überaus zahlreich besucht und füllte die Teilnehmer das geräumige Lokal bei Fiebig in der Frankfurterstraße bis auf den letzten Platz. Das Vortragswort übernahm Genosse A. Hebel, der vortragsvoll die Bedeutung des Tages würdigte. Eine große Zahl der Teilnehmer schloß sich sodann einem Ausflug nach Stralau an.

Die Arbeiter der Holzindustrie waren in einer Anzahl von ca. 3000 Personen in dem großen Saale der Brauerei Friedrichshain versammelt. Bereits um 10 1/4 Uhr wurde der geräumige Saal für die noch immer zuströmenden Teilnehmer polizeilich abgesperrt. Einige hunderte Personen, denen der Zutritt zu der Versammlung verweigert wurde, hielten sich vom herrlichen Wetter begünstigt im Garten auf. Genosse Glocke referierte und erläuterte in eingehender Weise die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiter-schaft. Der Redner beleuchtete die wirtschaftliche und politische Lage, die Vorteile der Verkürzung der Arbeitszeit und die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation.

Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht und die Resolution sodann einstimmig angenommen. Durch Abstimmung wurde festgestellt, daß fast alle Anwesenden durch Arbeitsruhe demonstrieren. Den Schluß der großartig verlaufenen Versammlung bildeten Gesangs-vorträge von einigen Gesangsvereinen.

Für das Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe fand eine Versammlung in Meißner's Salon statt, die von circa 800 Personen besucht war. Hervorragend beteiligt waren die Tabakarbeiter, die Gastwirts-Gehilfen, Brauer, Musiker und Bäcker. Genosse Lark referierte und schilderte mit begeisterten Worten die Bedeutung des 1. Mai für das Proletariat. Der Redner wies unter anderem auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft aller Kulturstaaten hin, das uns zu der Hoffnung berechtigt, daß unsere Forderungen: freie Schule, freie Kunst, freie Presse, freie Rede und Kritik und freies Wahlrecht zur Durchführung gelangen. Erst dann werde der 1. Mai ein Festtag für das ganze Volk sein, wenn jedem Menschen der Ertrag seiner

und bemerkte, daß der elegante Verfolger bereits verschwunden war.

Werkwürdige Gedanken gingen ihr durch den Kopf: Welche Beziehung bestand zwischen Dora und diesem Ael von Pilgram, der ihr durch sein ganzes Wesen sogleich eine tiefe Abneigung eingefloßt hatte, wie sie instinktiv das zarte Bild vor dem beutegierigen Raubthier empfindet? Woher kannte Dora den Namen dieses Menschen? Jedenfalls mußte sie wachen über das Wohl des jungen, unerfahrenen Mädchens, das auf ihr Verreiben die Stellung in dem Ledner'schen Laden angenommen hatte. Aber sie durfte nicht mit der Thür ins Haus fallen, nicht durch ungeschicktes Ausfragen in dem ebenso gutfertigen wie trostspendigen Kinde Gedanken erwecken, die vielleicht Dora noch meilenweit fern lagen.

Im Eingang in die Brüderstraße, vor der alten Stechbahn, wurden sie durch einen Aufruf am Weitergehen verhindert. Ein verhämter und ausgehungerter, allem Anschein nach angetrunkenen Mann, ohne Rock und Mantel, in zerrissenen Stiefeln und vielfach gestickten Beinkleidern, war durch einen der Gendarmen, die vor dem Königsschloß postiert waren, angehalten worden.

„Zum Kenich will ich, zum Kenich!“ rief er laut, indem er seine unheimlich flammenden Augen nach den Fenstern des Schlosses richtete und den Hüter der Ordnung von sich abzuwehren suchte. „Brot will ich für meine fünf Kinder, Majestät, Bro—o—t! Anton Kowalla hungert mit seine Kinder!“

Der Beamte hatte alle Mühe, mit dem Ruhestörer fertig zu werden. Die Passanten sahen neugierig zu, ohne für die eine oder andere der beiden handelnden Personen Partei zu ergreifen.

„Jestern hab' ich'n Rock verlorrt“, fuhr Kowalla, zu den Umstehenden gewandt, fort — „und wenn's heit kein Brot fielt, denn verlorrt' ich' och noch de Hosen. Seit acht Wochen such' ich Arbeit, um kann keine kriegen. Freifreiheit will ich, wie de Pferde in'n kenichlichen Marstall!“

Lautes Lachen ertönte aus mehreren Gruppen der Zuschauer. Dadurch angefeuert, wollte Kowalla eben in seinen Ausführungen fortfahren, als zwei Garde-Offiziere die Menge zerstreuten und dem Hüter des Gesehes zu Hilfe kamen.

„Heba, hierher!“ riefen sie ein paar Unteroffizierern und Gendarmen zu, die in einiger Entfernung sichtbar wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeit gesichert ist. Eine Diskussion fand nach dem mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag nicht statt, und gelangte die Resolution einstimmig zur Annahme.

Die Versammlung der im Handel- und Verkehrsgewerbe Angestellten im Louisenstädtischen Konzerthaus war von ca. 500 Personen aller Berufe, auch von vielen Frauen besucht. Genosse Jahn referierte hier über die Bedeutung des Tages unter besonderer Bezugnahme auf das Verkehrsgewerbe unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Auch in dieser Versammlung wurde von einer Diskussion abgesehen, und die allgemeine Resolution darauf einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Unter dem Gesang der Arbeitermarschlieders entzogen sich die Anwesenden.

500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederindustrie — Gerber, Lederarbeiter und -Färber, Sattler, Tapeziter etc. — hatten sich bei Uhlitz in der Badstraße versammelt, wo Genosse Sassenbach über die Bedeutung des Tages referierte. Redner betonte besonders den internationalen Charakter der Arbeiter, der ihr eine höhere Weisheit und größere Bedeutung verleihe, als es der Agitation für den Achtstundentag und für einen möglichst weitgehenden gesetzlichen Arbeiterschutz an sich möglich wäre. Der Vortragende gedachte auch der Umsturzvorlage, und bezeichnete sie als einen Lohn auf die heutige Kultur. Mit der Aufforderung an die Versammelten, aus den vielen Mittäufsern ein gutgeschultes, tüchtiges Arbeiterheer heranzubilden, schloß Redner unter stürmischem Beifall das Referat.

Die Fuhrer und Maurer (zentraler Richtung) versammelten sich im großen Feinsaal bei Keller, Kopenstr. 29. Der circa 1500 fassende Raum war sehr bald vollständig gefüllt. Genosse Georg Wagner legte in zäher Rede die Bedeutung des Tages klar und ermahnte eindringlich zum Anschluß an die politische und gewerkschaftliche Organisation. Von einer Diskussion des mit wachem Beifallsturm begleiteten Vortrages wurde Abstand genommen und einhellig der von der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Resolution zugestimmt.

Die Röhlpolier und deren Frauen kamen im oberen Saale desselben Etablissements zusammen. Etwa 400 Personen stark folgten sie mit sichtbarem Interesse dem Referat des Genossen Benno Stabernack und gaben der Resolution ihre Zustimmung. Nach der Versammlung begaben sich die Festteilnehmer nach dem Lokale von Gagerlandt an der Obersee, den Rest des Tages der Erholung widmend. — In den unteren Räumen des Keller'schen Lokales hatte man während der Versammlung eine Polizeiwache eingerichtet, die auch nachmittags wieder bezogen wurde und bis in die Nacht hinein besetzt blieb.

Die Damen- und Kinderkonfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich in Henke's Saal, Raupstraße, versammelt. Obwohl der Besuch nur ein mäßiger, wurde doch der Vortrag des Genossen Bösch von den Anwesenden, welche größtenteils aus Arbeiterinnen bestanden, mit reger Begeisterung aufgenommen. Mit dem Ersuchen, überall für Organisation des arbeitenden Volkes zu wirken, schloß Redner seinen durch Beifall belobten Vortrag. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Madly, Spötter und Maschek im Sinne des Referenten, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Achtstundebewegung ihren Abschluß fand.

Die Versammlung der Vergolder im Louisenstädtischen Klubhaus war von ca. 200 Personen besucht. Genosse Jahn referierte über die Feier des Tages unter lautem Beifall der Anwesenden. Eine Diskussion fand nicht statt. Zur einstimmigen Annahme gelangte die allgemeine Resolution. Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung und dem Gesang der Arbeitermarschlieders wurde die Versammlung geschlossen.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter hielten ihre Versammlung im Vereinshaus „Süd-Ost“, Waldemarstraße, ab. Lange vor Eröffnung derselben schon war das Lokal polizeilich abgesperrt, so daß es eines Retourdes des Einbrüfers bedurfte, um noch einen Teil der noch Einlassbegehrenden zuzulassen. Das Referat daselbst hatte Genosse Hohla übernommen, welcher in klarer, faßlicher Weise die Bedeutung der Arbeiterfeier vortrug, ebenso die Bedeutung der Maidemonstration zu grunde liegenden Forderungen der Arbeiterschaft präziserte. Die übersäufte, aber in musterhafter Ruhe sich bewegende Versammlung nahm die Ausführungen des Referenten mit sichtlicher Begeisterung auf. Auf Antrag wurde von einer Diskussion Abstand genommen, um dem vortrefflichen Vortrag keinesfalls eine Abschwächung zu teil werden zu lassen. Im Anschluß hieran beschloß die Versammlung, die Fortsetzung der Feier durch einen Ausflug nach Kämpel's Etablissement in Treptow zu begeben.

Die Stein- und Holz-Wildhauer und verwandte Berufsgenossen waren sehr zahlreich im oberen Saal des Louisenstädtischen Klubhauses, Annenstraße 16, versammelt. Hier referierte unter lebhaftem Beifall der Versammelten Genosse H. Schulz über die Bedeutung des 1. Mai und empfahl zum Schluß die Annahme der von der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Resolution, die sodann einstimmig Annahme fand.

Bei den Glasern, Bilderrahmenmachern und verwandten Berufsgenossen, die sich im Gartenhof der Arminhallen eingefunden hatten, war die Beteiligung eine schwächere, wie im vorigen Jahre. Die Ursache dieser Erscheinung wurde vom Vorsitzenden mit der dieses Jahr besonders ungünstigen Geschäftslage begründet. Das Referat hatte Dr. Pinn übernommen. Nach Rundgebung ihres Einverständnisses mit den Darlegungen des Vortragenden machten die Versammelten die obige Resolution ebenfalls einstimmig zu der ihrigen.

Den großen Saal der Arminhallen nebst Nebenraum füllten die zahlreich erschienenen Maler. Die Sänger der „Liedertafel der Maler“ intonierten vor Beginn der Versammlung das Lied „Völkerfrühling“. Unter recht lebhaftem Beifall hielt Bislin den Hauptvortrag; eine Resolution kam nicht zum Vorschein. Mit dem „Sozialistenmarsch“, ebenfalls vom Gesangsverein „Liedertafel der Maler“ vorgelesen, schloß die Versammlung.

Die Versammlung der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufe, einberufen von der Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins und Umgegend um Vormittag 10 Uhr nach Cohn's Festsaal, Leuth-Strasse Nr. 20, war trotz der hohen Geschäftszeit recht gut besucht. Bis auf den letzten Platz hatten die Versammelten, davon wohl ein Drittel Frauen, den großen Saal besetzt. In seinem Vortrage über die Bedeutung des 1. Mai nahm der Referent, Kollege Timm, Gelegenheit, unter lebhaftem Zustimmungsbewegungen der Zuhörer scharfe Kritik an den letzten öffentlichen Vorlesungen zu üben und schloß unter reichem Beifall mit der Unterbreitung der Resolution, die von der Gewerkschaftskommission zur Annahme empfohlen ist. Einstimmig stimmte man derselben zu.

Die Töpfer, Steinscher und Dachdecker hatten sich zu einer Gruppe vereinigt und versammelten sich im Lokale von Fey, Brunnenstraße 84. Die in der Versammlung erschienenen 450 Personen gehörten fast ausschließlich dem Töpfergewerbe an. Steinscher und Dachdecker waren sehr spärlich erschienen. Eingeleitet und geschlossen wurden die Verhandlungen durch Gesangs-vorträge der Töpfer. Das Referat hielt Genosse Willara.

Den Zimmerern, welche bei Rood, Brunnenstraße 16, tagten, hatten sich die Steinmetze zugesellt, doch waren letztere sehr schwach vertreten. Dieselben sammelten sich bei Bräuning, Rosenhallerstraße 12. Erschienen waren 6-700 Personen. Dem Vortrage des Genossen Adolf Hoffmann folgte eine längere Debatte, in welcher besonders der Beschluß der jüngsten allgemeinen Generalversammlung, wonach sich jeder

Berliner Zimmerer dem hiesigen Fachverein anzuschließen hat und Platzdeputierte zu wählen sind, in Erinnerung gebracht wurde.

Die lokalorganisierten Maurer waren, etwa 400 Mann stark, bei Gröndel, Brunnenstr. 188, versammelt. Hier sprach Kollege Karl Behrend als Referent. Dem Vortrage schloß sich eine sehr animierte Diskussion an, in welcher auch zur Freude aller „Vater Wittkod“ in gewohnter kräftiger Weise das Wort nahm. Betont wurde alleinig die Notwendigkeit der Organisation und Anschluß an den Interessenverein. Belustigender Ausweis wurden an die Versammlungsteilnehmer Maimarken unentgeltlich verabfolgt. Zum Schluß gelangte die Gewerkschafts-Resolution einstimmig zur Annahme und sangen die Anwesenden stehend die erste Strophe der Arbeiter-Marschlieders.

Die Anarchisten-Versammlung im Lokale Königs-bank, Große Frankfurterstr. 117, war von dem Malergehilfen Paul Kleinert einberufen worden. In derselben nahmen nur circa 250 Personen teil. Das Referat hatte der Mechaniker Karl Biesenthal übernommen. Er sprach in kurzen und kräftigen Worten über die Bedeutung des 1. Mai. Zum Schluß bat er die Versammelten, die Theorie des Anarchismus zu vertreten. Da nach dem Referat eine Diskussion stattfand, meldete sich der Tischler Winter zum Wort. Derselbe betonte unter dem wenig Belanglosen, was er überhaupt sprach, daß der „Vorwärts“ lieber „Rückwärts“ heißen solle, denn am 17. April 1895 hätte in demselben gestanden: Die Arbeiterbewegung in Wien einen großartigen Charakter tragen. Doch sollten die hiesigen Arbeiter nicht dableiben thun. Die Versammlung wurde nach stunden-langer Diskussion in aller Ruhe um 12 1/2 Uhr geschlossen.

Die polnischen Sozialdemokraten Berlins begingen ihre Arbeiterfeier durch einen Vormittagsausflug mit Frauen und Kindern nach Treptow. In Jakob's Gartenlokal vergnügte man sich bei zahlreicher Beteiligung bis zum Abend. Um 8 Uhr fand dann bei Specht, Marktgrafenstr. 89, eine Versammlung statt. Das Lokal vermachte die Teilnehmer nicht zu lassen, viele mußten wieder umkehren. Eingelassen waren zwei Glückwunsch-Telegramme von den Genossen aus Paris und aus Oberschlesien. Genosse Morawski hielt einen, der Bedeutung des Tages entsprechenden Vortrag, woran sich eine kurze Diskussion schloß. Folgender Resolution wurde einmütig zugestimmt:

1. Die polnischen Sozialdemokraten in Berlin erklären heute am 1. Mai mit aller Kraft für Anschluß an die politische Partei zu agitieren, um die Zahl der politischen Kämpfer zu vermehren, die Idee der Sozialdemokratie weiter ausbreiten und den baldigen Sieg der Arbeiterschaft herbeiführen zu helfen.

2. Die polnisch-sozialdemokratische Arbeiter-Versammlung in Berlin erklärt sich mit den Arbeitern aller Länder solidarisch, sie protestiert gegen die heutige Gesellschaftsordnung, welche einen Teil der Arbeiter zu langsamem Vergehren verurteilt, und giebt kund, daß sie nicht eher ruhen wird, bis der Achtstundentag gesetzlich eingeführt ist.

Eine Abendversammlung mit Frauen und sich anschließendem geselligen Vergnügen veranstalteten die Dach-decker bei Gröndel in der Brunnenstraße. Gegen 300 Personen fanden sich hier zusammen. Ansprachen hielten die Genossen Schöpflin und Radwiz.

Am Abend wurde die Feier in den einzelnen Wahlkreisen in den größten der Partei zur Verfügung stehenden Lokalen abgehalten.

Im Feinsaal hatten sich 5000 Personen des ersten Wahlkreises eingefunden. Wohl gegen 3000 Personen füllten den weiten Raum. Eine Kapelle von Zivil-Vermusikern und eine Sängerschaaer sorgten für die musikalischen Genüsse der zahlreichen Festteilnehmer. Den Festvortrag hielt Genosse Hebel, dem beim Betreten der Tribüne eine brausende Ovation dargebracht wurde. Redner schloß unter stürmischem Beifall mit einem stimmungsvollen Schluß. Begeistert sangen die versammelten Massen die hierauf vom Orchester und Gesangschor intonierte Marschlieders. Das später aufgeführte Festspiel, in dem ergötzliche Episoden aus dem Kampfe der Arbeiter wirkungsvolle Bewertung gefunden haben, gefiel außerordentlich. Genannt zu werden verdienen noch einige Deklamationen des Genossen J. Lark, der u. a. die „heilige Alliance der Völker“ von Berger vortrug.

Die Genossen vom zweiten Wahlkreis hielten ihre Arbeiterfeier in der Berliner Bodbrauerei ab. Sehr bald war der Garten dieses großen Etablissements dicht besetzt. Abwechslend sorgte eine Kapelle der Vermusiker sowie mehrere Gesangsvereine für die Unterhaltung der zahlreichen Festteilnehmer. Im großen Saale hielt um 9 Uhr der Reichstags-Abgeordnete Fischer den Festvortrag. Die treffenden, die heutigen politischen Zustände dabei scharf gezeichneten Ausführungen des Redners fanden bei den Zuhörern lebhaften Applaus.

Nicht minder zahlreich waren die Genossen aus dem 3. Wahlkreis in dem Lokal „Neue Welt“ in der Hasenheide erschienen. Der Zubrang war auch hier ein sehr starker und der sehr geräumige Garten ergab Abend vollständig von Besuchern gefüllt. Die Festrede wurde von dem Genossen Vogtherr in dem großen Saal gehalten. Redner führte seinen Zuhörern unter lebhaftem Beifallsbewegungen in wirkungsvoller Weise die Bedeutung des Tages vor Augen. Ein großartiges Feuerwerk, sowie ein im Hintergrund des Gartens kunstvoll gruppiertes Bild bildeten den Abschluß des Festes.

Die Genossen des vierten Reichstags-Wahlkreises hatten sich die vier größten Lokale in dem Kreise gesichert; der Andrang war überall ein gewaltiger. Das Programm war das gleiche: Konzert von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Vermusiker, Gesänge von Vereinen des Arbeiter-Sängerbundes, Deklamationen, Aufführung lebender Bilder, Festreden und Tanz. In Sanssouci, Rottbuserstraße, sprach Genosse Dr. Heymann vor ca. 1200 Personen; bei Keller, Kopenstr. 29, wo Paul Singer referierte, wurden während der „Volkerversammlung“ — wegen Ueberfüllung, wie der vor der Thür postierte Polizeilientenant unserem Berichterstatter, dem er ebenfalls den Eintritt wehrte, sagte — die Türen des Saales durch doppelte Schuttmannposten abgesperrt; das Lokal fast mit Gallerien etwa 5000 Personen. Im Elysium, Landsberger Allee 89/90, hielt Genosse Georg Wagner die Festrede und in der Brauerei Friedrichshain, am Königsthor, erläuterte Genosse Singer die Bedeutung des Tages. Ueberall herrschte wahre Festtagsstimmung, die nirgends durch einen Zwischenfall gestört wurde. Den an den Ausführungen Mitwirkenden wurde von den Festteilnehmern wohlverdienter Beifall in reichem Maße zu teil und überall bewiesen die Genossen und Genossinnen ihr vollstes Einverständnis mit den Ausführungen der Redner.

Der Schweizergarten am Königsthor war von den Genossen aus dem 5. Berliner Wahlkreise zahlreich besucht. Die Zahl der Teilnehmer konnte man auf 3000 schätzen. Das Arrangement gleich im wesentlichen dem der anderen Feste. Besonders zu erwähnen sind die sehr gut gruppierten lebenden Bilder, die den regen Beifall aller Besucher entzogen. Die Festrede hielt der Genosse Rob. Schmidt. Das Hoch, was der Redner am Schluß seines Vortrages auf die internationale Arbeiterbewegung ausbrachte, fand ein tausendstimmiges Echo bei den zahlreichen Zuhörern.

Für die Rosenthaler Vorstadt war als einziges Lokal Weimann's Volksgarten bestimmt. Der Zubrang der Genossen mit ihren Familien war in diesem Kleingarten ein ganz gewaltiger. Der tagsüber allmählich in das Lokal sich ergießende Menschenstrom steigerte sich gegen Abend zu einer bedächtigenden Hochflut. Demgegenüber nahm sich das politische Verbot, die üblichen Demonstrationen zu vermeiden, sowie sie von der Straße aus zu sehen sein könnten, um so kleiner an. Der Garten prangte daher nur in seinem natürlichen Schmuck, im frischen Matsgrün. Die Maidemonstration wurde in

die Säle verließen. Die Gesangsvorträge des Arbeiter-Sängerbundes sowie eine schwungvolle Ansprache des Genossen Antrick gaben dem Fest die würdige Maifestimmung.

Die Genossen der Schönhauser Vorstadt hatten sich drei Lokale an der Schönhauser Allee ausserkoren und zwar das alte bekannte Jägerhaus und das daneben liegende Lokal von Marieke, sowie das Lokal von Märtschel. Die beiden ersten Lokale sind große Gartenetablissemments, waren der Bedeutung des Tages entsprechend dekoriert und bildeten bereits am Nachmittage den Sammelpunkt zahlreicher Familien. Der Abend versammelte die Genossen hier selbst in reicher Zahl. Die Zahl der Besucher wird in beiden Lokalen zusammen auf 10 000 geschätzt. Begreiflicherweise war bei dem herrlichen Wetter der Zug nach den großen Lokalen der vorherrschende, daher hatten sich bei Märtschel verhältnismäßig wenig Genossen versammelt. Erst in den späteren Abendstunden wurde der Besuch ein etwas stärkerer und steigerte sich auf 5-600 Personen. Das Programm war dasselbe wie in den anderen Lokalen. Die Ansprache hielt hier Genosse Borgmann.

Für den Wedding war das Fest in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 68 und im „Feldschlösschen“, Mülkenstraße 142, arrangiert. Die Maifeier in der Norddeutschen Brauerei wurde durch Konzert von der Kapelle des Herrn Christmann, unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Nordwest“, „Unverdorfen“, „Sangeslust II“ und „Oranienburger Vorstadt“ festlich begangen. Der große Garten war von ca. 3000-4000 Menschen besucht. Um 9 Uhr abends erschien der Reichstagsabgeordnete Genosse W. Lieblincht und hielt die Festrede, die von den zahlreichen Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Gegen 8 Uhr mußten mehrere Vertrauensmänner in Begleitung eines Polizeiwachmeisters auf das nächstliegende Polizeirevier. Zweck dieses Transportes war: Es waren rote Plakate an den Eingang des Gartens klebt. Diese rote Farbe war aber nach Ansicht der Polizei nur zu amtlichen Bekanntmachungen zu verwenden, aber nicht zu Plakaten behufs Ankündigung der Maifeier. Die Plakate mußten nun auf Aufforderung der Polizei und in Gegenwart derselben wieder losgelöst werden.

Im „Feldschlösschen“ war die Feier eine ebenso imposante. Hier wurde das Konzert von Herrn Schoneit dirigiert, und gaben Gesangsvereine „Patriot“, „Wedding Harmonia“, „Steinmetze“ und „Alpenröslein“ treffliche Leistungen der Gesangskunst zum besten. Auch hier hielt Genosse W. Lieblincht die Festrede. Die Teilnehmerzahl konnte man auf circa 2000 Personen schätzen.

In der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49, genigte der kleine Garten kaum für die Zahl der Teilnehmer. Vorträge und Gesangsaufführungen, sowie Theateraufführungen wurden von der Theatergesellschaft „Stralwitz“ ausgeführt. Diese Gesellschaft wurde unterstützt von dem Gesangsverein „Freie Sangesbrüder Moabit“, „Verein Unvergagt Moabit“ und dem Gesangsverein der Klemperer, welche abwechselnd die Teilnehmer unterhielten. Lebende Bilder, dargestellt von der Gesellschaft Stralwitz und den Parteigenossen errangen einen lebhaften Beifall. Die Festrede wurde von dem Genossen Adolf Hoffmann gehalten.

In den Vororten war die Beteiligung allgemein eine sehr rege. In Nummelsburg beteiligten sich am Abend circa 400 Genossen an der Feier und stimmten nach einem Referat des Genossen Sonnenburg einer Resolution zu, die sich in ihrem Inhalte mit der in Berlin angenommenen deckt.

In Köpenick war von einer Versammlung am Vormittag Abstand genommen. Am Abend vereinigten sich 700 Teilnehmer zu einer imposanten Versammlung im hiesigen Stadttheater. Die Festrede hielt Genosse Eichler.

In Stralau war die Versammlung am Vormittag von 100 Personen besucht, die nach dem Referat des Genossen Sonnenburg die im „Sozialdemokrat“ bekannt gegebene Resolution annahm. Am Abend sprach der Genosse Hansen vor ca. 300 Personen.

Das Versammlungslokal in Friedrichsberg, Schneider's Gesellschaftshaus, wurde vor Eröffnung der Versammlung abgesperrt. Wohl an 800 Personen hatten Platz gefunden, die mit lebhaften Beifallsbekundungen die trefflichen Ausführungen des Genossen Stadthagen begleiteten.

In Nitzdorf war man hochbefriedigt von dem Verlaufe der Versammlung, die am Vormittage abgehalten wurde. Die Besucherzahl ist mit 800 Personen nicht zu hoch gegriffen. Nach der Rede des Genossen Zubeil fand die Berliner Resolution ohne Widerspruch Annahme. Frau Fahrenwald erinnerte das weibliche Element zur Unterstützung der Frauenbewegung. An die Arbeitslosen wurden Freikarten für die Nachmittagsfestlichkeiten vorausgibt.

Die Feier am Abend verlief, wesentlich gefördert durch das selten schöne Wetter, in programmmäßiger Weise. Waren auch die beiden Festlokale Hermannstr. 45 und Knefelstr. 77 in den beiden Nachmittagsstunden weniger stark besetzt, so wurde der Andrang gegen Abend desto bedeutender. Genosse Koblach fand bei seinen Festreden lebhaften Beifall, ebenso wurden die Vorträge der Gesangsvereine dankend entgegengenommen.

In Rich tagte am Abend eine Versammlung, die von ungefähr 200 Personen besucht war. Nach langer Zeit konnten an dieser Versammlung auch wieder die Frauen teilnehmen, was bisher von der Polizei-Ordnung jedesmal verhindert wurde. Das Referat hatte Genosse Stabernack übernommen, und wurde sodann eine Resolution im Sinne des Referats angenommen. Der Versammlung schloß sich ein zwangloses Beisammensein an.

Johannisthal: Die hiesige Festversammlung war von etwa 200 Personen besucht. Nachdem gleich zu Anfang auf Anordnung des Polizeiführers 8 oder 4 kleine Kinder aus dem Saal entfernt werden mußten und der Staat dadurch außer Gefahr gebracht war, referierte Genosse Sassenbach über: „Die Bedeutung des 1. Mai.“ Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte ein gemächliches Beisammensein und Tanz, wobei auch der Gesangsverein „Eintracht“ einige Lieder zum besten gab, so daß der Verlauf des Festes ein würdiger genannt werden kann.

Friedrichshagen. In einer auch von Frauen gutbesuchten Versammlung sprach hier Genosse Heinrich Schulz über die Bedeutung des 1. Mai. Einmütig stimmten die Teilnehmer einer Resolution zu, die ihr Einverständnis zu den Forderungen der internationalen Kongresse ausdrückt.

Wiel stärker besucht, als man erwartet hatte, war die Versammlung in Charlottenburg, in welcher Wilhelm Liebknecht unter lebhaftem Beifall die Rede des Tages hielt. Mit Rücksicht auf diese erscheinenden Ausführungen wurde in eine Debatte nicht eingetreten; mehr als 600 Personen stimmten der Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission unter lautem Beifall zu. Am Abend waren von den Genossen zwei Lokale, Bismarckhöhe und Triefthaus' Salon, mit Beschlag belegt; im ersteren herrschte eine wahrhaft bedrückende Fülle. Die Polizei hatte den Vertrauenspersonen schon vormittags angekündigt, daß bei einer Strafe von 75 M. verboten sei, die Kinder während des Tanzes im Saale zu belassen, und am Abend wachten die Beamten mit peinlicher Sorgfalt darüber, daß dieses Gebot ja nicht übertreten wurde. Der Abg. Zubeil war der Festredner in beiden Lokalen.

Schwargendorf. Eine Volksversammlung, die abends in Sanssouci in der Kasparkirche tagte, war im allgemeinen gut besucht. Zum Vortrage über die Bedeutung des 1. Mai war Genosse Pfeiffer aus Berlin erschienen. Eine Diskussion folgte dem beifällig entgegengenommenen Vortrage nicht; einmütig machten die Versammelten die von der Berliner Gewerkschaftskommission vorgeschlagene Resolution zu der übrigen.

In Wilmersdorf war die Beteiligung an der Versammlung nur schwach. Nach einem trefflichen Referat des Genossen Knaut, dem sich eine kurze Diskussion anschloß, stimmte

man der Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission zu. Den Schluß bildete ein gemächliches Beisammensein.

Schöneberg. Die Maifestversammlung wurde hier abends 8 Uhr unter harter Beteiligung von Arbeitern und Arbeiterinnen abgehalten. Als Referent gab Fritz Runert eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Achtstundentages, sowie der thatsächlich bereits erzielten Ergebnisse des Gebankens der Verkürzung der Arbeitszeit, um schließlich auf die Mittel zur weiteren Verwirklichung der Forderung achtstündiger Arbeitszeit hinzuweisen.

Von einer Diskussion wurde nach dem 1 1/2stündigen Vortrage Abstand genommen, und die Versammelten nahmen einstimmig eine der Freier und Würde des Tages entsprechende Resolution an, welche sich in ihrem ersten Teile mit der unserer englischen Parteigenossen deckte, in ihrem zweiten und dritten Absatze aber scharf formulierte Proteste gegen den Militarismus und gegen die regierungseitig eingebrachte Umsturzvorlage zum Ausdruck brachte. — Bei Eröffnung und zum Schluß der erhabenen Feier durchbrausten Mai- und Freiheitslieder den festlich geschmückten Saal.

Ueber die Maifeier in Deutschland liegen uns folgende Spezialberichte vor:

Mark Brandenburg. Frankfurt a. O. Die Feier hatte einen imposanten Verlauf. In der Versammlung am Vormittag beteiligten sich 200, am Ausflug 300, an den Versammlungen abends 1000 Personen. — Ludenwalde. Die Vormittagsversammlung war von etwa 300 Personen, die Abendsfeier von mindestens 800 Personen besucht. Am Ausflug nachmittags beteiligten sich circa 500 Personen. Alles ist gut abgelaufen. — In Rottbus nahm die Maifeier ebenfalls einen glänzenden Verlauf. Vormittags fand ein Ausflug in die Umgegend statt, an dem sich einige hundert Genossen beteiligten. Die Volksversammlung für Männer und Frauen war von circa 1000 Personen besucht. Jah nach Berlin hielt die Festrede. Die Resolution im „Vorwärts“ wurde einstimmig angenommen. — Schwedt a. O. Vormittags Versammlung, wo Thierbach aus Berlin sprach. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachmittags 1 Uhr Ausflug der Arbeiter mit Weib und Kind nach Bieraden, da man uns in Schwedt auch das letzte Plätzchen, das zur Maifeier bestimmt war, abgetrieben hatte. Alles verlief gut. Im ganzen hatten rund 150 Arbeiter die Arbeit ruhen lassen. — Rauen. Bei der Volksversammlung am Abend war das Lokal überfüllt. Kiesel aus Berlin referierte. Eine Resolution, worin der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Herr Schall, aufgefordert wird, gegen die Umsturzvorlage zu stimmen, wurde einstimmig angenommen und sofort an den genannten Abgeordneten abgesandt. Sonntag ist im Weinbergrestaurant Naafener. Die erbetene Erlaubnis, mit Musik einmarschieren zu können, ist noch nicht erteilt. — Velten. Die Maifeier war von 400 Personen besucht. Börsch aus Berlin hielt den Vortrag. Die Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission wurde einstimmig angenommen, ebenso eine andere, welche sich gegen die Umsturzvorlage wendet und dem Abgeordneten Schall als Vertreter des Kreises im Reichstage zugesandt werden wird. — Spremberg. Die Versammlung, wo Dr. Pinn aus Berlin sprach, war von 400 Männern und Frauen besucht. Die Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission wurde einstimmig angenommen. — In Rowawes-Neuendorf sprach am Vormittag Paul Neumann vor 150 Personen über die Bedeutung des 1. Mai. Die Resolution der Berliner Gewerkschaften wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf das Maifest der Arbeiter trennte man sich. Abends wurde ein solenner Kommers abgehalten. — Landsberg a. W. Gut besuchte Versammlung. Das Referat hatte Pöbel aus Berlin.

Sachsen. Liegnitz. Nachmittags vereinigten sich die Arbeiter, die die Arbeit ruhen lassen konnten, zu einem Ausflug. Abends sprach in stark besuchter Volksversammlung F. Feldmann. Die im „Vorwärts“ veröffentlichte gewesene Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß der glänzenden verlaufenen Versammlung wurde die Marxellase angestimmt. — Breslau. Die beiden Versammlungen, wo Schoenlauf und Tuhauer sprechen sollten, waren außerordentlich zahlreich besucht. Die im Wahlkreise Breslau-Ost, wo Zugauer gewählt ist, verfiel der politischen Auflösung, noch ehe der Referent ein Wort gesprochen hatte. Als Grund wurde ein von einigen Gesangsvereinen ausgeführter Gesang, der nicht auf der Tagesordnung stand, angegeben. Die andere Versammlung fand trotz desselben Gesanges unbehindert statt. — Gagnau. Vormittags fand eine gutbesuchte Gewerkschaftsversammlung statt, die vom Gewerkschaftsartell einberufen war und wo Paul Schmidt die Bedeutung des 1. Mai darlegte. Nachmittags fand ein Massenausflug statt, woran sich die Frauen stark beteiligten. Abends wurde eine sehr gut besuchte Volksversammlung abgehalten. Karl Leid referierte. Alles verlief der Bedeutung des Tages entsprechend in würdiger Weise.

Provinz Hannover, Braunschweig, Bremen, Verden. Die Volksversammlung war von 250 Personen besucht. J. H. Jung aus Bremen hielt den Vortrag. Der Verlauf der Demonstration war vorzüglich. — Braunschweig. Die Maifeier ist imposant verlaufen. Von nachmittags 4 Uhr ab fanden im Odeon und im Hofjäger Festlichkeiten statt; abends hielt Timm aus Berlin in dem letztgenannten Lokale einen Vortrag vor 3000-3500 Personen. Am Abend dürfte die Gesamtzahl der Festteilnehmer mindestens 6000 betragen haben. Die Arbeit hatten am Vormittag wenige ruhen lassen, nachmittags aber etwa 6-700 Arbeiter, und viele machten wenigstens zeitiger Feierabend. Eine der Bedeutung des 1. Mai entsprechende Resolution wurde mit großer Begeisterung angenommen. — In Bremen Versammlung im Kasino. 1500 Personen. Referent Dr. Diederich. Einmütige Annahme der im „Vorwärts“ veröffentlichten Berliner Resolution. Ferner Versammlungen in Bremen in Dreyer's Volksgarten, Referent Kahle; in Wahlenfeld's Lokal Referent Hauze; in Woltmershausen Referent Gertz; in Hastedt, gegen 500 Personen, Referent Tages. Alle sehr stark besucht. In Begeesack, Versammlung im Tiwoli, 800 Personen; Referent Wessing. In Achim Referent Siegfeld. In Delmenhorst Referent Räger aus Verden, 600 Personen. Resolution einstimmig angenommen. Die Feier war überall ohne Arbeitsruhe.

Aus Hamburg liegt uns bis zur Stunde nur eine Meldung über die bei der Gewerde (Hoheluft) am Vormittag abgehaltene Versammlung vor, die von etwa 2500 Personen besucht war. Instrumental-Musik, Festrede und Gesang bildeten das Programm. Anstatt des nicht eingetroffenen Abgeordneten Geyer sprach Lorenz aus Hamburg. Außer dieser Versammlung waren am Vormittag noch zwei andere anberaumt, und für den Abend hatte man eine ganze Reihe festlicher Veranstaltungen vorgesehen.

Schleswig-Holstein. Elmhorn. Vormittagsversammlung 200, Nachmittagsausflug 300, Abendsfeier 800 Personen. — Pöbel a. Maifeier brillant verlaufen. An dem Festtage, der sich unter Begleitung eines Musikkorps nach dem Jorndorfer Lustholze bewegte und der das Banner der Partei mit sich führte, nahmen 2500 Personen teil. Die Ansprache hielt Theodor Schwartz. Abends war in den Zentralthallen eine Volksversammlung, der 3000 Personen beizuohnten. Nach dem Referat des Parteigenossen Schwarz wurde die bekannte Resolution angenommen.

Rheinland. In Düsseldorf verlief die Maifeier in großartiger Weise, wozu das Flugblatt, das am Sonntag in 25 000 Exemplaren verbreitet wurde, wesentlich beitrug. Des Morgens machten ca. 400 Genossen mit Weib und Kind einen Ausflug in die herrlichen Waldungen bei Rath, wobei sie sich außer an der schönen Natur an einigen Tugend berittenen und unterhaltenen Centarinen und Polizeiführern und sogar an der Be-

gleitung etwelcher Förster ergötzen konnten. Nachmittags fand eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt; abends zwei wahrhaft imposante Versammlungen in unseren beiden Zentralthallen. An der Maifeier haben sich in diesem Jahre bedeutend mehr Arbeiter beteiligt als früher.

Provinz Sachsen. Stendal. In gut besuchter Versammlung sprach Niesch aus Rathenow unter brausendem Beifall. Eine Protestresolution gegen die Umsturzvorlage wurde einstimmig angenommen. — Halberstadt. Versammlung im Odeon von Tausenden besucht. — Aschersleben. Die Versammlung war von 200 Genossen besucht. Rätcher aus Berlin sprach über die Bedeutung des 1. Mai. Eine der Tagesordnung entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Viele Arbeiterblätter, namentlich die Organe unserer Partei, hatten auch diesmal wieder zu Ehren des 1. Mai ein festliches Gewand angelegt.

(Die Berichte über die Maifeier im Ausland befinden sich in der 1. Beilage.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. Mai.

Zur Reichstag nahm am Mittwoch die Beratung des von der sozialdemokratischen Fraktion auf Grund des bekannten Parteitagbeschlusses eingebrachten Antrages auf Einführung eines Reichs-Bereinsgesetzes unter Ausschließung jeglicher beschränkender Bestimmungen die ganze Sitzung in Anspruch. Genosse Grillenberger begründete in längeren Ausführungen den Antrag, wobei er auch die Art und Weise, wie die ohnehin schon reaktionären 25 Vereinsgesetze in Deutschland gehandhabt werden, an der Hand zahlreicher Beispiele beleuchtete. Sehr schlimm kommen dabei Sachsen und Bayern weg, wo bekanntlich die Polizei bei ihrer sonderbaren Auslegung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen auch die kräftige Unterstützung der Gerichte findet. Er schloß mit dem Appell, daß ein Zustand geschaffen werden möge, der einer wahrhaft zivilisierten Nation würdig sei. Die Regierungsvortreter von Sachsen und Bayern suchten die gegen ihre Regierungen gerichteten Angriffe zurückzuweisen oder doch abzuschwächen, womit sie aber wenig Glück hatten. Der sächsische Herr, Graf Dohenthal, der schon des öfteren das Haus erheitert hat, nannte das berühmte sächsische Vereinsgesetz ein wahres Juwel, den sozialdemokratischen Antrag, wenn er Gesetz würde, ein Palladium der Anarchie. Für Bayern sprach zum ersten Male der neue Bundesrats-Kommissarius Ritter von Hermann, der im bayerischen Landtag der „Liberalen“ Fraktion angehört. Man kann sich einen Begriff von dessen „Liberalismus“ machen, wenn man erfährt, daß derselbe alle die groben Maßregelungen der Arbeiterorganisationen, wie sie in den letzten Jahren stattfanden, für gerechtfertigt erklärte und dabei noch die Behauptung aufstellte, die bayerische Regierung sorge für die Arbeiter und fördere die Gewerkschaftsorganisationen! Seitens des Zentrums erklärte Bachem sich mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden, findet aber, daß derselbe zu weit gehe, zu radikal sei. Frauen dürften nicht das volle, gleiche Recht auf diesem Gebiete haben wie die Männer; doch gab er zu, daß ein „gewisses“ Vereins- und Versammlungsrecht zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen ihnen eingeräumt werden müsse. Jetzt aber sei die Zeit nicht günstig, solche Gesetze in Angriff zu nehmen. In ähnlicher Weise äußerte sich das anfangs terribile der freisinnigen Partei, der Abg. Bedch-Coburg aus Nürnberg, welcher außerdem die ganzen bayerischen Polizeimißbräuche lebhaft verteidigte, weil Grillenberger der „freisinnigen“ Nürnberger Polizei ein wenig auf die Hühneraugen getreten hatte. Er knüpfte daran eine Anzahl geschäftiger persönlicher Angriffe gegen unsere Redner, wie sie dem Nürnberger Freisinn, der ein gar absonderliches Gewächs ist, eigen zu sein scheinen. Damit kam er aber bei Genossen Grillenberger schon an, derselbe schickte den Herrn Bedch in einer Weise heim, wie es diesem seit langer Zeit nicht passiert sein wird. Der Nürnberger Bürgermeister, für den Bedch in so außerordentlich ungeachteter Weise eine Lanze brach, dürfte sich sagen: Gott bewahre mich vor solchen Freunden. — Herr v. Marquardsen sagte auch ein paar Worte; er ist auch für „reichsgesetzliche Regelung“, und zwar etwa auf Grund des Entwurfs, der vor Jahren von dem Fortschrittler Moritz Wiggers ausgearbeitet worden ist. Jetzt aber, so meinte auch er, habe der Reichstag „viel wichtigere“ Sachen zu thun, als seine kostbare Zeit mit solchen ausschließlichen Anträgen zu „vertragen“. Wegen vorgerückter Zeit, verzichtete Genosse v. Elm auf das Schlusswort, sich vorbehalten, das, was er zu sagen, in der zweiten Lesung, welche im Plenum stattfinden wird, da Kommissionsberatung nicht beantragt wurde, vorzubringen.

In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde fix gearbeitet. Die Zolltarif-Novelle und die Resolution über den Quebrachzoll wurden in zweiter Lesung angenommen. Hierauf wurde das Kommunal-Weinsteuer-Gesetz in erster Lesung erledigt. Genosse Singer wahrte den Standpunkt der Partei. Die Aussichten der Vorlage sind keine guten, worüber das Volk sich aber trösten kann.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Fürsorge für die Witwen und Weisen der Personen des Soldatenlandes des Reichsheeres und der Marine vom Feldwebel abwärts nach den Ausschlußanträgen die Zustimmung erteilt.

Zwei sozialpolitische Gesetzentwürfe sind dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen, der eine beschäftigt sich mit den Verpflegungsinstitutionen, der andere mit der Errichtung von Arbeiterwohnungen. Wir kommen auf dieselben demnächst zurück.

Der Wahlfall in Kenne-Mettmann hat ungeheure Freude im freisinnigen Lager hervorgerufen. Wir begreifen diesen Jubel nicht. Wohl muß es der freisinnigen Volkspartei erfreulich sein, zu ihren 22 Männern noch einen 23. und sei es auch nur Herrn Fischek als Zuwachs zu erhalten, aber stolz kann sie nicht auf einen Vertreter sein, der über zwei Drittel seiner 15 768 Stimmen den reaktionären Parteien aller Farben, dem Druck der Behörden und der Fabrikanten verdankt. Wir wollen uns der eigenen Worte über die schwachvollen Mittel, die zum freisinnigen Siege geführt haben, enthalten und bloß das Zeugnis eines der freisinnigen Volkspartei so nahestehenden Organes, wie es die „Frankfurter Zig.“ ist, anführen. Das Blatt schreibt:

„Jede Partei sieht sich in gleicher Lage nach Bundesgenossen um und jede Richtung, die ihr beizustimmen will, wird willkommen geheißen. Nur muß die Werbung in einer Form geschehen, bei der die werbende Partei sich nichts vergibt und die für sie nicht empromittierend ist. Das hat zu unserem Bedauern die frei-

flüchtige Parteileitung des Wahlkreises Penne-Romscheid außer acht gelassen und damit fällt auf ihren Sieg ein dunkler Schatten.

Und am Schlusse ihres Artikels über den Wahlausfall bemerkt sie:

Sollte angesichts der Anwendung solcher Mittel der Gewinn eines Mandats nicht bedenkllicher sein, als eine ehrliche Niederlage? Sicherlich für jeden, der es nicht mit dem Satz hält: „lucri bonis est odor ex qualibet re“ — Gewinn, woher er auch stammen mag, hat stets einen guten Geruch — und wir würden nicht glauben, daß eine freiheitlich gesinnte Partei sich dazu belassen mag.

Wir aber können trotz der Niederlage auf den Wahlausfall mit voller Befriedigung zurücksehen. Wir haben in der Zeit zwischen Haupt- und Stichwahl zirka 2000 Stimmen gewonnen, von denen keine einzige auf gegnerische Unterstützung zurückzuführen ist. Makellos, mit erheblichem Stimmenzuwachs gehen wir aus einem Wahlkampf hervor, der sich durch ganz außerordentliche Anwendung aller Unterdrückungsmittel gegen unsere Partei ausgezeichnet hat. Kein einziges Wahllokal stand unserer Partei zur Verfügung, in einem Zelte blies konnten unsere Versammlungen abgehalten werden. Unter solchen Umständen bräute keine andere Partei auch nur einige hundert Stimmen zu stande; wir haben aber einen außerordentlichen Stimmenzuwachs (von 13 148 auf 15 138 Stimmen) zu verzeichnen. Solche „Niederlagen“ nützen einer Partei stets mehr als Siege, wie die des Herrn Fischbeck.

Bei der Nachwahl in Weidings-Grödenheim-Mun erhielten Baurath Schwann (Wirtschaftspartei), unterstützt von den Nationalliberalen, 6616 Stimmen, Dähle (Dem.) 6035 St., Dietrich (Soz.) 2017 St., Gröber (Zentrum) 22 St. Es ist somit eine Stichwahl zwischen Schwann und Dähle erforderlich.

Bemerkenswert an diesem Wahlausfalle sind zwei Umstände, der vollkommene Niedergang der nationalliberalen Partei und die Thatsache, daß sämtliche Kandidaten, gedrängt durch den immer mehr zu Tage tretenden Unwillen der Wählermassen, sich als Gegner der Umsturzvorlage erklären mußten. Die Nationalliberalen hatten in diesem Wahlkreis 1887 noch 15 564 und im Jahre 1890 9757 Stimmen gezählt. 1893 siegten sie im ersten Wahlgange mit 10 383 Stimmen und 1895 wagten sie nicht einmal mehr einer eigenen Kandidaten aufzustellen und der von ihnen unterstützte Mandatsbewerber einer anderen Partei erhielt bloß 6616 Stimmen. Der Wahlkreis dürfte der süddeutschen Volkspartei zufallen, die dann 12 Mitglieder zählen würde.

Die Vorfrucht der Sozialdemokratie. Keine Heiterkeit muß bei allen Sozialdemokraten der im Besitze des Wahlausfalles im Kreise Dresden-Land entbrannte Streit über die Vorfrucht der Sozialdemokratie erregen. Konservative, Freisinnige und Antisemiten werfen sich gegenseitig vor, daß sie die Vorfrucht der Sozialdemokratie sind. Merkwürdigerweise haben hier alle Streitenden recht, denn alle bürgerlichen Parteien stellen sich als Vorfrucht der Sozialdemokratie dar. Läßt der Wähler sich von den Versprechungen der Bourgeoisparteien nicht mehr narren, dann giebt er ihnen den Laufpaß und wird — Sozialdemokrat.

Die Bundesstaaten und die Umsturzvorlage. Auch darauf richtet bekanntlich die bürgerliche Opposition gegen die Umsturzvorlage ihr Augenmerk, auf die Einzelregierungen in dem Sinne einzuwirken, daß diese im Bundesrath gegen das Gesetz stimmen sollen.

So nahm am 1. Mai die zweite hessische Kammer mit 82 Stimmen einen Antrag an, die Regierung zu ersuchen, falls der Reichstag die Umsturzvorlage in der Fassung der Kommission annehme, im Bundesrath mit allen Kräften dagegen zu stimmen. — Bemerkenswerth ist die Erklärung, die die ultramontanen Mitglieder bei dieser Gelegenheit abgaben. Auch diese Erklärung zeigt, daß die Zentrumsherren verstanden das untergehende Schiff des Umsturzgesetzes verlassen. Es heißt darin:

Wir erklären von vornherein, daß wir mit der sogenannten Umsturzvorlage nichts gemein haben. Wir haben sie weder gewünscht, noch haben wir irgend etwas gethan, sie herbeizuführen. Die Vaterstadt dieses Gesetzes gebührt den Nationalliberalen, von denen heute das Bestreben mit ausgeht, es wieder aus der Welt zu schaffen. Aber wenn denn ein Gesetz gegen den Umsturz erlassen werden sollte, so erschien uns die Vorlage in ihrer ursprünglichen Fassung aus zwei Gründen unannehmbar.

Auch in Württemberg regt sich eine ähnliche Agitation. Die Volkspartei brachte in der Kammer den Antrag ein, die Regierung um Verwerfung der Umsturzvorlage im Bundesrath zu ersuchen; der Antrag wird voraussichtlich Freitag verhandelt.

Zunehmend mehr Stadtvertretungen treten in die Agitation gegen das Umsturzgesetz ein. Unter den Mitgliedern des Nürnberger Magistrats und des Gemeinderathes Kollegiums zirkulirt eine Erklärung gegen die Umsturzvorlage. Die Petition soll dem Städtetage vorgelegt werden.

Von den Mainzer Stadtverordneten wird der Versammlung der Gemeindevertreter in Berlin, die gegen die Umsturzvorlage Einspruch erheben will, eine Zustimmungslage zugehen.

Auch in Mühlheim und Heilbronn wurde ähnliches versucht, scheiterte aber theils an dem Widerspruch des Magistrats, theils an der Feigheit eines Theiles der Gemeindevertreter.

Bei der Koburger Stadtverordneten-Versammlung ist ein Antrag eingegangen, die Versammlung solle zu dem Protest der Berliner Stadtverordneten gegen die Umsturzvorlage ihre Zustimmung aussprechen.

In Königsberg beschloß die Stadtverordneten-Versammlung eine Petition an den Reichstag wegen Ablehnung der Umsturzvorlage abzusenden. Prompt lief darauf, ebenso wie in Berlin u. s. w. eine Ordre des Regierungspräsidenten an den Oberbürgermeister ein, den Stadtverordnetenbeschlusse über die Umsturzvorlage zu beanstanden. Aber leider, leider: Die Petition war bereits einen Tag früher mit der Post abgegangen.

Der Städtetag gegen die Umsturzvorlage, der am 5. Mai in Berlin abgehalten werden soll, hat inzwischen schon seine eigenthümlichen Schicksale gehabt. Herr v. Döllner soll empört darüber sein, daß er gegenüber der Berliner Stadtverordneten-Versammlung so schmächtig hincingefallen ist. Und so erschien denn bei dem Inhaber des Hotels „Kaiserhof“ in Berlin, in dessen großem Saal der Städtetag abgehalten werden soll und wo schon sehr häufig große Versammlungen getagt haben, die liebe Polizei und hat ihm

in Aussicht gestellt, sie werde mit einem Banmeister wiederkommen, um das Lokal zu prüfen, ob es den baupolizeilichen Vorschriften, die an Versammlungsorte gestellt werden, genügt. — Der Sozialdemokratie ist Saalabtreiberei in jeder Gestalt nichts Neues. Daß sie jetzt aber auch einmal dem allerpatriotischsten Herrn Belle, Oberbürgermeister von Berlin, und seinen Freunden gegenüber angewandt wird, ist ein ganz guter Witz der Weltgeschichte.

Auch die Freikonservativen (die Fraktion des Herrn von Stumm) wollen nicht mehr mitthun. Auch sie finden keinen Geschmack mehr an dem Umsturzgesetz. Die Partei beriet in einer am Donnerstag Abend stattgefundenen Fraktionsversammlung eine formulirt vorliegende Erklärung, welche bei der zweiten Beratung der Umsturzvorlage zur Verlesung gelangen und die Ablehnung dieser Vorlage durch die Reichspartei in kurzer Motivirung aussprechen soll. In eine Debatte soll die Fraktion bei der zweiten Plenarberatung nicht eintreten. Die auf militärische Verhältnisse bezüglichen Punkte der Vorlage sollen seitens der Fraktion angenommen werden, bei einer weiteren Ausdehnung über diese Punkte hinaus würde sie die Vorlage ablehnen.

Dieser Absicht, die Militärparagraphe aus dem Umsturzgesetz anzunehmen, den übrigen Inhalt in der hierikalischen Form jedoch zu verwerfen, will aber natürlich wieder das Centrum einen Strich durch die Rechnung machen. — Wenn auf diese Weise am Ende das ganze Umsturzgesetz ins Wasser fallen sollte, wird ja niemand sonderlich böse sein.

Die zwiespältige Stellung der Konservativen zur Umsturzvorlage tritt recht deutlich in einem Artikel der „Konservativen Korrespondenz“ in die Erscheinung. Einerseits wollen sie der Vorlage in der Kommissionsfassung nicht zustimmen. Andererseits ärgert sie doch die allgemeine Agitation gegen das Gesetz, die wie ein Protest gegen die Umsturzgesetzgebung überhaupt aufgefaßt werden könnte. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt:

Wir haben erst vor kurzem argelegt, daß die konservative Reichstagsfraktion weit davon entfernt ist, der Umsturzvorlage in der Form, in der sie nach den Wünschen des Centrums an den Kommissionsberatungen hervorgegangen ist, zuzustimmen. Auch in der Kommission selbst ist von berufener konservativer Seite die Erklärung abgegeben worden, daß die Zustimmung der konservativen Mitglieder zu der vorliegenden Fassung nur aus dem Grunde erfolgt ist, um ein positives Resultat der Beratungen zu erzielen und nicht mit völlig leeren Händen vor das Plenum treten zu müssen. Ist also bei dieser Sachlage das Zustandekommen der Umsturzvorlage in der Kommissionsfassung aussichtslos, so haben die Proteste und Enttäuschungsäußerungen der liberalen und demokratischen Parteien nur taktische Bedeutung. Es ist ein Kampf gegen Windmühlen behufs Stärkung des immer mehr sich abschwächenden liberal-demokratischen Gedankens. Wenn aber konservative Männer und Organisationen der von der Demokratie ausgehenden „Bewegung“ sich anschließen, so unterstützen sie nicht allein ein ausschließlich parteitaktisches liberal-demokratisches Unternehmen, sondern sie handeln auch gegen das eigene Parteiprogramm, also unkonservativ.

Trotz dieser Mißstimmung die öffentliche Agitation hat die konservative Parteileitung aber doch nicht verhindern können, daß erst an den letzten Abenden in Berlin aus den ihr nächststehenden Kreisen Kundgebungen gegen das Umsturzgesetz erfolgt sind. Es läßt tief blicken, daß bis in die Kreise der Hochkonservativen und der Minder die Mißstimmung über das Umsturzgesetz dringt.

Uebrigens macht diesen Auslassungen der „Konservativen Korrespondenz“ gegenüber der „Hamburger Korrespondenz“ darauf aufmerksam, daß für jeden, der sich mit der jetzigen Fassung des Umsturzgesetzes nicht einverstanden weiß, eine energische Agitation gegen das Gesetz unerlässlich ist. Die Zeitung schreibt:

Ob wirklich der Kampf gegen die Umsturzvorlage so überflüssig ist, wie die „Kons. Kor.“ behauptet, ist eine andere Frage. Das Zeitungspapier ist geduldig, und deshalb wird man gut thun, abzuwarten, was im Reichstage selbst geschieht. Die Konservativen haben ja das Schicksal der Vorlage in der Hand, und es wäre nicht das erste Mal, daß sie im Reichstage genau das unternahmen, was ihre Presse als unmöglich bezeichnet hat. Daß in der zweiten Beratung sämtliche Bestimmungen des Entwurfs abgelehnt würden, ist völlig ausgeschlossen; es wird also auch noch eine dritte Lesung stattfinden, und was in dieser geschieht, ist nicht zu berechnen. Mit der Versicherung, daß die Vorlage, wie sie aus der Kommission an das Plenum gelangt ist, unannehmbar sei, ist gar nichts gethan. Sollten in der zweiten Beratung die Antikörper des Centrums beseitigt werden, so wäre ja für die dritte Lesung immer noch Zeit, ein neues Kompromiß zu stande zu bringen, falls das Centrum den Kerger über die Enttäuschung, die die konservative Partei ihm bereitet, hinunterschluckt.

Zentrumswünsche brachte ein ultramontaner Abgeordneter, Dr. Daller, auf einer Bauernversammlung in Bayern folgendermaßen zum Ausdruck:

Das Reich muß ein Zwangsmittel gegen Untergraber der von Gott eingesetzten Obrigkeit haben, bisher war das Gesetz gegen solche ohnmächtig. Besonders Lehrern an den höheren Schulen muß es an den Stragen gehen, welche den Glauben an einen persönlichen Gott leugnen, die Unsterblichkeit der Seelen und die Vergeltung im Jenseits in Abrede stellen. Das Centrum wird trotz Schimpfen und Lästern diesem Prinzip treu bleiben.

Parteinachrichten.

Gegen die Einführung einer Staatslotterie sagte in Lübeck eine Volksversammlung, wo Theodor Schwarz das Referat hatte, eine Protestresolution. Zur Dedung des Defizits im Staatsbudget wurde verlangt, man solle die großen Einkommen härter besteuern. Die Staatslotterie ist bekanntlich gerade um das zu vermeiden, von der sogenannten Bürgerschaft Lübecks beantragt, während der Senat nichts von der Lotterie wissen will.

Von der konsolidirten Mäifest-Zeitung sind der Polizei noch in die Hände gefallen: in Oera etwa 200 Exemplare, in Bielefeld in den Lokaltitäten der „Volksmacht“ 5, bei den Zeitungsboten 19 Exemplare, in Würzen 8 Exemplare. In Stettin und Zwickau mußte die heilige Hermendad mit leeren Händen abziehen.

Der 6. Parteitag der Sozialdemokratie der Rheinpfalz wird am 19. Mai von vormittags 10 Uhr an in Neustadt a. O. im Burghardtschen Saale abgehalten. Die Tagesordnung lautet: Bericht des Agitationskomitees, Referent: Huber; Bericht des Kreiskomitees; Unsere Agitation; Unsere Presse, Referent: Wenzel; Die Agrarbewegung in der Pfalz, Referent: Ehrhart. Anträge, soweit sie nicht durch die vorhergegangene Tagesordnung ihre Erledigung fanden.

Parteiunruhen. Der Wahlverein in Langenbielau hat im vorigen Quartal seine Mitgliederzahl von 105 auf 165

gebracht. Die Einnahme betrug einschließlich 25,50 M. früheren Kassensstands 123,78 M., die Ausgabe 82 M., so daß 91,78 M. Ueberschuß blieben. Auf Beschluß einer Versammlung ist in den beiden Lokalen, wo die regelmäßigen Zusammenkünfte des Vereins vor sich gehen, je ein Exemplar des „Vorwärts“ ausgelegt.

Bei sehr schwacher Wahlbetheiligung unterlagen in Wald bei Solingen bei der Wahl von Stadtverordneten für die 3. Abtheilung im ersten Bezirk (Wald) unsere Genossen Aprath und Schumacher mit 66 und 64 Stimmen den Gegnern, die mit 96 und 94 Stimmen siegten. Von 567 Berechtigten hatten nur 161 vom Wahlrecht Gebrauch gemacht. Dagegen wurde im 2. Bezirk der Parteigenosse Muth einstimmig wiedergewählt. Derselben siegte im 3. Bezirk (Mangenberg-Schlagbaum) mit 85 gegen 4 Stimmen gewählt der von Parteigenossen aufgestellte frühere Vertreter des 3. Bezirks, Karl Everts. Die „Vergiftete Arbeiterstimme“ bezeichnet als Ursache der theilweisen Niederlage die Theilnahmlosigkeit vieler Arbeiter und Kleinbürger gegenüber den Kommunalangelegenheiten. Wir wollen hoffen, daß es bis zur nächsten Wahl gelingt, hierin gründlich Wandel zu schaffen.

Daß es wieder die Antisemiten waren, die bei der Wahl zum Kaufmännischen Gremium in Wien die kürzlich berichteten Madausenen verursachten, bestätigt sich jetzt. Sie gingen während und nach der Wahl mit Faust, Stock und Messer auf diejenigen Handlungsrathen los, die für den antisemitischen Schwundel nicht zu haben sind, so daß selbst die Polizei nicht umhin konnte, einige der Käpel in Haft zu nehmen. Der Groll der Antisemiten ist begreiflich. Bei der vorletzten Wahl, vor drei Jahren, hatte ihre Kandidatenliste 3774 Stimmen erhalten, die der Liberalen 1889 und die Liste unserer Parteigenossen 729. Diesmal bekamen die Judenfeinde, trotzdem die sogenannten Liberalen auf die Wahlbetheiligung verzichtet hatten, nicht mehr als 3831 Stimmen, während für die Liste der Sozialdemokratie 2667 Stimmen, dreimal mehr als früher, abgegeben wurden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In Sachen des Magdeburger Saal-Boypotts ist gegen die dortigen Parteigenossen Lankau, Albert Schmidt, Gärtner und Hugo Baumüller wegen angeblichen „groben Unfugs“ Anklage erhoben. Der Anklage liegen Publikationen aus 35 Nummern der „Volksstimme“ zu Grunde. Die Verhandlung ist am 3. Mai.

— Gegen den Parteigenossen Schaur in Brrach in Baden ist vom Freiburger Staatsanwalt eine Anklage wegen angeblicher Aufforderung zum Hochverrath eingeleitet. Die Aufreizung soll in einer Versammlung geschehen sein, wo die Märzfeier begangen wurde. Hauptsächlich wird dieser „Hochverraths“-prozeß für den Freiburger Staatsanwalt nicht günstiger ausgehen, als der seinerzeit in Mannheim gegen Dreesbach und Genossen angehängte Prozeß, bei dem in Beziehung auf die Hochverrathsanklage die Staatsanwaltschaft absolut kein Glück hatte.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Metallarbeiter! Die Werkstatt der Firma Cael u. Glücke, Wasserforst 59, ist für Metallarbeiter, und die Werkstatt der Firma O. Lundershausen, Prinzstraße 99, für Gütler und Schmittarbeiter bis auf weiteres gesperrt. Wir ersuchen alle Kollegen diese Werkstätten strengstens zu meiden.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Gemahregelt wurden am 2. Mai morgens beim Arbeitsantritt auf Veranlassung des königlichen Intendantur- und Bauraths Kosteuscher, des Leiters der evangelischen Garnisonkirche. Die am Neubau derselben beim Unternehmer Borzel beschäftigten Steinbildhauer und ein Steinmetz wurden ohne Kündigung entlassen, ohne ihren restirenden Lohn und ohne ihre Krankenkassenbücher erhalten zu haben. Die Gemahregelten ersuchen ihre Kollegen, den Zugang bis zur Regelung dieser Angelegenheit durch die Gewerkschaft auf strengste fernzuhalten. Der Unternehmer soll angewiesen sein, keine Berliner, sondern nur noch auswärtige Bildhauer einzustellen.

Achtung, Korbmacher! Am Montag haben die Korbmacher in dem Geschäft von Draum, Friedrichshof, die Arbeit niedergelegt. Der Zentralvorstand des Vereins deutscher Korbmacher ersucht, den Zugang nach Friedrichshof fernzuhalten.

Achtung, Weisgerber und Lederbär! Ueber die D. Zeitteleb'sche Fabrik und die Gerberei Krau in Ehlingen (Würt.) ist wegen ausgebrochener Lohn Differenzen die Sperre verhängt worden.

Der Streik in der deutsch-amerikanischen Schuhfabrik von Rosenthal u. Groß, Neue Grünstr. 30 (Spindlershof) dauert unverändert fort, und ist der Zugang fern zu halten.

Die Streikkommission.

Auf dem Van Wilmersdorferstr. 67 in Charlottenburg wurden wegen der Maifeier zehn Steinträger gemahregelt. Ansfänglich war ihnen vom Kolonnenführer Mälcke die Erlaubniß erteilt. Auf die sehr energische Einwendungen des Poliers wurde diese Erlaubniß aber am 30. April zurückgezogen. Da von 16 Arbeitern 13 sich für die Feiertage erklärt hatten, wurde dem Verlangen des Poliers nicht stattgegeben und schlossen sich zehn Arbeiter der Feiertage an, während drei von ihnen Versprechungen zurücktraten und am 1. Mai weiter arbeiteten. Leider haben sich sofort einige Arbeiter gemeldet, die die Stellen der Feiertagenden besetzten.

Meerane (Sachsen). Der Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen (Jaguard- und Schafarbeiter) der Firma Straß u. Sohn ist beigelegt und somit beendet.

Die chirurgischen Instrumentenmacher werden darauf aufmerksam gemacht, daß in der Fabrik von Adam Storz in Tutlingen (Würt.) ein Streik ausgebrochen und deshalb Zugang dorthin fernzuhalten ist.

Die Weislederzüricher der Rödel'schen Hand- schuhfabrik in München legten wegen Lohn Differenzen die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

800 Maurer befinden sich in Basel im Ausstand. Die Veranlassung zur Arbeitsniederlegung ist uns noch unbekannt. Nach einem Telegramm des „Berold'schen Bureaus“ läßt sich annehmen, daß es sich um einen allgemeinen Ausstand handelt.

Aus Königsberg i. Pr. wird uns von der Agitationskommission telegraphirt: Waggonfabrik Steinfurt für Holzarbeiter gesperrt wegen Mahregelung von 80 organisirten Genossen. Zugang strengstens fernzuhalten.

In Budapest haben 2000 Lederarbeiter den Ausstand erklärt. Sie verlangen Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse, was die Fabrikanten ablehnten.

Der Ausstand der Hündholzarbeiter ist, wie aus Paris gemeldet wird, zu Ende, nachdem den Arbeitern Erhöhung des Lohnes zugesichert und ferner die Erlaubniß gemacht worden ist, es werde sobald als thunlich an Stelle des weißen Phosphors nur amorpher Phosphor zur Fabrikation verwendet werden.

Aus Northampton wird gemeldet, daß etwa 2000 der in den Schuhwaaren-Fabriken beschäftigten Stickerarbeiter wegen der neu eingeführten Fabrikordnung wiederum die Arbeit niedergelegt haben.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung vom 2. Mai 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Novelle zum Zolltarif; eine Generaldebatte findet nicht statt.

In der Spezialdiskussion beantragte Abg. Hammacher zu der Bestimmung über die Kampfschiffe die Aenderung, daß die Kampfschiffe, welche auf zollfreie Waaren gelegt werden, 20 pCt. des Werthes nicht übersteigen dürfen.

Der Antrag wird mit erheblicher Mehrheit angenommen. Die Beschlüsse der zweiten Lesung über Ketcher etc. werden ohne Debatte befristet.

Die Bestimmung über Bau- und Kuchholz wird nach Beantwortung einer Frage des Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) durch den preussischen Geheimen Oberfinanzrath v. Schmidt genehmigt.

Der Postzoll wird nach kurzer Bemerkung des Abg. Wurm (Soz.) genehmigt, ebenso der Zoll für Speiseöle.

Abg. Werner (Reform-Partei) beantragt, den Zoll für flüssige alkoholhaltige Parfümerien von 200 auf 300 Mark zu erhöhen. Die Bedenken, die gegen die anderen Positionen geltend gemacht seien, daß sie Bedürfnisse des armen Mannes verteuern, treffen bei diesem Luxusartikel nicht zu; der höhere Zoll beschütze auch die deutsche Fabrikation.

Abg. Müller (natl.) widerspricht dem Antrage, während Abg. Schäbler (Z.) denselben empfiehlt.

Abg. Richter (fr. Sp.): Es handelt sich hier nicht um einen nur im Auslande hergestellten Luxusartikel, sondern der Artikel wird auch im Inlande hergestellt, und die einheimische Industrie befürchtet, daß sie wenn dieser Schutz vom Auslande nachgeholt wird, sehr erheblichen Nachtheil bei ihrem Export haben wird. Ferner wird die Einfuhr sich derart vermindern durch den erhöhten Zoll, daß keine Mehreinnahme, sondern ein Ausfall an Einnahmen entsteht. Der Antrag schadet also nach zwei Seiten hin, ich bitte denselben deshalb abzulehnen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen.

Schließlich beantragt Abg. Graf Kanitz (L.), die Vorlage mit dem 1. Juli 1895 in Kraft treten zu lassen. Auch dieser Antrag wird angenommen.

Die eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Auf eine Anfrage des Abg. Hammacher erklärt der Staatssekretär Graf Posadowsky, daß ebenso wie die neuen Tarifpositionen das amtliche Waarenverzeichnis in Kraft treten soll 8 Wochen nach seiner Bekanntmachung. Es wird mit aller Kraft an der Fertigstellung des Waarenverzeichnisses gearbeitet; es ist aber noch nicht möglich, zu übersehen, ob die Arbeit fertig wird; dann würde das amtliche Waarenverzeichnis erst nach dem 1. Juli in Kraft treten.

Zur Resolution wegen des Zolles auf Quebrachholz ist in der zweiten Lesung ein Zusatz angenommen worden, daß die für Färbereien und für die chemische Industrie verwendeten Gerbstoffe zollfrei bleiben sollen; weil die auf die chemische Industrie bezüglichen Worte nur handschriftlich beantragt waren, so muß noch einmal abgestimmt werden.

Abg. v. Kardorff (Sp.) benutzte die Gelegenheit, um anzufragen, ob unter der chemischen Industrie auch Gerbereien verstanden werden könnten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Welches Schicksal die Resolution haben wird, kann ich heute noch nicht erklären; der Bundesrath hat dazu noch nicht Stellung genommen. Ich muß aber offen gestehen, der Gedanke, daß eine Gerberei als chemische Fabrik angesehen wird, ist mir bisher noch nicht gekommen. Chemische Fabriken schaffen die Komponenten zur Herstellung von Gerbstoffen; die Gerbereien stellen Garzfabrikate her, wenn auch unter Benutzung von Chemikalien. Die verbündeten Regierungen werden die Gerbereien nicht unter den Begriff der chemischen Industrie subsumieren.

Die Abgg. v. Salisch und Hahn erklären sich durch diese Auslassung für befriedigt.

Darauf wird die Resolution und schließlich das Gesetz im ganzen angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Zollvereinigungs-Vertrages vom 8. Juli 1867 (Gemeindebesteuerung des Weines).

Staatssekretär Graf Posadowsky: Dieser Gesetzentwurf entspricht nicht nur dem Wunsche von Einzelanträgen, insbesondere des preussischen Abgeordnetenhauses, sondern auch einer Resolution, die seitens eines Mitgliedes dieses Hauses eingebracht worden ist. Die Finanzverwaltung hat an dieser Vorlage kein überwiegendes Interesse. Der Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet der kommunalen Besteuerung. Für die verbündeten Regierungen war der Gedanke maßgebend, daß, wenn man das Bier der kommunalen Besteuerung unterworfen hat, man den Wein, der in dem überwiegenden Theile Deutschlands den Charakter eines Luxus- Artikels trägt, nicht frei lassen darf. Der Gedanke, die kommunale Besteuerung des Weines für Deutschland zu verallgemeinern, hat ja bereits Ausdruck gefunden in dem Weinsteuergesetz seligen Andenkens, welches Ihnen in der vorigen Tagung vorgelegt wurde. Sie haben diesen Entwurf abgelehnt und wir haben uns entschlossen, die dem Bedürfnis entsprechende anderweitige Regelung Ihnen in einem besonderen Gesetz vorzuschlagen. Die Kommunen werden selbst zu erwägen haben, ob es in ihrem wirtschaftlichen Interesse liegt, eine solche Steuer einzuführen. Der zulässige Maximalfuß, den wir vorschlagen, ist kein hoher. Ich bitte Sie, dieses Gesetz etwas glimpflicher zu behandeln als seinerzeit das Reichs-Weinsteuergesetz.

Abg. Schäbler (Z.) steht der Vorlage mit einem heiteren und einem wassen Auge gegenüber. Wenn eine Gemeinde die Weinsteuereinführt, so wird sie neue Beamte einstellen müssen und es wird sich fragen, ob die Kontrollmaßregeln nicht kostspieliger sind, als die Einnahmen, die man daraus erzielen wird. Wird nicht auch der Wein als Heilmittel des Kranken und der leichte Wein, der als Hausbrand dient, besteuert werden? Wir müssen alle berechtigten Interessen schonen. Deshalb halte ich die Frage noch nicht für spruchreif; ich beantrage daher die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zur gründlichen Vorberatung der Vorlage. (Zustimmung im Centrum.)

Abg. Schmidt-Bingen (fr. Sp.): Man findet die Vorlage gerecht und schön, weil sie den Wein ebenso besteuert, wie das Bier. Aber wenn man näher zuseht, so ergeben sich doch erhebliche Bedenken. Die Gemeinden wollen zum Theil nicht von einer Weinsteuereinführung wissen, weil sie auch den Branntwein nicht besteuern dürfen. Wenn die Weinsteuereinführung ein Luxussteuer sein soll, wird niemand dagegen stimmen; aber Luxussteuern haben niemals eine große Einnahme gebracht; denn der Weinverbrauch als Luxusgenuss ist nur ein geringer Prozentsatz des ganzen Verbrauchs. Man fürchtet, daß schließlich doch die ganze Steuer auf die Winger abgewälzt würde, wie man das bei der Vorlage der Reichs-Weinsteuereinführung angeführt hat. Um die Gemeinde-Weinsteuereinführung zu machen, müßten die Gemeinden den höchsten Steuerfuß von 10 pCt. nehmen. Dazu würde eine eingehende Kontrolle nöthig sein und es würden dann die gefährdeten Kellerratten wieder in

die Erscheinung treten. Redner hofft, daß es dieser Vorlage ebenso gebe, wie der Reichsweinsteuereinführung im vorigen Jahre.

Abg. Hammacher (natl.) weist darauf hin, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung sich an die Weinsteuereinführung gewöhnt habe, so daß kaum noch eine Beschwerde darüber besteht, trotz der ziemlich hohen Steuerfüße. Die Stadt Straßburg erhebt 10 M. pro Hektoliter und die Einnahme beziffert sich auf 650 000 M. Der Verbrauch hängt eben nicht von der Steuer ab, sondern von anderen Dingen. Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden fordern mit eiserner Nothwendigkeit dazu auf, daß man die indirekten Gemeindesteuern von den Hindernissen befreit, die ihnen die Reichsweinsteuereinführung bereitet. Wenn die Ausgabe für den Verbrauch alkoholhaltiger Getränke sich auf eine sehr erhebliche Summe beläuft, so müssen die Gemeinden daran denken, hieran einen Theil zu haben gegen indirekte Steuern. Wenn die Ausgaben der Gemeinden so wachsen wie bisher, dann werden die Gemeinden bald nicht mehr ohne Staatshilfe auskommen. Die Vorlage zwingt die Gemeinden nicht dazu, eine Weinsteuereinführung; das ist ein Vorzug gegenüber dem früheren Weinsteuergesetz. Wo der Wein ein Verbrauchsgegenstand weiterer Volkstheile ist, da sollten die Gemeinden Abstand nehmen von einer Weinsteuereinführung; aber die großen Städte wie Berlin, Köln, Breslau, Elberfeld etc. sollten kein Bedenken tragen, die Weinsteuereinführung. Es bleibt dabei zu erwägen, ob man dabei die Qualität des Weines berücksichtigen will; das ist eine Aufgabe für die einzusehende Kommission.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe den Verdacht, daß, nachdem die Reichsweinsteuereinführung im vorigen Jahre abgelehnt worden ist, dieselbe auf dem Umwege über die Kommunen doch wieder eingeführt werden soll. Ich glaube, daß innerhalb der verbündeten Regierungen die Meinung vorhanden ist, alle diejenigen Steuerquellen, die irgend einmal ein findiger Mitarbeiter der Regierung entdeckt hat, so lange zu fruchtbar zu sein und wiederzubringen, bis der Reichstag, des Widerstandes müde, nachgibt und die Steuern zum Gesetz macht. Nach unserer Meinung würde die Ausgabe des Reichs auf diesem Gebiete darin bestehen, den Kommunen, in denen jetzt eine Weinsteuereinführung erfolgt, die Forterhebung zu verbieten. Wir stehen der Vorlage gegenüber, wir sind prinzipielle Gegner aller indirekten Steuern und vermögen nicht einzusehen, daß das, was wir als Unrecht für das Reich und die Staaten erachten, bei den Kommunen angewendet, zum Recht wird, und darum sind wir gegen jede indirekte Besteuerung in der Kommune. Im übrigen befindet sich der Schatzsekretär im Widerspruch mit dem Finanzminister Miquel. Dieser hat in der Begründung des preussischen Kommunalabgaben-Gesetzes den Grundgedanke zum Ausdruck gebracht: die indirekten Steuern dem Reich, die direkten Steuern, die Einkommensteuer den Einzelstaaten, die Realsteuern den Kommunen; er hat allerdings auch den Kommunen das Recht der indirekten Besteuerung zugesprochen, aber doch nur in beschränktem Maße. Der Schatzsekretär weist auf Frankreich hin. Das französische Ottrot scheint für die Herren unserer Finanzverwaltung das Ideal zu sein. Aber statt der schlechten Beispiele aus anderen Ländern sollte man uns lieber die guten Beispiele vorführen. Es werden uns immer französische und englische Einrichtungen empfohlen, welche dem Volke Lasten auferlegen, englische und französische Einrichtungen werden uns aber nicht empfohlen, wenn es sich um eine Erweiterung der Volksrechte handelt. Die Gründe des Abg. Hammacher für das Gesetz können in der That mit unglücklicheren Beispielen nicht belegt werden. In Wiesbaden, einer Fremdenstadt liegen die Verhältnisse so eigenartig, daß man das, was man auf Wiesbaden anwenden kann, nicht ohne weiteres auf alle anderen Städte anwenden kann. Auch die anderen Gemeinden, die der Abg. Hammacher genannt hat, können nicht angezogen werden. In Straßburg legt man, wie mir mein Freund Bueb mittheilt, unter der Bürgerschaft den allergrößten Werth darauf, die Weinabgabe abzuschaffen. Wenn uns gar für die Nothwendigkeit einer kommunalen Weinsteuereinführung das Bier angeführt und auf Bayern verwiesen wird, wo trotzdem das Bier am besten und am billigsten ist, so scheint der Herr Abg. Hammacher den nationalökonomischen Standpunkt zu vertreten, daß man nichts Besseres thun kann, um den Konsum zu fördern, als daß man recht hohe Steuern auferlegt. Die Konzentration der Produktion und der Massenabfabrik in Bayern ermöglichen es, ein immerhin noch gutes Fabrikat für billiges Geld herzustellen. Aber ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Bedenken, erscheint die Vorlage auch darum als unannehmbar, weil bei ihrer Ausführung die Kosten für Kontrolle und Ueberwachung ebenso viel betragen werden, als die Steuer überhaupt aufbringt. Es wird ferner hier eine Gelegenheit zum Schmutzhandel gesucht und gefunden werden. Wir sind prinzipielle Gegner jeder Konsumsteuer; in der Form der Einkommensteuer ist der Wohlhabendere in weit schärferem Maße heranzuziehen als bisher. Öffnen Sie sich doch diesen Luxus. Der Hauptertrag, der aus dieser Steuer gezogen werden wird, wird von den kleinen Wingern ausgebracht werden müssen, demjenigen Theil der Weinbauern, die sich in einer wirtschaftlichen Nothlage befinden. Es werden sich Verhältnisse herausbilden, in denen die kleinen Besitzer diejenigen sind, welche ihre Haut zu Markte tragen müssen und doch am wenigsten im Stande sind, die Steuer zu tragen. Aus allen diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen; wir halten auch eine Kommissionsberatung für überflüssig.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die Weinsteuereinführung allen Kommunen zu übertragen und sie höher zu normieren. Weiter konnten wir nicht gehen. Wenn jeder weitere Schritt, die Art der Erhebung der Weinsteuereinführung in den Kommunen zu regeln, wäre ein Uebergang aus der Reichsweinsteuereinführung in die kommunale Selbstverwaltung und Landesgesetzgebung gewesen. Die Befürchtung, daß wir auf einem Umwege durch dieses Gesetz zur Reichsweinsteuereinführung gelangen wollen, kann nicht ernsthaft gemeint sein; wir würden doch nicht die Kommunen den Vorgriff einräumen, wenn wir dieses beabsichtigten. Ich hoffe, daß das Gesetz in der Kommission mit einigen Abänderungen angenommen werden wird. Wir werden damit den Kommunen einen werthvollen Dienst leisten.

Abg. Blankenhorn (natl.) giebt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Staatssekretär von der seligen Reichsweinsteuereinführung gesprochen habe. Wer einmal selig sei, der komme nicht mehr wieder. Die Vorlage will die Steuergrenze für Wein erhöhen. Eine Werthvermehrung ist bedenklich. Man könnte auch unterscheiden zwischen Fahrwein, Flaschenwein, Schaumwein und Kunstwein, welcher letzterer den Naturproduzenten erhebliche Konkurrenz macht. Allerdings sind die 5 M. Steuer nur die obere Grenze, allein die Motive weisen darauf hin, daß diese Erhöhung nothwendig sei, um den Gemeinden ergiebige Einnahmen zu beschaffen; dazu muß man aber immer zur Höchstgrenze gehen. Das einzig gute an dem Gesetzentwurf ist, daß auch die ausländischen Weine versteuert werden können.

Abg. Birklin (natl.): Die Debatte scheint mir denselben Verlauf zu nehmen wie im vorigen Jahre. Wir haben lauter Redner dagegen gehört und nur einen dafür: im vorigen Jahre Herrn Gamp, in diesem Jahre Herrn Hammerstein. Der Winger muß die Weinsteuereinführung tragen und der Weinbauer; auch diejenigen, welche die feinsten Weine erzeugen, sind meist kleine Leute. Deshalb kann ich nicht für die Vorlage stimmen.

Abg. Wolfstein (Z.) weist darauf hin, daß die belästigten

Gemeinden, namentlich des Westens in Preußen, dringend danach verlangen, eine Weinsteuereinführung einzuführen; aber die Vorlage ist doch so bedenklich, daß ich nichts dagegen einzuwenden habe, wenn auch eine Kommissionsberatung abgelehnt wird.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Wer die Steuer trägt, das hängt ganz von der Konjunktur, von der Produktionsmenge u. s. w. ab. Die Winger werden, selbst wenn sie einen Theil der Steuer tragen müssen, auf der anderen Seite entlastet werden dadurch, daß die Gemeinden nach Einführung der Weinsteuereinführung weniger an Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuern erheben werden. Es ist wunderbar, daß gerade die Herren, welche sonst für die Gemeinde eintreten und ihre Rechte verteidigen, sogar wenn sie über Dinge, die sie nichts angehen, ungewaschenen Petitionen hierher gelangen lassen, den Gemeinden nicht das Recht der Weinsteuereinführung geben wollen. Wir sind einverstanden mit einer Kommissionsberatung. (Zustimmung rechts.)

Abg. Köfke (wld) stimmt den Ausführungen zu, daß die Kleinproduzenten die Steuer tragen, wie dies bei den kommunalen Biersteuern schon erreicht sei. Die großen Brauereien haben diese Steuer auf die Konsumanten abgewälzt, die kleineren Brauereien müssen sie selbst tragen. Das Bier ist nicht dort am besten, wo die höchsten Steuern bestehen, sondern umgekehrt; weil das Bier dort am besten ist und weil es ein Massenkonsumartikel ist, konnte man die hohen Steuern einführen. In Süddeutschland ist das Bier nicht billiger als in Norddeutschland. Schließlich werden wir in einen längst vergangene Zustand zurückversetzt werden, wo an jedem Ort noch Abgabe erhoben wurde. Um die Freiheit des Verkehrs Deutschlands nicht weiter zu beschränken, sollte die Mehrheit des Reichstages dieser Vorlage ihre Zustimmung nicht geben, und überhaupt nicht auf eine Kommissionsberatung eingehen.

Tamitz schließt die erste Lesung. Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Darauf folgt die Beratung von Petitionen.

Die Petitionen des Birkerverbandes betreffend das Verbot der Gefängnisarbeit mit Strickmaschinen wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petitionen der Gemeinden Spandau, Gaarden und Ellerbeck wegen Erlaß eines Gesetzes über die Heranziehung des Reichsstaats zu den Gemeindefinanzen werden dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem der Abg. Pachtinick (fr. Sp.) dafür eingetreten.

Die Petition der Handels- und Gewerbelammer für Oberbayern zu München betreffend die gemischten Transillager für Getreide wird dem Reichskanzler als Material überwiesen; eine Petition wegen eines gemischten Transillagers für Holz wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Präsident v. Quol theilt zum Schluß mit, daß eine Interpellation des Abg. Liebermann v. Sonnenberg eingegangen ist betreffend Maßregeln gegen die Vertheuerung des Preises des Petroleums.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Dritte Lesung der Vorlage betreffend die elsaß-lothringischen Bürgermeister; erste Lesung des Nachtrags-Etats; Rechnungsunterlagen, Interpellation von Liebermann v. Sonnenberg und Wahlprüfungen.)

Parlamentarisches.

Der Nachtrags-Etat von 1 700 000 M. für die Kieler Feste zur Einweihung des Nord-Ostkanals kam heute im Senatorenkonvent zur Sprache. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion mußte erklären, daß die Fraktion sich noch nicht mit dem Gegenstand beschäftigt habe, daß aber, obgleich die Fraktion die Nützlichkeit des Kanals stets anerkannt, für den Bau gestimmt und die Baukosten bewilligt habe, sie angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage doch wohl kaum für die im Nachtrags-Etat geforderte Summe stimmen dürfte.

Die Brauntweinsteuer-Kommission hielt am Donnerstag Vormittag ihre erste Sitzung; eine zweimalige Lesung der Novelle wurde beschlossen. Abg. S j m u l a (Z.) wies darauf hin, daß die 1887 vorgenommene Kontingierung oft in ungerechtester Weise ausgefallen sei; wirklich landwirtschaftliche Brennereien, welche nur die von der Wirtschaft selbst erzeugten Kartoffeln brauchten, bekämen ein sehr kleines Kontingent, und andere landwirtschaftliche Brennereien, die geradz industriell betrieben würden, Kartoffeln aufzukaufen, Schlempe verlaufen, ein sehr hohes, so ein Gut mit nur 1300 Morgen ein Kontingent von 80 000 Liter. Er wünsche, daß die Regierung ein Verzeichnis sämtlicher landwirtschaftlicher Brennereien, deren Bodenbesitz, Anbaufläche und Kontingentgröße vorlege. Staatssekretär Posadowsky erklärte dies nicht für durchführbar, in acht Tagen hoffe er aber eine Kontingierungsliste vorlegen zu können. Eine Neukontingierung sei jetzt nicht anzustreben, dazu sei nicht Zeit; wenn das neue künstliche Brauntweinsteuer-Gesetz, dessen Entwurf bereits in seinem Schreibtisch liege, komme, werde diese Neukontingierung vorgenommen werden können; jetzt möge man das vorliegende Gesetz, das eine Art Nothgesetz sei, nur baldigst annehmen. Graf Mirbach stellt Anträge, die im Interesse der größeren Kartoffelbrennereien liegen und zeigt, daß ihm an der Erhaltung der kleinen Brennereien nichts liegt; es wäre der reine Segen, wenn solche Brennereien ihren Betrieb einstellen müßten. Wer das Kontingent bekomme, müsse dafür auch Opfer bringen. Da diese Opfer — es handelt sich um den Zwang, das Kontingent abzutrennen, auch wenn es sich infolge hoher Kartoffel- und niedriger Spirituspreise nicht lohnt — von den großen Brennereien ertragen werden können, von den kleinen nicht, so stimmt die agrarische Majorität gegen die Vorschläge der Linken, welche eine Erleichterung des Betriebs für die kleinen Brenner zur Folge habe. — Nächste Sitzung Montag, den 6. Mai abends 8 Uhr.

Tabaksteuer-Kommission. Am 1. Mai trat die Reichstags-Kommission in die zweite Lesung der Vorlage ein. Zunächst wurde wieder der § 4 zur Debatte gestellt, der bestimmt, daß Tabakfabrikate, die im Zollgebiet hergestellt werden, einer Steuer unterliegen. Das Wort nahm vorerst

Staatssekretär Graf Posadowsky: Als die verbündeten Regierungen den Entwurf einbrachten, gingen sie von dem Gedanken aus, daß die Einzelstaaten dauernd einen Ueberschuß aus den Reichssteuern haben sollten. Von diesem Gedanken sind die Regierungen zurückgetreten. Jetzt haben sie nur so viel gefordert, als erforderlich erscheint, um Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Steuern auf Vorrath will die Regierung auch nicht. Jetzt ist ein Defizit von 5 Millionen vorhanden, dazu liegt ein Nachtragsetat von 1 700 000 M. vor, und ein zweiter wird folgen, so daß vielleicht 10 1/2 Millionen zu decken bleiben. Dieses Defizit will die Regierung durch den Ertrag der Tabaksteuer decken. Die Regierung würde den Zweck durch eine Tabaksteuer erreichen können, so daß die ganz billigen Zigaretten gar nicht, die mittleren wenig und die besseren Sorten höher belastet würden. Es würden in den geringeren und mittleren Sorten mehr Arbeiter beschäftigt werden und auch die Tabakbauern würden durch das neue Gesetz einen Vortheil

haben. Aber nicht nur um der 10 1/2 Millionen willen wünschen wir das Gesetz, es erscheint auch agrarpolitisch und sozialpolitisch von hohem Werte. Die Befürchtungen, daß weniger Arbeiter beschäftigt werden würden, erscheinen mir ungerechtfertigt. Im Gegenteil, statt Arbeiterentlassungen könnte eine Mehrbeschäftigung von etwa 4790 Arbeitern erfolgen, wenn die Gefängnisarbeit für die Tabakfabrikanten suspendiert würde. Und schließlich ist die gesamte Finanzreform von so großem Werte, daß wir nichts unversucht lassen dürfen, um zu diesem Ziele zu kommen.

Abg. Graf Holstein (kons.) beantragt hierauf die Vertagung der weiteren Debatte. Die Abgg. Richter und Singer widersprechen, und der Antrag wird gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die verbündeten Regierungen geben den Gedanken an die höhere Besteuerung des Tabaks nicht auf, es sei denn, daß der Reichstag sich entschlösse, die Biersteuer zu erhöhen. Durch eine kurze Ablehnung der Vorlage kommt die Tabakindustrie nicht zur Ruhe.

Abg. Müller-Fulda (Z.): Die Notwendigkeit der Vorlage ist nicht als dringend begründet. Sollten wirklich die notwendigen Ausgaben so steigen, daß wir durchaus neue Steuern brauchen, dann werden meine politischen Freunde auch bereit sein, höhere Einnahmen aus dem Tabak zu bewilligen. Eine weitere Debatte findet nicht statt.

Bei der Abstimmung wird § 4 mit 18 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Eine weitere Beratung wird nach Ablehnung des grundlegenden Paragraphen der Vorlage für überflüssig erachtet. Zum Berichterstatter für das Plenum ist Abg. Dr. L. (Zentr.) bestellt.

Die Maiseier im Auslande.

Wie alljährlich so wurde auch diesmal die Maiseier im Auslande am glänzendsten von unseren österreichischen Genossen begangen.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Die Maiseier ist so glänzend wie noch nie verlaufen. Vormittags fanden 47 massenhaft besuchte Versammlungen statt. Am Nachmittag marschierte die Arbeiterschaft aller Bezirke, in Reihen zu 10 Mann hoch in militärischer Ordnung 1 1/2 Stunden lang unter fortwährendem Rufen: Hoch die Sozialdemokratie! Hoch das Wahlrecht! Nieder mit der Koalition! an dem Parlamentengebäude vorbei. Kein Zwischenfall fiel vor. Die Polizei hielt sich reserviert. Im Prater waren schon zu jener Zeit etwa 5000 Ziegelarbeiter und Ziegelarbeiterinnen versammelt. Die Arbeitsruhe war vollständiger als je. Die Lage war gespannt, die ganze Garnison in Bereitschaft. In allen Versammlungen wurde die internationale Solidarität mit den Bruderparteien betont, überall wurden die Bestrebungen der deutschen Reichsregierung, die Sozialdemokratie mit dem Umsturzgeetze zu bekämpfen und das Vorhaben Crispis gegen unsere italienische Genossen gebührend beleuchtet.

In sämtlichen Versammlungen wurde die folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung erklärt: Die Klassenbewusste Arbeiterschaft Österreichs, ohne Unterschied des Geschlechtes und der Nation, ist entschlossen, einmütig zusammenzutreten, rafflos zu kämpfen und vor keinem Opfer zurückzuschrecken, bis die Ueberwindung der Barbarei des Kapitalismus zur Tatsache geworden ist. Das österreichische Proletariat ist sich bewußt, daß es seinen Kampf gegen die Ausbeutung des Lohnsystems, gegen die politische Rechtlosigkeit und gegen die geistige Bevormundung allein führen muß; aber es weiß auch, daß alle Interessen menschlicher Kultur, alle Nothwendigkeiten wirtschaftlicher Entwicklung ihm zur Seite stehen. Es weiß ferner, daß in brüderlicher Solidarität mit ihm verbündet kämpft die organisierte Arbeiterschaft aller Länder.

Die nothwendigste Vorbedingung der Wehrkraft des Proletariats für den Klassenkampf ist der Arbeiterschaft, vor allem der gefühlvolle Achtungstag. Die wirksamste Waffe im Klassenkampf sind politische Rechte, vor allem: Wahlrecht und Koalitionsrecht. Beides muß zunächst erobert werden.

Soll der durch die kapitalistische Ausbeutung bedingten Degenerierung des Proletariats wirksam Halt geboten werden, soll der Arbeiterschaft die Möglichkeit geboten sein, zur Erkenntnis ihrer Ziele und zu ihrer Organisation zu kommen, so bedarf sie in erster Linie der Abkürzung der Arbeitszeit.

Die gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden ist also eine hygienische, wirtschaftliche und kulturelle Nothwendigkeit. Zur Erreichung und zur Sicherung dieses nächsten Zieles aber bedarf es der vollen Koalitionsfreiheit.

Gemeinsam und im Einverständnis mit dem Klassenbewußten Proletariat aller Länder wiederholt heute am 1. Mai 1895 die Arbeiterschaft Österreichs ihre Forderungen:

1. Gesetzliche Feststellung des Maximal-Arbeitstages von acht Stunden für alle Betriebe (Großproduktion, Kleingewerbe, Transportgewerbe); strenge Einhaltung der vollständigen Sonntagsruhe.

2. Sicherung des Koalitionsrechtes durch Aufhebung der im heutigen Vereins- und Versammlungsrechte gegebenen Beschränkungen, sowie strenge Bestrafung gesetzwidriger Verhinderung des Lohnkampfes durch behördliche Organe.

3. Beseitigung aller Beschränkungen der freien Meinungsäußerung in Schrift und Rede; volle Pressfreiheit.

Die heutige Versammlung erhebt aufs neue Protest gegen das österreichische Wahlrecht, das die arbeitenden Klassen zu Gunsten der Privilegien einer Minderheit politisch rechtlos macht. Sie protestiert gegen die Verschleppung der Wahlreform, welche die Regierung in ihrem Regierungsprogramm vom 22. November 1893 als die erste und wichtigste Aufgabe der Regierung bezeichnet hat. Die Klassenbewußten Arbeiter sind entschlossen, den Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln fortzuführen, und sie erklären, vor gar keinem Opfer zurückzuschrecken, um sich ihr volles Recht zu erkämpfen. Die Arbeiterklasse wird von ihrem Recht niemals und unter keiner Bedingung ablassen.

Die Versammlung entbielt schließlich ihren Brudergruß den Arbeitern der ganzen Welt, die an diesem 1. Mai versammelt sind, um die Solidarität der Arbeit zu bezeugen; sie fordert sie auf, unerschütterlich vorwärts zu gehen, bis das gemeinsame Ziel des internationalen organisierten Proletariats erreicht ist: die Beseitigung der Lohnsklaverei und die Wahrung der Arbeitsmittel durch die Gemeinschaft der Arbeitenden.

Ueber den Märsmarsch meldet uns eine weitere Depesche aus Wien:

Großartig verlief der Märsmarsch aus dem Prater. Ein Zug in der Stärke von 5000 Mann zog durch die vornehmsten Straßen Wiens zum Palais des Ministerpräsidenten und demonstrierte dort gegen die Regierung, von dort zogen sie nochmals zum Parlament. Hieraus zerstreuten sich die Demonstranten. Kein erheblicher Zwischenfall mit der Polizei kam vor.

Die Anzahl der am Parlamente vorbei in den Prater ziehenden wurde auf 80 000 geschätzt. Keine Zeitung erschien am 1. Mai nachmittags und am 2. Mai morgens.

Aus Linz, Salzburg, Graz, Triest, Czernowitz, Troppau, Lemberg, Prag und Brünn, wo überall die Arbeiter Festlichkeiten abhielten, wird gemeldet, daß sich die Theilnehmer durchaus musterhaft verhielten.

Der Brünner Holzindustriellen-Verein beschloß, gleichwie im Vorjahre, den Arbeitern den 1. Mai freizugeben, falls sie darum ansuchen. Die Behörde bewilligte die Abhaltung eines Arbeiterfestes im Schreibwald.

Die mährisch-schlesische Arbeiterschaft hat in fast allen Bergbaubetrieben und zahlreichen Betrieben des Eisenwerkes

Miskowicz gefeiert, weshalb die meisten Betriebe für diesen Tag die Arbeit einstellen.

Aus Prag meldet man uns: Bei schöner Witterung bis um 4 Uhr Nachmittag waren viele tausend Menschen auf der Schützeninsel versammelt, wo die Arbeiter immer den 1. Mai feiern. Weil hier der Ausnahmezustand ist, durften keine Reden gehalten werden.

Aus Ungarn liegen folgende Meldungen vor: Wolffs Bureau telegraphirt aus Budapest: Im Waldchen bei Neu-Pest sammelten sich heute zahlreiche Arbeiter an. Als die Polizei sie aufforderte auseinanderzugehen, kam es zu Thätlichkeiten. Die Arbeiter schleuderten Steine gegen die Polizeimannschaften, so daß diese von ihren Säbeln Gebrauch machen mußten. Hierbei wurden einige Personen verletzt. Die Menge wurde zerstreut, einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Budapest gemeldet: Nachts fanden Kundgebungen der Arbeiter in mehreren Stadttheilen statt. Unter Rufen: Hoch die Sozialdemokratie, der Achtstundentag! und Gesang der Marschälle zogen heute Gruppen durch die Straßen in den Stadtwald. Eine große Gruppe zu 500 Mann wurde durch die Polizei zerstreut. Im Stadtwald ließ man die Arbeiter gewähren. Mehrere Straßendemonstrationen führten in Miskowicz zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Polizei. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Aus Agram (Kroatien) wird uns telegraphirt: Die Maiseier verlief glänzend, die Versammlungen am Vormittag waren sehr stark besucht, ebenso war der Demonstrationen nachmittags von bemerkenswerther Stärke. Die Arbeitsruhe war vollkommen. Aus der Provinz wird gemeldet, daß die Maiseier in Csege, Warasdin und Slatina gefeiert wurde. Aus Schild (Slavonien) werden Verhaftungen von Genossen anlässlich der Maiseier gemeldet.

In der Schweiz ist die Maiseier gleichfalls würdig verlaufen, am glänzendsten in Zürich, wo gegen 10 000 Arbeiter im Demonstrationzuge gezählt wurden; an dem Arbeitertage in Bern nahmen ca. 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen theil. Die italienischen Arbeiter auf den Bauplätzen schlossen sich dem Zuge an, als er vor den Arbeitshäusern vorbeiging. Auch aus Basel, Genf, Luzern wird über schönen Verlauf der Maiseier berichtet.

In Frankreich war die Theilnahme an der Maiseier härter als in den Vorjahren. In der Provinz, vor allem in Lyon, Marseille, Noanne, Roubaix wurde von verhältnismäßig mehr Arbeitern die Arbeit ruhen gelassen, wie in Paris. Selbst gemessene Berichte schätzen die Feiernden in diesen Orten auf die Hälfte der in Arbeit stehenden Personen.

Belgien. Aus Brüssel wird der „Allg. Ztg.“ gemeldet: In den Vorstädten sind die Schulen geschlossen. Sozialistische Maueranschläge fordern die Bürger Brüssels auf, die Kinder ebenfalls nicht in die Schule zu schicken. Das Arbeiterviertel ist belebter; theilweise wird nicht gearbeitet. Im Lütticher Bezirk feiert die Hälfte der Arbeiter, im Mittelbecken fast alle. In Gent sind nur einige Werkstätten geschlossen. Die Feiernden verhalten sich überall ruhig.

In Antwerpen wurde die Demonstration des unglücklichen Wetters wegen auf Sonntag verschoben.

Italien. In Rom erschien des Maiseierfestes wegen kein einziges Abendblatt am 1. Mai. Professor Enrico Ferri sprach in Rom vor einer großen Versammlung über die Bedeutung des 1. Mai.

Aus England liegt vorläufig bloß die Meldung von einer großen Demonstration im Hyde-Park in London vor, die von der sozialdemokratischen Föderation und der unabhängigen Arbeiterpartei veranstaltet wurde.

Aus Bulgarien geht uns folgende Depesche zu: „Sophia, 1. Mai. Die bulgarischen Arbeiter reichen den deutschen Arbeitern die Bruderhand unter dem Rufe: Es lebe der 1. Mai! Es lebe der internationalen Sozialismus.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den

2. Mai 1895, nachmittags 5 Uhr.

Als dringlichen Gegenstand hat der Vorsteher das ihm vom Magistrat mitgetheilte Schreiben des Oberpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt, welches die Gründe desselben für die Beanstandung des Beschlusses vom 26. April er. wegen der Petition gegen die sog. Umsturzvorlage ausführlicher als das Telegramm des Oberpräsidenten angiebt. Das Schreiben ist bereits bekannt.

Auch in diesem Jahre werden die üblichen Sommerferien geneigt werden, in den Monaten Juli und August wird keine Sitzung abgehalten.

An stelle der seit 1891 als Fahrbrücke gesperrten, ursprünglich zur Renovierung bestimmten Eisenbrücke will der Magistrat jetzt nur eine Fußgängerbrücke errichten, die nach seiner Ansicht dem Verkehrsbedürfnis an dieser Stelle genügt, da die bemerkenswerte Molkerei- und Kronprinzinnen-Brücke den Fahrverkehr voll auf zu bewältigen vermögen. Die Kosten für die Fußgängerbrücke berechnet der Magistrat auf 180 000 M. Im Ausschuss hat man es indes eigentlich für undenkbar erklärt, daß anstatt einer lange vorhanden gewesenen Fahrbrücke nunmehr bloß eine Fußgängerbrücke errichtet werde und hat die Vorlage mit 6 gegen 3 Stimmen verworfen. Der Magistrat soll nach dem Ausschusse antrage ersucht werden, eine Vorlage wegen Wiederherstellung der Eisenbrücke als Fahrbrücke zu machen.

Ohne Debatte wird nach dem Referat des Stadtv. Spinola demgemäß beschloffen.

Die Vorlage betr. den Erwerb einer domänenfiskalischen Fläche zur Freilegung des Kaiser Friedrich-Platzes geht an einen Ausschuss.

Aus städtischen Mitteln beantragt der Magistrat bei der Versammlung die Bewilligung von 800 000 M. zur Vollendung des Thurmes der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, 60 000 M. zur Vollendung der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche.

Der Magistrat bezieht sich auf begüthliche Bitten des Komitees für die erste genannte Kirche und des Gemeinderathes der Dorotheenstädtischen Kirche und giebt seiner Bereitwilligkeit, die Mittel der bekanntlich auch aus Katholiken, Juden, Freireligiösen und Konfessionslosen bestehenden Gesamtheit der Berliner Steuerzahler diesen beiden evangelischen Kirchenbauten in der bezeichneten Höhe zuzuwenden, seit übermäßigem Ausdruck. Es handelt sich für ihn, so weit es die erste Kirche angeht, ganz und gar nicht in erster Linie um die Befriedigung religiöser Bedürfnisse eines Theils der Bewohner des Westens der Reichshauptstadt; vielmehr spricht er nur davon, daß die Bevölkerung wie die städtischen Behörden auf diesem Wege den seit 1888 begabten lebhaften und entschiedenen Wunsch, beide Kaiser durch Errichtung von Denkmälern in Berlin auf Kosten Berlins zu ehren, endlich erfüllt sehen würden, nachdem „aus betannten Gründen“ jener Wunsch nicht verwirklicht werden konnte und die städtischen Behörden zu ihrem Bedauern auf den Gedanken hätten verzichten müssen, ihrer Liebe und Anhänglichkeit an die beiden erhabenen Herrscher, denen auch Berlin soviel verdanke, in einer form Ansdruk zu geben, welche Jahrhunderte überdauern und noch den späten Nachkommen von der treuen und dankbaren Gesinnung unserer Stadt Kunde geben sollte“. Schmerzlich würde es der Magistrat empfinden, wenn bei der auf den 1. September

dieses Jahres in Aussicht genommenen Einweihung der Kirche die Stadt Berlin nicht unter denen erscheinen würde, die ihren Dank gegen den großen Kaiser, der Berlin zur Reichshauptstadt erhoben hat, auch bei der Ausführung dieses Werkes beweisen haben.

Von der Fraktion Spinola und Genossen wird Ausschussberatung beantragt.

Namens der Fraktion der Linken erklärt Stadtv. Matrone: Die Fraktion wisse sich einmütig mit dem Magistrat und der gesamten Bürgerschaft in der Ehrung und Hochhaltung des Andenkens der beiden hochherzigen Kaiser. Die Versammlung habe mit 900 000 und 500 000 M. bewilligt, erstere für die Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung, letztere für das Friedrich-Kinderkrankenhaus. Beide Institute seien zur Linderung der Noth der Armen und Blinden bestimmt und tragen zum ewigen Andenken die Namen der beiden Kaiser. Die Idee, Standbilder zu errichten, sei der Stadt Berlin auszuführen verwehrt. Die Bewilligung von Geldmitteln aus der Tasche der Steuerzahler, zu denen auch ein großer Theil nichtevangelischer Christen und Andersgläubiger gehöre, zur Errichtung und Ausschmückung von Kirchen, von denen eine nicht einmal auf Berliner Gebiet liegt, hält die Fraktion zum mindesten solange für nicht berechtigt, als die Normen der veralteten Visitations- und Konfessionalordnung von 1573 noch gegen die Stadtgemeinde in Anwendung gebracht werden. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Dinsie giebt für die neue Fraktion der Linken eine Erklärung ab folgenden Inhalts: Die Versammlung habe wiederholt ihrer freudigen Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, das Andenken der beiden Kaiser in einer den Gefühlen der Bürgerschaft entsprechenden Weise zu ehren, sie habe diese Bereitwilligkeit auch durch die That erhartet, indem sie eine halbe Million der Kaiserin Friedrich zur Verfügung stellte, welche Summe würdige Verwendung für das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus gefunden habe. Seine Freunde seien auch weiterhin zu solcher Betätigung bereit, aber sie hielten es nicht für angemessen, daß in der vom Magistrat gewünschten Weise zu thun, um so weniger, als die bedauerliche Hervorhebung der Konfessional-Ordnung von 1573 Berlin vor die Möglichkeit unverhältnismäßiger Belastung für kirchliche Zwecke oder doch leidiger Projekte stelle, eine Meinung, welche auch der Magistrat f. Z. habe ausprechen lassen. Sie müßten daher die Vorlage ablehnen. (Beifall.)

Stadtv. Spinola: Die Unterzeichner des Antrags auf Ausschussberatung stehen auf dem Standpunkte des Magistrats. Sie sehen die Frage nicht an als eine solche, die Kirchenbauten, sondern die Denkmäler betrifft (Hört, hört!). Im übrigen gebieten es schon kommunalpolitische Rücksichten, gebietet es die Courtoisie — Sie wissen ja, was ich meine (große Heiterkeit) —, die Gründe für und gegen nicht hier im Plenum, sondern im Ausschuss zu erörtern.

Oberbürgermeister Zelle: Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß der Magistrat in Bezug auf die alte mährische Konfessionalordnung von 1573 ganz auf demselben Standpunkt steht, wie die beiden ersten Redner. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß durch die totale Veränderung der Verhältnisse in der Mark, namentlich in Berlin, das, was in jener Zeit vernünftig und praktisch war, heute nach dem Worte des Dichters „Verunst wird Unfinn, Wohlthat Plage“ ganz in Unrecht sich verwandelt hat, und wir bedauern sehr, daß die Schritte des Magistrats, durch die Gesetzgebung auf die Aufhebung jener Ordnung hinzuwirken, noch nicht zu einem Resultat geführt haben. Aber wir glauben, daß bei dieser Gelegenheit die Kirchenbaufrage bei Seite gelassen werden könnte. Ganz naturgemäß ist man im Magistrat auf die schon 1888 begabten Wünsche jetzt wieder zurückgekommen, wo die 25jährige Gedächtnisfeier einer Zeit wiederkehrt, in der die beiden Monarchen auf den Höhepunkt ihrer Ehre stiegen. Wir glauben absehen zu können von der inneren Bestimmung des Bauwerkes, das zum Gedächtnis Kaiser Wilhelm I. errichtet wird, wir glauben, daß dieser Thurm ebenso gut von uns als ein Zeichen, ein Denkmal errichtet werden könne, wie ein Bauwerk, welches nicht kirchlichen Zwecken dient. (Bewegung und Widerspruch.) Andere mährische Städte sind ebenso verfahren, so Spandau und Charlottenburg, inzwischen hat auch Potsdam 5000 Mark gestiftet. (Lachen.) Ich meine doch, diese Summe bedeutet für Potsdam mehr, als die 300 000 M. für Berlin. (Lebhafte Widerspruch.) Potsdam und Spandau haben doch weniger Interesse zur Sache als wir. Einen Ueberfluß an monumentalen Bauten hat Berlin nicht, dieser Thurm aber ragt als ein gewaltiges monumentales Bauwerk empor. Es ist wohl werth, Gründe und Gegengründe in einem Ausschuss zu erörtern; die Magistratsmitglieder werden sehr gern in demselben mit Ihnen zusammen wirken.

Stadtv. Michalek protestirt gegen den Vorschlag des Magistrats, von der geforderten Summe von 350 000 M. 250 000 M. aus den Ersparnissen des Dispositionsfonds von 1894/95 zu entnehmen; das sei einseitig ganz unthunlich, denn der Dispositionsfonds für 1894/95 sei, gleichviel, wieviel von ihm verbraucht oder nicht verbraucht worden, am 1. April 1895 garnicht mehr vorhanden. Er werde auch mit einem Theile der Fraktion Spinola gegen den Antrag auf Ausschussberatung stimmen.

Stadtv. Vogherr: Meine Freunde und ich haben nicht das Bedürfnis, uns an einem Akt der Verberrlichung lebender oder verstorbener Fürsten in irgend welcher Form zu betheiligen. Die Erbauung von Kirchen erachten wir als die Aufgabe derjenigen allein, welche ein Bedürfnis haben, Kirchen zu besuchen; insbesondere mögen diejenigen, welche so pompbaste Bauten errichten wollen, nicht an die Wohlthätigkeit anderer appelliren. Ein für alle Mal bestritten wir wie dem Staat so auch der Kommune das Recht, zu solchen privaten Zwecken Gelder aus den allgemeinen öffentlichen Mitteln zu verwenden. Aus diesen Gründen werden wir die Magistratsvorlage ablehnen und, da wir keine Veranlassung haben, hinter verschlossenen Thüren zu verhandeln, auch den Antrag auf Beratung im Ausschuss. (Beifall.)

Stadtv. Frenzel hat zwar den Antrag auf Ausschussberatung mit unterschrieben, ist aber mit der Motivierung derselben durch den Stadtv. Spinola nicht einverstanden und wird jetzt dagegen stimmen.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird mit allen gegen 6, die Vorlage selbst mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsteher kommt nunmehr auf das Schreiben des Oberpräsidenten zurück, welcher das Verfahren des Vorstehers bei der Verbelegung der Beschlußfassung über die Petition gegen die Umsturzvorlage und bei der Abfindung derselben als ungesetzlich erklärt und die Einreichung eines Exemplars der Geschäftsordnung, sowie vom Oberbürgermeister die schriftliche Erörterung der Frage verlangt, ob der Vorsteher bei jenem Akte den Vorschriften dieser Geschäftsordnung gemäß gehandelt hat.

Vorsteher Dr. Langerhans: Genau den Vorschriften unserer Geschäftsordnung folgend können wir nun dann in eine Besprechung dieser Vorlage eintreten, wenn kein Widerspruch erhoben wird, weil — nicht durch unsere Schuld, sondern durch andere — erst heute früh die Angelegenheit in Ihre Hände gekommen ist.

Stadtv. Sachs II. stellt den dringlichen Antrag auf Besprechung. Der Antrag findet keinen Widerspruch.

Stadtv. Sachs II.: Die Verfügungen des Oberpräsidenten namentlich soweit sie sich auf die Beschlüsse dieser Versammlung und die Thätigkeit des Vorstehers beziehen, sind durch die Thatfachen überholt und sind infolge Ausführung des Beschlusses gegenstandslos geworden; die Versammlung wird daher, wie ich glaube, keine Veranlassung haben, aus theoretischen Gründen eine Streitfrage zum Austrage zu bringen. Für und

ist die Angelegenheit erledigt. Aber wenn der Oberpräsident namentlich in dem uns heute zugegangenen Reskript die Thätigkeit unseres Vorkchens betreffend die Ausführung des Beschlusses als eine ungesegnete Handlung bezeichnet hat, müssen wir hiergegen Verwahrung einlegen. Der Oberpräsident ist der Auffassung, daß gemäß § 86 der Städte-Ordnung alle Beschlüsse der Versammlung nur durch den Magistrat zur Ausführung gebracht werden können. Diese Ansicht des Oberpräsidenten ist nicht richtig. Im Schlußsatz lautet § 86 allerdings: „Die Stadtverordneten-Versammlung darf ihre Beschlüsse in keinem Falle selbst zur Ausführung bringen; aber der Anfang lautet: Die Beschlüsse der Versammlung bedürfen, wenn sie solche Angelegenheiten betreffen, welche u. s. w., der Zustimmung des Magistrats. Außerdem bestimmt § 47 Absatz 2: dem Magistrat müssen alle Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung, auch diejenigen mitgeteilt werden, welche ihm durch das Gesetz nicht zur Ausführung überwiesen sind. Es ist also vorgelesen, daß es Beschlüsse giebt, welche der Magistrat nicht auszuführen hat. Nun giebt es eine Menge solcher Angelegenheiten. Dahin gehören z. B. alle Geschäftsordnungsbeschlüsse, ferner nach langjähriger Praxis die öffentliche Ausschreibung vakanter Stellen; Gratulations- und Kondolenzadressen, welche wir jährlich, ja, ja, ohne die Mitwirkung des Magistrats. Hiernach muß man annehmen, daß die Ausführung des Petitionsrechts zu denselben Meinungsäußerungen gehört, die wir kund zu geben, und zu den Beschlüssen, die wir auszuführen berechtigt sind. Ganz unzweifelhaft sind im § 86 diejenigen Beschlüsse gemeint, welche die Stadtgemeinde rechtlich verpflichtet oder Rechte für sie begründen. Wir haben gar keine Veranlassung, diejenigen Rechte, welche in der Städte-Ordnung der Versammlung gewährt sind, irgendwie preiszugeben, und müssen daher gegen die Auffassung des Oberpräsidenten als eine gänzlich unzutreffende Verwahrung einlegen.

Eine weitere Debatte findet nicht statt, der Gegenstand ist damit erledigt.
Schluß 7 1/2 Uhr.

Lokales.

Ein moderner Kunstgenuss. Für die geistige und sittliche Entartung der Bourgeoisie ist eine Rezension bezeichnend, die wir im „Neuen Journal“ finden. Im Apollo-Theater wird vor den Augen der zahlungsfähigen Götter und Götter, der Börsenjobber und sonstiger kunstbegeisterter Männer und Frauen ein „Eubrottenischer“, „Der Fioh“ aufgeführt. Wie das Ding aussieht, vernehme man aus folgender Schilderung, die das genannte Blatt bringt (es handelt sich um eine verheiratete Frau, die ihrem Verführer entgegen eilen will):

„Aber im Begriff, die Schwelle ihres Bordoirs zu überschreiten, in dem sie bisher ihre Tage schuldlos durchträumt, guckt Madame schmerzhaft zusammen; der Stich eines Fiohs hat die bereits in Gedanken in süßlichem Gemüthe Schwebende zur rauen Wirklichkeit zurückgeführt. Sie beginnt in nervöser Hast nach dem unbequemen Stürensried zu suchen. Während draußen vor ihrem Fenster der nach ihren Umarmungen Schwächende wiederholt das verabredete Zeichen giebt, durchwühlen ihre schlanken Finger hastig die intimsten Toilettenstücke und zeigen den profanen Augen Segenden, von denen, wie schon Schiller in seinem Gedicht die berühmte Frau“ sagt, der Gatte billig doch allein nur sprechen sollte. Endlich, nachdem Madame sich bis an die Grenzen der Möglichkeit deliquirt, gelingt es ihr, in dem allerintimsten Toilettenstück mit angefeuchteten spitzen Fingern den Quädel zu erwischen. Sie hält ihn triumphierend in die Höhe, und während sie mit angehaltenem Athem vergeblich auf das verabredete Signal vor ihrem Fenster lauscht, länden die Silbertöne einer Uhr ihr die Zeit, zu der das Stelldichein stattfinden sollte. Sie eilt, die herabgefuntene Robe ausstehend und sich schamhaft verhaltend, den Gefangenen fest zwischen den Fingern, zum Fenster; dort geht der junge Maler die Straße hinunter, die Zeit ist ihm zu lang geworden und er eilt vielleicht zu einem anderen Rendezvous.“

Dies Stück wird in Berlin, der Stadt, wo die Weber verboten wurden, aufgeführt. Aber warum auch nicht? Noch jede absterbende Gesellschaft, die sich gegen die Vertreter des Neuen mit den Mitteln der Gewalt zu schützen wähnte, hat, wenn auch alles mögliche und unmögliche verboten wurde, die Tangelangelerei hoch und heilig gehalten. Warum sollte die im eigenen Muff und Moder versankene Großbourgeoisie anders handeln? Die Aufsturzhande gegen die aufstrebende Arbeiterschaft und gegen die Wissenschaft und Kunst, die mit ihr im Bunde steht, die Tangelangelerei für die „nach Bildung und Besitz maßgebenden Gesellschaftsschichten“!

Heber die „Kinder-Vollstücken“ brachte eine Versammlung der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“, in der Herr Abraham, der Begründer der Rächen, über dieses Thema sprach, einige Mitteilungen, die von einem geradezu ungläublichen „Wohlthätigkeitsstimm“ in gewissen Kreisen zeugen. Zunächst erfuhr man, daß der Gemeindeführer Herr K. K., der den „Berliner Vorkchensverein“ zu seinem bekannten, die „Kinder-Vollstücken“ verurteilenden Beschlusse veranlaßt hat, in seiner Abneigung gegen diese Anstalten noch dadurch bestärkt worden ist, daß dort die Kinder weder vor noch nach dem Essen zu beten brauchen. Zwei Kinder, die wenigstens heimlich zu beten versuchten, sollen nach Angabe des enträthelten Vorkchens sogar — es ist schrecklich zu sagen! — von den andern Kindern ausgelacht worden sein. Außerdem soll der fromme Herr von der Besorgnis erfüllt sein, die „Kinder-Vollstücken“ könnten die Begierlichkeit rege machen. Man werde bald mehr verlangen, erst Speise, später auch Unterhaltung — erst panem, dann circenses. Ob der würdige Herr noch bei dem Worte circenses an Tafelmusik oder Mummenspiel gedacht hat, ging aus den Mitteilungen des Herrn Abraham nicht hervor. Sodann berichtete Herr Abraham über die Rundreise, die er im Interesse seines Unternehmens bei den Magistratsmitgliedern gemacht hat. Der Stadtkämmerer Naap hat ihn nach berühmtem Muster belehrt: „Es giebt überhaupt keine Noth in Berlin, Sie machen sie erst mit Ihren Bestrebungen.“ Andere Stadträte wiesen lächelnd die Vorkchensbestrebungen vor und verlagten die erbetene Unterstützung. Bekanntlich fand Herr Abraham mit seiner Bitte um einen lächelnden Zuspruch auch bei der Stadtverordnetenversammlung keine Gegenliebe, weshalb die Rächen bereits am 1. April geschlossen werden mußten. Neben diesen Neußerungen einer feindseligen Haltung führte Herr Abraham auch mehrere anerkennende Aussprüche über sein Unternehmen an, die von mehr oder weniger bekannten Personen bei Gelegenheiten gethan worden sind. Als letzten zitierte er die Worte der Frauenrechtlerin Frau Rittler-Hannover, daß die Speisung armer Kinder ein besseres Mittel gegen den Umsturz sei als alle Umsturzgesetze. Er sprach diese Worte mit erhabener Stimme, fügte aber sein Wort der Kritik hinzu und überließ es einem (leider kleinen) Theile seiner Zuhörer, darüber zu lächeln. Danach scheint es, als ob auch Herr Abraham in eine Reihe mit jenen zweifelhaften „Vollstücken“ hauen will, die dem Proletariat mit einigen laugen Broden den Mund stopfen möchten, damit es nicht mehr verlangt. Diesen Eindruck hat er von vornherein auf uns gemacht.

In der Aera der Kirchenbauerei. Es ist nicht verwerflich, wenn sich Pastoren finden, die meinen, sich über die vier Wände des „Gotteshauses“ hinaus erheben zu dürfen. Ein Berliner Geistlicher hat nach der „Volks-Zeitung“ dem Rektor einer Gemeindefürsorge nachstehendes Schreiben zugehen lassen: „Auf Veranlassung des Herrn Superintendenten der Diözese Berlin II habe ich für die Befolgung des Erlasses des Herrn Ministers der Gelehrten, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 16. Januar 1892 (Zentralblatt für die gesammte

Unterrichtsverwaltung in Preußen, S. 435), nach welchem die Kinder von Dissidenten in den Volksschulen, nöthigenfalls auch wider den Willen der Eltern, zum Religionsunterricht herangezogen werden können, betr. Falles sorgsam und nachdrücklich einzutreten, und habe ich (!) über die Lage dieser Sache in bezug auch auf Ihre Schule ausdrücklich Auskunft zu geben.“

Em. Wohlgeboren erlaube ich daher sehr ergebenst, wir bis Ende Mai d. J. gefälligst darüber Mittheilung machen zu wollen, 1. ob überhaupt Kinder von Dissidenten in Ihrer Schule vorhanden sind? 2. ob sie an dem Religionsunterricht Ihrer Klasse theilnehmen? 3. ob in betreff derjenigen Kinder von Dissidenten, die am Religionsunterricht nicht theilnehmen, etwas geschehen ist, um sie zu demselben heranzuziehen und event. was?“

Nun hat aber die Städtische Schuldeputation in einer Verfügung vom 26. Oktober 1888 bestimmt, daß dergleichen Gesuche ihr vorgelegt werden sollen. Der betreffende Rektor sandte daher das bewußte Schreiben an die Städtische Schuldeputation. Diese hat denn auch dem Gelehrten die rechte Antwort zu theil werden lassen, die in der „Pädagog. Zeitung“ wie folgt veröffentlicht wird:

Herr Rektor X. hat das Schreiben, welches Em. Hohehrwürden unter dem 4. April d. J. an denselben gerichtet haben, vorchriftsmäßig an uns abgegeben.

Wir erwidern ganz ergebenst darauf, daß den Religionsgesellschaften nicht die Aufsicht, sondern die Leitung des Religionsunterrichtes — natürlich nur für Kinder ihrer eigenen Konfession — zusteht. Wir können Em. Hohehrwürden das Recht nicht zuerkennen, die Art, wie wir die uns höheren Orts gemordenen Verfügungen befolgen, zu kontrolliren. Städtische Schuldeputation. gez. Kirschner.

Bei der Stadtverordneten-Erwahl am Stelle des bekannten Dr. Dentig ist am Dienstag der Antisemit Ingenieur Franz Prehel mit 787 Stimmen gegen den liberalen Kandidaten, welcher 668 Stimmen erhielt, gewählt worden.

Ein obrigkeitlicher Verweis oder die Freiheit eines preussischen Stadtparlamentes. Infolge der Anschuldigungen des Stadtr. Meier gegen den Oberlehrer Dr. Evert hat das Provinzialschulcollegium an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, das in scharf verwekartigem Ton gehalten ist. Es wird darin ausgeführt, daß der Magistrat hätte wissen müssen, daß weder ihm, noch der Stadtverordneten-Versammlung in der fraglichen Angelegenheit Disziplinargewalt zustehe, und daß er daher hätte dafür sorgen müssen, daß die Sache in der Stadtverordneten-Versammlung nicht zur Erörterung gelangte.

Von Kiefling's „Verliner Verkehr“, dem bekannten kleinen Kartebuch und Adresskalender, ist die Sommerausgabe erschienen. Die Eisenbahnfahrpläne sind in der neuen Ausgabe erweitert, so daß sie namentlich für Touren in der Mark Brandenburg und den angrenzenden Gebieten vollkommen ausreichen. Die Pläne der Pferdebahnen, der Omnibus-, Dampfstraßen- und elektrischen Bahnen, der Dampfseilbahnen sind darin enthalten, ebenso die Sehenswürdigkeiten.

Frau Dr. phil. Claire Schubert-Feder und die Gefindeordnung. In Berlin besteht ein Frauenverein für „Damen der besseren Stände“, welcher den Namen führt „Frauenverein für Belehrung und Unterhaltung“. Für die letztere war offenbar der Vortrag berechnet, den in der jüngsten Sitzung dieses Vereins Frau Dr. Schubert-Feder vor einem gewählten Publikum — wie sich ein diesbezüglicher Zeitungsbericht, dem wir im weiteren folgen, ausdrückt — über die Gefinde-Ordnung hielt. Die verehrte Frau Dr. Schubert-Feder entpuppte sich hier als eine warme Vertheidigerin der bestehenden Gefinde-Ordnung, damit ein neues Schlaglicht werfend auf die bürgerliche „Frauenbewegung“. Es könnte eigentlich hiezu, obige Thatsache zu konstatiren; und aber Frau Dr. Schubert-Feder in vollster bengalischer Beleuchtung erscheinen zu lassen, wollen wir einige ihrer leichten Beweisgründe für die Gefinde-Ordnung hier vorführen: „Unsere Berliner Dienstmädchen“, so meinte Frau Dr. Schubert-Feder, „überladen sich gewiß nicht mit Arbeit (!) und wenn die Gefinde-Ordnung sie anhält, ein anderes Mädchen, das vielleicht erkrankt ist, im Haushalt mit zu vertreten, so sei das human, da dadurch die Vertreterin im Besitze ihrer Stellung sich behaupten könne. — Gegen eine derartige — Weisheit kämpfen allerdings Götter selbst vergebens. „Ja“, so meinte Frau Dr. Schubert-Feder weiter, und wenn der überarbeiteten (!) Hausfrau einmal im Eifer des Gefichts eine „Gans“ einschläfe, so wäre das auch nicht das schlimmste, vorausgesetzt, daß die Hausfrau es sonst gut meint und das Mädchen in dem Augenblick eben eine Gans war.“ Wir meinen, das Präbikat „Gans“ gebühre in manchen Fällen der „überarbeiteten“ Hausfrau! Man solle doch nur bedenken, so führte Frau Dr. Feder-Schubert weiter an, welche Ausdrucksweise in den Kreisen, aus denen die Dienstmädchen kommen, gang und gäbe wären.“ Dieser Ausspruch kennzeichnet die Vortragende zur genüge als Ignorantin, als hausbackene, über ihre Standesvorurtheile nicht hinausragende sogenannte „Dame der Gefindschaft“. Um ihrer Weisheit die Krone aufzusetzen, meinte Frau Dr. Schubert-Feder noch: „Würde schließlich der Kuchentag für Dienstmädchen eingeführt, da müßte ja die Hausfrau die meiste Arbeit selber thun! Solche Verhältnisse würden aber unbillig sein und es sei daher sehr gewagt, an der Gefinde-Ordnung zu rütteln, die auf dem Boden der Familie erwachsen und mit ihren eigenartigen Einrichtungen verknüpft sei. Wenn Freiherr v. Stein unsere heutigen Berliner Dienstmädchen sähe, da würde er nicht mehr sagen: „wir brauchen keine Gefinde-Ordnung.“ — Vielleicht würde er aber beim Anblick der heutigen Hausfrauen nach dem Muster der Frau Dr. Schubert-Feder sagen: „Wir brauchen eine Hausfrauen-Ordnung!“

Die Kontroverse der Eisenbahn-Fahrkarten betreffend bringt die „Berl. Korz.“ folgende Mittheilung: Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch Erlass vom 22. April d. J. bestimmt, daß die Prüfung der Fahrkarten an den Ein- und Ausgängen der Stationen und die hierdurch bedingte Absperrung der Bahnsteige für den allgemeinen Verkehr am 1. Oktober d. J. auf den sämtlichen hierzu in Aussicht genommenen, in dieser Beziehung rüchständigen Hauptbahnstrecken und wichtigeren Nebenbahnen eingeführt wird. Dabei soll eine etwaige frühere Einföhrung dieser Maßregel auf einzelnen Strecken, insbesondere in den westlichen Direktionsbezirken, nicht ausgeschlossen sein, sofern hierdurch Vereinfachungen und Ersparnisse in der Verwendung des Inhaberpersonals herbeigeföhrt werden. Gleichzeitig soll dafür Sorge getrogen werden, daß die Namen der Stationen in reichlicherem Maße angebracht werden, damit die Reisenden, welche bei der neuen Art der Fahrkartenprüfung mehr wie früher auf sich selbst angewiesen sind, dieselben vom Zuge aus erkennen können.

Anton, steck den Degen ein! Wie es heißt, hat die Polizeibehörde den Aufsicht führenden Privatnachtswächtern durch eine Verordnung gestattet, lange Degen zu tragen, welcher Erlaubniß bereits eine Anzahl dieser Beamten nachgekommen ist. Wir glauben nicht daran, daß die Privatnachtswächter sich solche unmotivirte Scherz leisten werden.

Er war nicht bei Herrn v. Köller. Nämlich der Gemeindevorsteher von Weichensee. Auf die Lokalanotia über die Konferenz wegen der Eingemeindung der Vororte, die wir, gleich anderen Berliner Blättern, im lokalen Theil der Mittwochnummer brachten, erhalten wir folgende berichtende Zuschrift:

Die „Der Eingemeindungsausschuß der Vororte“ gebrachte Notia ist falsch, da ich noch nie bei Herrn v. Köller eingeladen war, auch die angegebene Erklärung souit nicht gefallen ist. Feldtmann, Amt- und Gemeindevorsteher.“

Möglicherweise weiß Herr v. Köller nunmehr doch etwas von der Eingemeindung.

Die Arbeiter der Branerei Carlsherg (Friedr. Reichentron) theilen uns in einer mit 20 Unterschriften versehenen Zuschrift mit, daß ihnen nicht allein, wie im „Vorwärts“ zu lesen gewesen, von dem Unternehmern angeheimgestellt sei, den 1. Mai zu feiern, sondern daß Herr Reichentron den ganzen Betrieb habe ruhen lassen und den Arbeiterfeiertag völlig frei gegeben habe.

Herr v. Koge will seinen Kollegen, den Zeremonienmeister v. Schrader, wegen Beleidigung verurtheilen lassen. Der Termin findet dem „S. A.“ zufolge am 9. Mai statt.

Ein ländliches Drama hat durch das Verschwinden des Hauptbetheiligten ein vorläufiges, vermuthlich aber sehr tragisches Ende gefunden. Der 21jährige Bauernsohn Otto Weber aus Gr. Zietzen ist seit dem 21. April an seinem Heimathsorte spurlos verschwunden. Bei seinem Weggange war er nur im Besitze von acht Mark baaren Geldes, außerdem hatte er allerdings noch seine goldene Uhr mit schwerer Kette bei sich. Als Motiv des Verschwindens ist ein Verhältniß anzusehen, welches der junge Mann mit einem früheren Dienstmädchen seiner Mutter (der Vater lebt nicht mehr) unterhielt und das nicht ohne Folgen geblieben ist. Er wollte das Mädchen heirathen, Mutter und Onkel lehnten sich jedoch gegen diese Abicht auf; beide veranlaßten auch die Geschwister des jungen Mannes, durch böhnische Bemerkungen über das Verhältniß ihres Bruders diesen zu reizen, und diese fortgesetzten Hegeereien haben dem jungen Mann schließlich das fernere Verbleiben im Elternhause unmöglich gemacht und haben ihn jedenfalls in den Tod getrieben, denn im ganzen Dorfe zweifelt niemand mehr daran, daß er sich das Leben genommen hat. Die Mutter hofft allerdings noch, ihren Sohn lebend wiederzufinden, und bezahlt vier Agenten, die Tag für Tag Straßen und Lokale nach dem Vermissten absuchen müssen, die aber bisher noch keinen Erfolg erzielt haben.

Verhaftet wurde der Anarchist Schlosser Wiese am letzten Sonnabend früh, als er sich noch im Bett befand. Wiese, der durch seine Agitation für die Gründung von Produktiv- und Konsum-Genossenschaften bekannt geworden, soll in einer am 18. März stattgefundenen Anarchistenversammlung strafbare Neußerungen gethan haben. Er war als Referent für die gestrige Anarchistenversammlung in der „Königsbank“ bestimmt.

Der Wasserfall am Viktoriapark kann in diesem Jahre erst Ende Mai in Funktion treten. Um ihm sein schickendes Wesen zu nehmen, hat man bekanntlich die Maschine vervollkommen. Die Einrichtung wird erst in einigen Wochen fertig gestellt. Der neue Spielplatz an der Lichterfeldestraße wird mit Beginn der nächsten Woche seiner Bestimmung übergeben.

Zur Sittengeschichte. Ein 16jähriger Knabe aus der Kasanien-Allee, der an seinen Schwelgern Sittenverbrechen begangen hat, ist verhaftet worden.

Wetter-Prognose für Prelling, 3. Mai 1895. Langsam ankündendes, zunächst etwas kühleres Wetter mit schwachen westlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Gustav Freytag †. Hochbetagt starb am 30. April Gustav Freytag, der bürgerlichen Deutschlands volkshämlichster Dichter. Er war 1816 zu Kreuzburg, an der Oligrenze Schlesiens und des russischen Polens geboren. Wenige Weisen nur sind es von da nach Genshchow, dem berühmtesten Wallfahrtsort der katholisch-polnischen Welt; und früh entwickelte sich bei dem Deutschen Freytag der Gegensatz zu dieser Welt, der wohl auf Leben und Schaffen des Poeten von bestimmendem Einfluß war. Was national war in Gustav Freytag und in gewissen Sinne rationalistisch-liberal, das brachte Gustav Freytag aus seiner schlesischen Heimath mit. Das verlich auch seiner Gedankenarbeit, wo sie sich am freiesten entwickelte, das besondere Gepräge, den hervorragenden Charakter. Der vielgenannte Julian Schmidt, Gustav Freytag's Freund, hat das bekannte Sprichwort vom deutschen Roman, der das Volk bei der Arbeit aufsuchen solle, nach seiner herrlich-schulmeisterlichen Weise gebraucht. In dem meistgelesenen Roman Gustav Freytag's, in „Soll und Haben“ ist dies Diktat erfüllt; nur muß man geschicklich zu begreifen suchen, was sich dem selbstbewußten deutschen Bürgermann Freytag als Volk darstellte: Ein kraftvolles Bürgerthum, arbeit- und sparsam, solid und behäbig bis zur Philistrität. Im Soll und Haben ist Breslauer Handels- und Kaufmannsleben aus einer Zeit, die uns heutigen schon halbverblischen vorkommt, in den Mittelpunkt der Begebenisse gerückt.

Das Ideal eines gefunden Mittelstandes schwebte dem Dichter Freytag nach seiner Grundanschauung vor, maßvoll freibüthlich und lumpel im Gemüth. Hier schlug sein Puls im Ernst und im Humor am wärmsten. Seine ruhige Wärme, sein gemessenes Wesen, das sich nicht in stürmische Leidenschaften verlor, das lieber nüchtern blieb, ehe es unklar wurde, machte ihm zum Liebling des Bürgerthums, das in ihm seinen wirksamsten Herold verehrte. Die mittlere Region, in der Freytag's besonderes Talent sich bewegte, that der vergangenen Generation des gebildeten Bürgerthums so wohl und sichert ihm heute noch seine zahlreichen Freunde. Er hat der bürgerlichen Beschränkung nie gespottet, ihr Empfinden nie verleht, wie das revolutionäre, aufbrausende Jung-Deutschland um 1848, und dafür war man Gustav Freytag dankbar. Der ökonomische Prose, wie er in der Gegenwart vor sich geht, läßt freilich den bekanntesten Roman Freytag's, eben sein „Soll und Haben“ altfränkisch erscheinen, wie das bekannteste und gepriesenste Drama Freytag's, die sentimentale-humoristische „Journalisten“, nicht mehr in den ungleich größeren und verwickelteren Rahmen des modernen Journalismus paßten. Welch friedliches eng-bürgerliches Behagen noch bei Freytag, selbst wo die Partien und die konkurirenden Unternehmen sich befanden; welch leidenschaftliches Fasten, welch lebendes Auseinanderpressen der gegensätzlichen Weltanschauungen heute. Selbst der kleine literarische Schmock von ehemals ist ein genügsamer armer Teufel. Er ist zufrieden, wenn er mit ein paar Banknoten ein neues Geschäftchen beginnen kann. Der Schmock von heute hat Ehrgeiz und Phantasien, wie Spiegelberg in den Mäubern. Er wird Insuperatogenent, Manager, Veltame, Posaunenbläser oder dergleichen und sein Leben setzt er dran, selber als Groß-Unternehmer zu enden.

Aus einer Verbindung seiner geschichtlichen Forschungen, die immer das Streben vor Augen hatten, das Selbstgefühl und die „gesunde Bediegenheit“ des deutschen Bürgermannes zu stärken, und seiner dichterischen Anlage ging Freytag's Romanzyklus „die Ahnen“ hervor. Von altgermanischen Kulturanschauungen, von „Bildern aus deutscher Vergangenheit“ ging der Jpllus aus und in der Gegenwart endet er. Als Dramatiker lebt Gustav Freytag fast nur noch in den „Journalisten“, einem Lustspiel, das witzlichen Liebreiz und auch Spirit athmet, was so selten ist in der humoristischen Literatur Deutschlands. Seine Dramen Graf Waldemar“ und „Valentine“ werden nur selten mehr, meist zu Virtuosenzwecken hervorgeholt. Ihre Empfindsamkeit hält nicht mehr stand vor der modernen realistischen Betrachtung der Dinge.

Gustav Freytag war auch in seinem arbeitsreichen Leben politisch-journalistisch thätig. Von 1848 an bis 1870 redigirte er die Zeitschrift „Grenzboten“ in Leipzig. Auch in die politischen Redden, die nach dem Tode Kaiser Friedrich's ausbrachen, griff Freytag mit seinem Memoirenwerke „Kronprinz Friedrich und die deutsche Kaiserkrone“ ein. Die sentimentale Schwärmerei bis weit ins linksliberale Lager, die um die Gestalt des unglücklichen Kaisers einen Legendenfrauz wov, war dem gemessenen, nüchternen, allem Ueberschwang feindlichen Freytag unbenahm. Er hatte Gelegenheit genug, den Kronprinzen von 1870 kennen zu lernen; und mit scharfer Beobachtungsgabe beobachtet, konnte

er so manche legendäre Anschauung, die den Kaiser Friedrich als gar nicht herrschen, vom Gottesgnadenthum völlig freien „Volksherrscher“ pries, zertrüben. Das wurde ihm, selbst von seinen Freunden im Bürgerthum überlassen.

Das persönliche Leben stößt dem dahingegangenen Dichter in ruhigen Bahnen dahin. Er war geehrt, allseitig anerkannt, viel gelesen, und so konnte er nach deutschen Begriffen von Schriftstellerei und Kunst gemessen, in behaglichen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Das auch in dies heitere Dasein düstere Schatten fielen, braucht nicht besonders betont zu werden. Das ist allgemeines Menschenloos. Seine rüstige Schaffenskraft wurde dadurch nicht gelähmt; und bis ins hohe Greisenalter blieb seine Theilnahme für öffentliche Vorgänge wach und als Rührer und Warner im Sinne seiner nationalpolitischen Grundanschauungen erhob er seine Stimme.

Gerichts-Beitrag.

Wegen der Revolveraffäre, die sich am 13. Juli vorigen Jahres zwischen dem Pferdehändler Schaffner Berg und dem Referendar Schwabe abgespielt hatte, war bekanntlich nicht Schwabe, sondern Berg verurtheilt worden. In der Berufungsinstanz erzielte Berg gestern, daß er von der Anklage der Bedrohung freigesprochen wurde, das Strafmaß wurde von zwölf auf zehn Tage herabgesetzt.

Die sittliche Degeneration der Bourgeoisie. Die Fälle, in denen sich Dienstherrn, Prinzipale u. s. w. gegen ihre Dienstmädchen und weiblichen Angestellten vergehen, mehren sich in erschreckender Weise. Fast jede Woche werden mehrere derartige Fälle im Kriminalgerichtsgebäude abgeurtheilt. Gestern hatte sich das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I mit einem solchen unmoralischen Dienstvertrage zu beschäftigen. Der Handelsmann Wolf Jonas, ein schon bejahrter Familienvater, stand seinerzeit vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter der Beschuldigung, eine Reihe von Dienstmädchen, die bei ihm ziemlich oft wechselten, thätlich beleidigt zu haben. Die Strafkammer war auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung gekommen, daß hier nicht bloß thätliche Beleidigung, sondern wiederholte versuchte Nothzucht vorliege, hatte sich deshalb für unzulässig erklärt und die Sache vor das Schwurgericht verwiesen. In der gestrigen Verhandlung wurden gegen den Angeklagten ein Fall der vollendeten, drei Fälle der versuchten Nothzucht und drei Fälle der thätlichen Beleidigung festgestellt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre 9 Monate, der Gerichtshof erkannte auf drei Jahre sechs Monate Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten auf die Untersuchungsfrist.

Von der Anklage des Mordes wurde gestern die 31jährige Arbeiter-Gebirg Antonie Anna Reule aus Amalienhof bei Spandau vom Schwurgericht am Landgericht II freigesprochen. Sie hatte ihren Mann, der ein unverbesserlicher

Trunkenbold war und seine Familie fortgesetzt auf das schrecklichste mißhandelt hatte, am 2. Februar mit einem Brett erschlagen. Ihrer Angabe nach hat die Angeklagte diese Handlung in der Nothwehr begangen, als ihr vom Mause erzwungen Mann sie wieder anfallen wollte. Nachdem der Staatsanwalt sie wegen Mordes verurtheilt wissen wollte, verurtheilte die Geschworenen auf Antrag des Verteidigers den auf nichtschuldig lautenden Urtheilspruch. Die Angeklagte wurde demgemäß sofort aus der Haft entlassen.

Vermischtes.

Ueber den Verkauf des Leichenhängergerichts wird aus Lowestoft vom Mittwoch berichtet: Bei der heutigen Fortsetzung der Verhandlung recapitulirte der Leichenbeschauer die gemachten Zeugnisaussagen. Die Jury gab nach einverleibter Verhandlung ihr Verdict dahin ab, daß nach ihrer Meinung dem Steuermann der „Grathie“ und dem Mann auf dem Ausguck eine große Nachlässigkeit deshalb vorzuwerfen sei, weil sie nicht ordentlich Wache gehalten hätten. In anbetragt des Fehlens jeder Zeugnisaussage von Seiten der auf der „Grathie“ befindlichen Personen war die Jury der Ansicht, daß kein genügender Beweis vorhanden sei, daß wegen der Kollision die „Grathie“ allein ein Tadel treffe. In der Frage der Hilfeleistung nach dem Zusammenstoße sprach die Jury die „Grathie“ von jedem Vorwurf frei.

Die Leipziger Wollkammer, welche 2000 Arbeiter beschäftigt, brannte in der Nacht zum Mittwoch vollständig nieder.

Aus Laibach liegen folgende Nachrichten vor: Dienstag Abend 6 Uhr 57 Minuten erfolgte ein mächtig starker, zwei Sekunden dauernder Stoß, dem Nachts zwei schwächere Stöße folgten.

Infolge der Erdstöße der letzten Tage erweiterten sich die Risse und Sprünge in den Mauern.

In Hongkong sind am Montag drei Fälle von Pest vorgekommen.

Ueber die Katastrophe bei Bousch wird aus Gynal berichtet: Obgleich die Untersuchung über die Katastrophe von Bousch noch nicht bestimmtes ergeben hat, scheint man zuzugeben, daß ein Konstruktionsfehler und der Mangel an Aufsicht die Schuld an dem Zusammenbruch tragen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Dupuy du Loisy ist hier angekommen und hat dem Deputirten Krank erklärt, er wäre sich der Verantwortlichkeit des Staates bewußt, und die perennirende Entschädigung würde bewilligt werden. Der Minister fügte hinzu, er sei entschlossen, den Schuldigen zu ermitteln und die strengsten disziplinarischen Maßnahmen zu treffen. Der Minister beauftragte dann die Dräumer des Damms und ließ sich die nöthigen Erklärungen geben. Der Staatsanwalt wurde

von dem Minister angewiesen, die Untersuchung über die Schuldfrage mit der größten Strenge zu führen.

Ueber den Prozeß Wilde in London wird berichtet: Der Prozeß gegen den Schriftsteller Oskar Wilde ging heute Nachmittag zu Ende. Die Geschworenen erklärten nach vierstündiger Beratung, daß sie sich zu einem Wahespruch nicht einigen konnten. — Nachdem die Angeklagten Wilde und Taylor wegen der vom Staatsanwalt fallen gelassenen Anklagepunkte freigesprochen worden waren, wurden dieselben in Gewahrsam zurückgeführt. Ein Antrag auf Bürgschaftstellung für Wilde wurde vom Richter zurückgewiesen. Eine neuerliche Verhandlung wird vor dem nächsten Schwurgericht stattfinden.

Feuersbrünste in Rußland. Aus Petersburg wird vom Mittwoch berichtet: Das Gebäude der kaiserlichen Rechtschule wurde durch eine Feuersbrunst heimgesucht, welche sich plötzlich durch die Ventilationsröhren verbreitete. Das Dach und die Lager sind stark beschädigt. Der Schaden soll 50 000 Rubel betragen. — Gestern brannte die halbe Stadt Dubno, Gouvernement Wolhynien, nieder. Die Feuersbrunst verbreitete sich infolge Mangels an Löschmitteln, zumal auch keine Feuerwehre vorhanden war. Die Lage der theilweise obdachlosen Bevölkerung ist traurig.

Seeräuber. Die am Dienstag in Gibraltar angekommen holländische Brigantine „Anna“ meldete, daß sie, während sie am Sonntag auf der Höhe der maritimen Küste von einer Windstille aufgehalten wurde, von acht mit Riff-Äravern besetzten Booten angegriffen wurde. Die Araber erschossen den Kapitän, verwundeten den Steuermann und plünderten das Schiff.

Bismarck's Geiz. Es wurde bekanntlich in gewissen Zeitungen über die großartige Ueberschätzung berichtet, womit Bismarck die Studenten bei ihrem Besuche in Friedrichruh beglückte und die darin beklagten, daß jeder Teilnehmer eine Medaille als Andenken erhielt. Nun ist es auf einmal still über diese ganze Angelegenheit geworden. Warum denn? Bei näherer Besichtigung der Medaille fand man nämlich die Jahreszahl 1815—1885 aufgetragen vor, woraus zu schließen ist, daß die Medaillen vom siebenzigsten Geburtstag übrig geblieben sind und nun im Jahre 1895 ihre Verwendung bei den patriotischen Studenten gefunden haben. Dieser „Aprilscherz“ des großen Mannes ist nicht schlecht und seinen Schwärmern herzlich zu gönnen. Diese selbst sind freilich nicht sehr erbauet von ihrer Entdeckung und versuchen, die Sache so viel als möglich zu vertuschen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schilke (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Schmidt, Kottbusser. Lassen Sie doch den guten Mann weiter räsonniren. Das schadet doch niemandem.

Achtung!

Den Mitglidern des sozialdemokratischen Wauvereins des sechsten Wahlkreises zur Nachricht, daß Genosse

Wilhelm Lubitz,

Zimmermann,

am Sonntag, den 5. d. M., mittags 12 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße, aus, beerdigt wird.

Um zahlreiche Theilnahme bittet

Der Vorstand.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 1. d. M. verstarb nach kurzem Seiden unser Kamerad, der Zimmerer Herr Wilhelm Lubitz.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 5. Mai, mittags 12 Uhr, von dem Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Zionfriedhof in Weiskesee statt.

Der Vorstand.

Dienstag früh 10^{1/2} Uhr entschließt nach 10tägigem Krankenlager mit schwerem Lodeskampfe im noch nicht vollendeten 8. Lebensjahre unsere einzige unermesslich geliebte Tochter **Grete.**

Die Beerdigung findet Freitag, den 3. d. M., nachmittags 3^{1/2} Uhr, vom Trauerhause Wasserthorstr. 22 nach dem neuen Jakob-Friedhofe statt. In tiefer Trauer

916b

Familie Ditt.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Sattler u. Berufsg. Deutschlands.

„Hoffnung“ (E. H. 64.)

Verwaltungsstelle Berlin.

Am Dienstag, den 30. April, starb unser Mitglied, der Sattler

Friedrich Rudat

infolge einer Operation.

Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 3. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle der St. Elisabeth-Gemeinde (Gesundbrunnen) aus statt.

918b

Um rege Betheiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Am 29. April verschied nach kurzen aber schweren Seiden unser Kollege **Heinrich Nerlich.**

Wir betrauern in ihm einen treuen Freund und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Arbeiter der Stadtfabrik

Georg Luit & Co. 909b

Bekanntmachung.

Orts-Krankenkasse des Löffler-Gewerbes zu Berlin.

Freitag, den 10. Mai 1895, abends 7 Uhr,

außerordentliche

General-Versammlung

der Delegirten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstr. 33.

Tagesordnung:

1. Abänderung des Kassensatzes §§ 1—68 (speziell Erhöhung der Beiträge). 2. Verschiedene Kassensachen.

Der Vorstand.

Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Berliner Hausdiener.

Nachruf.

Am 28. April, abends 11^{1/2} Uhr, verschied nach kurzem Krankenlager das Mitglied

Gustav Witter.

Wir bitten die Mitglieder, demselben ein ehrendes Andenken zu bewahren.

917b

Der Vorstand.

Nach kurzen schweren Seiden verschied plötzlich der Drechsler

Heinrich Nerlich.

Wir verlieren in ihm einen treuen braven Arbeiter und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

909b

Georg Luit & Co.

Kranken- und Sterbefälle der Berliner Hausdiener

(E. H. Nr. 61.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Wilhelm Habedank,

Kottbusser Ufer 60, am 29. April verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Mai, nachm. 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Friedhofes aus statt.

Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Ortliche Verwaltung Berlin E.

Sonntag, den 5. Mai 1895, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Scheps Mitgliederversammlung.

(Hochplatz-Kasino), Gerichtstr. 10,

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1895.

2. Vortrag des Herrn Dr. Ventier über: „Die Ursachen der Krankheiten“. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt. Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung!

Die Zahlstelle Nr. 2 ist von der Reinickendorferstr. 7 nach der Gerichtstr. 10 bei Scheps (Hochplatz-Kasino), verlegt worden. Die Zahlstelle ist im Saal und der Eingang Hof links. Dasselbe wird auch das Krankengeld ausgezahlt.

908b

J. Sturm, Münzstrasse 5, Friedrichstr. 25/26

Bonbon, Marzipan, Confituren.

Bei Gefäß, Husten etc. mache man einen Versuch m. Sturm's Pectoral-Bonbon, der Packet 20 Pf.

Alte Stiefel, gr. Ausw. West. u. bill. Reparat. reell u. bill.

Runge, Adalbertstr. 86. [802b]

Ein Kleiderständer, Spiegel, Kommode bill. zu verk. Weidenburgerstr. 43, S. part. geradegu.

Heißluft-Motor, Saug-Druckpumpen, Abfänger Brunnen, Sauger, Rohrleitung verkauft billig **C. Kaufmann,** Grimmstr. 29, am Urban. 926b

Jubiläums- 25 Ausgabe.

Soeben erschien die fünfundschwanzigste Auflage von

August Bebel:

Die Frau und der Sozialismus.

Best-Ausgabe. Komplet in 10 Heften à 20 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Kolporteurs.

Zentralverb. d. Maurer Deutschlands

Zahlstelle Berlin 1 (Putzer).

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 5. Mai, vormittags präz. 11 Uhr, in den Arminyallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1895. 2. Wahl der Ausschussmitglieder.

3. Berichterstattung vom außerordentlichen Verbandstag in Halberstadt.

4. Fackelpartie und wie feiern wir unser diesjähriges Stiftungsfest.

In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ersuche ich die Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

198/20

Der Bevollmächtigte.

Berein der Einseker (Tischler)

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 11 Uhr, Neus Friedrichsstraße 44:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl des 2. Vorsitzenden. 2. Bericht der Dampferpartie. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten.

116/14

Der Vorstand.

Zimmerer.

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10^{1/2} Uhr, Annenstr. 16:

Zweite General-Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute

(Lokalverband Berlin).

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Verschiedenes.

3. Bericht der Delegirten von der General-Versammlung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

290/18

Der Vorstand.

Arbeiter-Radsfahrerverein „Berlin“.

Sonntag, den 5. Mai:

Tour nach Werder a. S. zur Baumblüthe.

Treffpunkt: früh pünktlich 1/2 7 Uhr an der Kaiser Wilhelm Gedächtnis-Kirche (Kurfürstendamm). — Verkehrslokal in Werder: Lutzmann, Kugelweg 58. — Gäste sind zu dieser Tour sehr willkommen.

921b

Der Vorstand. J. H. May Kern.

Neu eröffnet!

Schuhwaren-Fabrik

C. Hübner,

Oranien-Strasse Nr. 206.

Hauptgeschäft:

Rosenhalerstraße Nr. 13.

Zu außergewöhnlich billigen Preisen werden verkauft: **Herronstiefeln** von 4,75, 5,00, 6,00, 7,50 bis 10,00 Mark. **Damenstiefeln** von 3,50 Mark bis zu den elegantesten, sowie jede Sorte Schuhwaren.

Schaffst. f. G. b. Köhler, Rostigstr. 17, v. 3 Tr. 914b

Möbl. Schaffst. für 2 Hrn. Bogenstraße 33, v. 4 Tr. bei Preuß. 918b

Schaffst. 3. v. m. Kottbusserstr. 12, Stfl. hochpart., Scherker. Zu bef. v. 4 Uhr an.

Al. Ritschgesch. verk. Antonstr. 7.

Wo kauft man

eine gute Cigarre?

Laufstegplatz 1, bei Finneböse.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 5. Mai, f. d. 2. Abth. im Zentral-Theater: 68/3

„Einsam“.

Elysium 922b

Landsberger Allee Nr. 40.

Großer Garten u. Säle

für Vereine und Privatfeiern.

Jeden Sonntag: **Concert und Ball.**

Nachtigallen, ungarische, schlagend, 6,00, Singvögel, Vogelbauer. Schnelle, Invalidenstraße 7. 920b

Arbeitsmarkt.

Achtung!

Möbelpolierer!

Wegen Maßregelung von 8 Kollegen in Folge der Maßfeier ist die Firma des Hostlieferanten

C. Prächtel,

Krausenstraße 31 und 32, bis auf weiteres gesperrt!

Ferner sind 8 Kollegen in der **Möbel-fabrik von Fr. Müller, Krausenstraße 37,** gemahregelt.

Siehe morgen Inserat betr. Versammlung. 208/9

J. H.: Paul Kluge.

Lithograph,

vollständig eingearbeitet auf englische Schrift, nur allererster Kraft bei höchstem Gehalt gesucht. Adresse unter A. L. 30 an d. Exp. d. Bl.

Korbmacher auf Bambus verlangt 019b) Wronker, Zimmerstr. 95/96.

Rock-Schneider

auf feinste Arbeit für Werkstelle gegen höchsten Lohn sof. geinigt. Reifvergiitung bewilligt.

A. Emanuel, Köln,

148. Gohestr. 148. [783M]

Einen Kreisjägerschneider verlangt W. Banert, Ristenfabrik, Blumenstr. 32.

Goldleisten.

Tüchtige Gelehrten finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpcke-Str. 109a. 923b

Goldleisten. 924b

Tüchtige Farbmacher finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpcke-Str. 109a.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die geistige Gewinnliste der preuss. Lotterie bei.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung vom 1. Mai 1895, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher.

In Gegenwart von 19 Abgeordneten (1 Sozialdemokrat, 4 Freisinnige, 1 Nationalliberaler, 4 Zentrum, 8 Polen und 6 Konservative) eröffnet der Präsident v. Buol die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Sozialdemokraten auf Annahme eines Gesetzesentwurfes, betr. das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.

Abg. Grillenberger (Soz.): Wir dürfen es als ein günstiges Omen betrachten, daß durch Zufall die Beratung dieses Antrages gerade auf den 1. Mai gefallen ist, und dieses Omen ist ein um so günstigeres, als bei der „glänzenden“ Besetzung des Hauses der Reichstag wenigstens nicht in der Lage ist, etwaigen Unheil über den Antrag zu bringen. Unser Antrag bezweckt die Schaffung eines freieren und gleichmäßigeren Vereins- und Versammlungsrechts als Ergänzung der Sozialreform und des Arbeiterschutzes und der Arbeiterbestrebungen auf Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen. In den deutschen Grundgesetzen, die 1848 auf dem Frankfurter Parlament angenommen sind, heißt es im Artikel 7: Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnis dazu bedarf es nicht. In der Einleitung zu dieser Bestimmung heißt es, daß diese dem deutschen Volke gewährleisteten Grundrechte den Verfassungen der Einzelstaaten als Norm dienen und durch keinerlei vorübergehende Maßregeln beschränkt werden sollen. Eine Anzahl deutscher Bundesstaaten hat nun zwar ähnliche Bestimmungen wie die ersten in ihren Verfassungen aufgenommen, aber die letzteren nicht akzeptiert, sondern allerlei Fesseln gemacht, um die ersten zu beeinträchtigen oder sogar gänzlich aus der Welt zu schaffen. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist eins der wichtigsten Rechte im Volks- und Staatsleben. Ohne Vereins- und Versammlungsrecht kann von einem konstitutionellen Leben und von einem Einfluß auf die Gesetzgebung nicht die Rede sein. Wir Sozialdemokraten sind keineswegs darauf verfaßt, der lieben Freiheit halber auf einzelne Dinge zu verzichten, die die einzelnen Bundesstaaten in gewisser Beziehung besser behandeln können, als das Reich. Allein auf diesem Gebiete herrscht ein derartiges Durcheinander verschiedener einander widersprechender Gesetze und eine derartig verschiedene Rechtsprechung, daß wir genötigt sind, hier eine einheitliche Regelung von Reichs wegen anzustreben. Art. 4 der Reichsverfassung bestimmt ausdrücklich, daß das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland von Reichs wegen zu regeln ist und daß die Beaufsichtigung desselben zunächst von Seiten des Reichs in der Verfassung niedergelegt durch Reichsgesetz zu erlebigen und deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Es kommt in demselben nicht bloß die Meinung der sozialdemokratischen Parlamentarier, sondern der Wille des letzten Parteitag und damit des weitaus größten Theils der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Der Antrag besagt, daß die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts das Recht haben sollen, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einbräuer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, unterliegen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben. Wer die Ausübung der in den vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafrecht nicht eine härtere Strafe eintritt. Diese Bestimmungen sollen nicht nur Geltung erlangen für das Reich, sondern ganz besonders für die Reichsländer, wo auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts die allerschlimmsten Zustände herrschen.

Von den Schriftstellern verschiedener Parteien ist darauf hingewiesen worden, welche hohe Bedeutung das Vereins- und insbesondere auch das Koalitionsrecht für die Arbeiter hat. Es ist aber beinahe ein halbes Jahrhundert vergangen, ohne daß die Forderungen des Frankfurter Parlaments auch nur um einen Schritt ihrer Verwirklichung näher gekommen sind. Im Gegenteil, es ist schlimmer geworden als vor dem Sozialistengesetz, namentlich in Sachsen und Bayern; Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht hängen enge zusammen; eins dieser Rechte ist ohne das andere nicht wohl denkbar. Wir haben deshalb alle drei festlegen müssen, damit nicht das eine durch das andere unwirksam gemacht wird.

In der Behinderung der freien Ausübung dieser verfassungsmäßigen Rechte wird es im Königreich Sachsen am tollsten getrieben. Es wird dort noch genau so verfahren, als ob das Sozialistengesetz noch bestände, bis auf die Ausweisung und das Wafferverbot. Die nichtpolitischen, gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter werden natürlich von Unternehmern und der Polizei mit besonders scheelen Augen angesehen.

In Bayern hat man eine besondere gefehliche Bestimmung dahin getroffen, daß Frauen und Minderjährige nicht berechtigt sein sollen, sich an politischen Vereinen zu beteiligen. Nach anderen Vereinsgesetzen dürfen Frauen und Minderjährige auch an politischen Versammlungen, die nicht von den Vereinen ausgehen, nicht teilnehmen. Wo nun eine solche Bestimmung nicht statuiert ist, hat man es fertig gebracht, dies durch polizeiliche Handhabung zu erreichen. So auch in Preußen.

In Preußen verbietet man zwar den Frauen und Minderjährigen an politischen Vereinen und Verbindungen teilzunehmen, aber nicht den Besuch allgemeiner öffentlicher Versammlungen. Nun geht allerdings die Sage, daß der preussische Minister des Innern bereits einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet habe, der dem preussischen Landtage zugehen soll, oder vielleicht zugegangen ist, auch dem preussischen Vereinsgesetz einen solchen reaktionären Charakter zu verleihen. (Sehr gut! rechts.) Dieser Zwischenruf soll wohl heißen, daß den Frauen die Beteiligung an Versammlungen verboten werden soll (Zuruf rechts). „Aber, das wird gefagt. Man hat sich aber bis jetzt noch nicht aufzulegen vermocht, den Frauen auch keine politischen und öffentlichen Pflichten aufzuerlegen. (Sehr richtig!) Die Frauen müssen eben so gut, so weit sie sich wirtschaftlich betätigen, Steuern bezahlen wie die Männer, sie werden in Fabriken, Werkstätten noch mehr angegriffen wie die Männer,

sie müssen also auch dieselben politischen und wirtschaftlichen Rechte haben.

Ich komme zur Ruhanwendung. Wenn in Deutschland irgend etwas Merkwürdiges, Reaktionsäres, Rückschrittliches passiert in Presse und im politischen Leben, so ist man gewohnt, das als etwas Sächsisches zu bezeichnen. Man hat in Sachsen die ganze sozialdemokratische Partei-Organisation verboten; man hat entdeckt, daß dieselbe ein Verein sei und den Zweck verfolgt, der durch § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes getroffen werden soll, und man geht dort auch gegen die Gewerkschaften genau so vor wie gegenüber den politischen Vereinen. Sanktioniert ist dies durch einen Ausspruch des Ministers des Innern, der in der Kammer ausdrücklich erklärt hat, daß er Anweisung gegeben habe an die Verwaltungsbehörden, das Vereinsgesetz der sozialdemokratischen Partei-Organisation gegen über anders zu handhaben als den übrigen Parteien gegenüber. (Hört! hört! links.) Man hat also dort das Ausnahmerecht oder richtiger das Ausnahmestück gegen die sozialdemokratische Partei sanktioniert. So ist im vorigen Jahre in Sachsen eine ganze Reihe von Gesangsvereinen aufgelöst worden wegen mittelbarer und unmittelbarer Unterstützung der sozialdemokratischen Bewegung und wegen der beabsichtigten Teilnahme an dem geplanten Bundes-Sängerfeste in Wittweida. Diese Arbeiter-Gesangsvereine haben sich besonders organisiert, um nicht bei gewissen mordpatriotischen Festen als Statisten der bürgerlichen Klasse zu funktionieren, und deshalb haben sie den Jura der sogenannten staatsbehaltenden Parteien sich zugezogen. Wegen der Teilnahme an jenem Sängertage ist eine ganze Anzahl derartiger Vereine aufgelöst worden. In gleicher Zeit hat aber der Chemnitzer Wahlverein der Antisemiten ein Sommerfest abgehalten und dabei öffentlich erklärt: „es sind Einladungen an sämtliche deutsch-sozialen Vereine unserer engeren Vaterlandes ergangen. Als Festredner ist der Herr Pastor Jüstau gewonnen.“ Sie sehen daraus, daß man es in Sachsen auch ohne Sozialistengesetz und ohne Umsturzgesetz fertig bekommt, die Arbeiter anders zu behandeln, als die übrigen Staatsbürger. Daß das die Unzufriedenheit vermehren muß, liegt auf der Hand. Auer durfte im verflochtenen Sommer in seinem Wahlkreise über die Umsturzvorlage nicht reden, wohl aber über seine Thätigkeit im Reichstage und dabei über den Geist des Umsturzes. In Leipzig darf jemand, dem in einer Versammlung das Wort entzogen ist, nicht wieder sprechen, es sei denn, daß er sich recht artig benimmt. In Dresden hat man das Arbeiterfest aus platzverkehrspolizeilichen Gründen verboten, am selben Tage aber das Freizeiterfahnen der goldenen Jugend in den belebtesten Straßen gestattet. In Gersdorf wurde die Feier der silbernen Hochzeit eines Sozialdemokraten polizeilich überwacht. In Fallenstein wurde eine Versammlung verboten mit der Tagesordnung: Ueber das sächsische Vereinsgesetz! Das vertritt allerdings nicht die öffentliche Kritik (Heiterkeit). In Leipzig wurde am 6. Januar eine Versammlung aufgelöst, weil ein Redner gefagt hatte, Gripi sei ein gewaltthätiger Mensch, dabei schlaue und verschlagene wie der preussische Finanzminister Altwiel; mit Ausnahmegeboten könne jeder Gsel regieren. Hierin erblickte die Polizei einen Hinweis auf deutsche Verhältnisse. (Heiterkeit.) Verboten wurde ferner in Leipzig eine Versammlung wegen des Themas: Die freie Liebe. Verboten wurde eine Versammlung an einem Kindergeburtstage, um eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu verhüten. Eine gewerkschaftliche Versammlung wurde aufgelöst, weil der Referent nicht gleich zur Stelle war und die Versammlung sich inzwischen mit der Fragekasten-Frage beschäftigte, ob der Mensch einen freien Willen habe. Zunächst wurde dem betreffenden Redner das Wort entzogen und als ein anderer Redner aufträte, er sei über diese Wortentziehung ganz erschrocken, wurde die Versammlung aufgelöst. Im Jahre 1888 unter dem Sozialistengesetz hat der Chemnitzer Polizeirath dem Vorstand des aufgelösten Fachvereins der Metallarbeiter mitgeteilt, der Verein dürfe sich zwar dem Verbanne nicht anschließen, dagegen sei aber nichts einzuwenden, wenn die einzelnen Mitglieder jeder für sich dem Verbanne beitreten. Derselbe Polizeibeamte hat dies jetzt unterfagt. Den Vertrauensmännern der Holzarbeiter in Löbau ist in den letzten Tagen verboten worden, in irgend einer Weise mit der Regelung der gewerkschaftlichen Verhältnisse sich zu befassen. In Leipzig hat man auch die einzelnen Vertrauensmänner der Metallarbeiter für eine Organisation erklärt und diese aus einer Person bestehende Organisation noch extra aufgelöst. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Gewerkschaften sollen nach sächsischer Anschauung Vereine sein, welche sich nicht ausschließlich im Rahmen des § 152 der Gewerbe-Ordnung beraten, sondern öffentliche Angelegenheiten erörtern. Hierzu rechnet man in Sachsen: statistische Arbeiten über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Regelung des Verkehrs- und Herbergswesens, Rechtschutz in gewerblichen Streitigkeiten.

Der Münchener Universitätsprofessor Dr. Hugo v. Brentano urtheilt in der „Zukunft“ über unsere Zustände: nach wie vor bleiben alle Maßnahmen, die zur Verwirklichung der Koalitionsfreiheit unentbehrlich sind, von der Willkür der Polizeibehörden abhängig. Dies gilt besonders von dem Vereins- und Versammlungsrecht. Wer hat es gehört, daß eine Versammlung von Arbeitgebern polizeilich überwacht oder ein solcher Verein, weil er sich mit öffentlichen Dingen befaßt, aufgelöst worden wäre? Den Arbeitgebern kann man nicht verbieten, mit einander in Verbindung zu treten und durch Mittheilung der Namen der Feinde zu verhindern, daß sie anderwärts Beschäftigung finden; die Arbeiter aber, die sich nur dadurch beschützigen können, daß sie Schildwachen ausstellen, die vor dem Zuwandern warnen, werden daran polizeilich gehindert. Um es kurz zu sagen: es besteht Koalitionsfreiheit, aber es ist den Arbeitern verboten, davon Gebrauch zu machen. (Sehr richtig! links.) Sobald irgendwo ein Streik ausbricht, stellt die Polizei Schutzmannschaften auf, um die Freiheit der Arbeit aufrecht zu erhalten, d. h. die Freiheit, sich uneingeschränkt ausbeuten zu lassen.

Die schwarzen Listen bleiben unangefastet und sie existiren auch in den königlich preussischen Eisenbahn- und Militärwerkstätten. Erklärt aber jemand in einer Versammlung, der und jener von unseren Kollegen ist wortbrüchig geworden und geht dies in eine Zeitung über, so wird der Redakteur wegen Verurtheilung bestraft und der Arbeiter, der das sagt, muß gewärtig sein, mit geschlossenen Händen wie ein gemeiner Verbrecher abgefahrt zu werden. In den sog. gebildeten Kreisen wird der Wortbruch als das schmachvollste Vergehen im bürgerlichen Leben bezeichnet; auch wir sind derselben Meinung. Wenn nun aber ein Arbeiter wortbrüchig wird und seine Kameraden machen das bekannt, so werden sie wie gemeine Verbrecher behandelt.

Bei dem Vergarbeiterstreik in Rheinland und Westfalen sind deswegen Arbeiter bis zu 10 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Kommt ein Arbeiter dazu, einem solchen gemeinen wortbrüchigen Menschen gegenüber dem Grundsatze zu huldigen, feste um sich zu bauen und dem Verbrechenden vielleicht ein paar, unter Umständen recht gesunde Ohrspeichen zu verabreichen, so wird er in unerhörter Weise bestraft, während die Leute, die sich zum Zweikampfe heraus-

fordern und sich die Knochen entzwei, oder sich todtschießen, mit anderem Maße gemessen werden. Wird einmal eine Anlage erhoben oder eine Verurtheilung angeprochen, dann tritt die Begnadigung ein, die der Arbeiter nicht kennt.

Der Arbeiter und insbesondere die Arbeiterin besitzt kein Vereins- und Versammlungsrecht; es giebt Erwerbszweige, wo die Zahl der Arbeiterinnen die der Arbeiter weit übersteigt, nicht bloß in der Textilbranche, sondern auch in Metall- und Spielwaaren-Geschäften und in der Tabakindustrie. Die Frauen müssen das Recht haben, eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine Verbesserung ihrer Löhne in gewerblichen Organisationen zu erkämpfen.

Die sächsische Regierung hat Mitte Februar d. J. den Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter aufgelöst; diese Auflösung erstreckte sich auf die 17 000 Mitglieder zählende Bergarbeiter- und Unterführungskasse, der Verband selbst hatte nahezu 10 000 Mitglieder und 55 Zahlstellen. Er ist aufgelöst unter dem Vorwand, daß er sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige. Das Gleiche ist auch den Textilarbeitern passiert, deren Lage besonders schlimm ist.

In mancher Beziehung ist das Königreich Bayern Sachsen noch über. Speziell in der Stadt Nürnberg sind Dinge passiert, die man in einem freien oder doch halb konstitutionell regierten Staate einfach für unmöglich halten sollte. Man hat dort einfach Frauen aus Versammlungen ausgewiesen, in denen darüber gesprochen werden sollte, wie es möglich sei, die Beschwerden der Arbeiter und Arbeiterinnen besser als bisher zur Kenntniß des Fabrikinspektors zu bringen auf dem Wege einer Beschwerdekommission. (Hört! hört! links.) Und als der Vorsitzende sich weigerte, diesem ungeseligen Verlangen der Polizei nachzukommen, ist die Versammlung aufgelöst worden.

Man hat die Beseitigung von Frauen und Minderjährigen aus einer Versammlung verlangt, in der über die Errichtung eines Arbeitersekretariats für die Stadt Nürnberg gesprochen werden sollte. Als man dem Verlangen nicht entsprach, wurde die Versammlung aufgelöst und der Leiter später in Anklagezustand versetzt. 11 Versammlungen an einem Abend wurden verboten, weil in denselben gesprochen werden sollte über die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisationen gegenüber den Organisationen der Unternehmer, welche sich zur Mahregulung von Arbeitern vereinigt hatten. Beschwerden über die Verbote sind zurückgewiesen worden, weil die sozialdemokratische Partei nach einem oberstgerichtlichen Erkenntnis eine über ganz Deutschland verbreitete Partei sei und jede Versammlung, die sich mit politischen Angelegenheiten beschäftige und von einem Mitgliede dieses sozialdemokratischen Gesamtvereins berufen u. s. w., sei als eine Vereinsversammlung des über ganz Deutschland verbreiteten Vereins zu betrachten. Früher durften Frauen den Versammlungen beiwohnen. Da auf einmal wurde dies anders und zwar ohne Anweisung vom Ministerium — wenigstens wurde dies in Abrede gestellt — und in Nürnberg war dies um so auffällender, als die Polizei sich in den Händen des überwiegend freisinnigen Magistrats befindet. Die Anrede, daß die Polizei ja nur die Befehle der Verwaltungsbehörde ausführen müsse, kann ich nicht gelten lassen. Es ist ein Unterschied zwischen der gezwungenen Handhabung eines derartigen Gesetzes und der mit Freunden vollkommener Ausübung derartiger Praktiken, wie in Nürnberg geschehen ist, wo man sich mit wahrem Freijüngler auf die Arbeiterorganisation geworfen hat, trotzdem im freisinnigen Programm steht: Freiheit der Presse und des Vereins- und Versammlungsrechts. Die Beschwerden gegen die Ausübung oder das Verbot von Versammlungen, die sich mit rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten befaßt haben, sind durchweg abgewiesen von der Reichsregierung und vom Ministerium. Das letztere konnte sich auf ein neues obergerichtlich gefälltes Urtheil stützen, welches am 20. Dezember 1894 gefaßt wurde. Das Gericht hat der Polizeibehörde recht gegeben und sich der Auffassung des Staatsanwalters angeschlossen. Es ist bedauerlich, daß das höchste Gericht im Lande es mit seinem Gewissen für vereinbar gehalten hat, ein solches Urtheil zu fällen. Es heißt in dem Urtheil: „Ein politischer Verein wird jeder Verein, sobald er sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt.“ Der Ausdruck „öffentliche Angelegenheiten“ begreift alle Angelegenheiten, die nicht ausschließlich einzelne physische oder juristische Personen und deren Privatinteresse, sondern im Gegensatz die Gesamtheit des Gemeinwesens und das gesammte öffentliche Interesse betreffen. Jede Versammlung also, die sich mit einer derartigen, nicht Privatinteressen betreffenden Angelegenheit befaßt, wird als eine politische Versammlung angesehen. Es komme überhaupt, heißt es in dem Urtheil weiter, nur darauf an, daß die Versammlung von einem politischen Verein ausgegangen und zur Verfolgung seiner Zwecke bestimmt wäre, nicht darauf, ob darin öffentliche Angelegenheiten auch wirklich erörtert worden seien. Und die Gewerkschaften werden dadurch zu politischen Vereinen gestempelt, daß der sozialdemokratische Parteitag in Köln die Genossen aufgefordert habe, die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zu unterstützen. Danach sind alle Versammlungen der Gewerkschaften angeordnet von der Berliner Partei, also politische Versammlungen eines politischen Vereins, folglich dürfen Minderjährige und Frauen ihnen nicht beiwohnen.

Es wird schwer werden, im bayerischen Landtage wieder auf dem Beschwerdewege gegen diese Sachen vorgehen zu können. Im vorigen Landtage wurde die Erledigung der Beschwerde dadurch unmöglich gemacht, daß seitens des Bezirksoberpräsidenten die Sache so lange hingeschleppt wurde, bis der Staatsminister des Innern als Reisebegleiter des Prinzregenten sich nach der Rheinpfalz begeben mußte und insolge dieser wichtigen Aufgabe keine Zeit mehr hatte, sich mit der untergeordneten Angelegenheit der Verletzung verfassungsmäßiger Rechte der Arbeiter zu befassen. Inzwischen ist nun die Sache gerichtlich sanktioniert. Unser wieder gewonnener neuer Kollege Herr Dr. Pöcher aus Passau ist damals Berichterstatter des Beschwerde-Ausschusses gewesen. Er hat als Referent die Beschwerde als durchaus gerechtfertigt in rechtlicher und formaler Beziehung hingestellt und beantragt, daß entsprechende Remedur geschaffen werde. Das Referat kam nicht mehr zum Vortrag. Redner zitiert einzelne Stellen aus dem Referat des Abg. Pöcher, aus denen hervorgeht, daß den Arbeitern dieselbe Koalitionsfreiheit gegeben werden müsse, welche die Arbeitgeber in Ringen, Syndikaten, Kartellen schon besitzen.

Wenn ein Angehöriger der bayerischen Zentrumspartei einen derartigen Anspruch thut, so wird wohl auch das Zentrum des Reichstags sich auf diesen Standpunkt stellen und eine einheitliche, freie, den Arbeitern günstige Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts verlangen. Sollten wir uns darin täuschen, so würden sich die Arbeiterkreise es nicht erklären können, weshalb das Zentrum sich eine Partei für Freiheit, Wahrheit und Recht nennt und für die Arbeiterinteressen eintritt. Wenn Herr Pöcher die sozialdemokratische Partei nicht mehr für einen zentralisirten Verein hält, da auf dem Parteitag in Halle die sozialdemokratische Partei sich ausdrücklich eine ganz neue Organisation gegeben habe, die nicht die Spur eines Vereinscharakters an sich trage, so wird es dem Zentrum nicht schwer fallen, unserm heutigen Antrage zuzustimmen. Die Liberalen erinnere ich daran, daß ihre Vorfahren im Jahre 1848 den von mir erwähnten Vorschlag der Grundrechte gutgeheißen haben. Heute ist das Recht der Vereinigung noch eine viel

größere Nothwendigkeit für die breiten Volksmassen als damals. Wenn ich von Preußen bisher nicht gesprochen habe, so soll damit nicht gesagt sein, daß es hier besser steht. In Barmen hat man die Lehrvereine unter das Vereinsgesetz gestellt; in Breslau hat man die Versammlung des Arbeiter-Sängerbundes aufgelöst, weil dieselbe nicht als politisch angemeldet war; in Westfalen sind verschiedene Versammlungen in den letzten Monaten aufgelöst worden wegen der Anwesenheit von Frauen, in denen Frauen Referate abhielten. Man hat die Berliner Frauen-Agitationskommission als politischen Verein geschlossen. Von anderen kleinen Chikanen will ich gar nicht reden.

Wir verlangen etwas, was in anderen Staaten längst besteht, ein natürliches Recht, welches jedem Staatsbürger, gleichviel welchen Geschlechts, zukommt und das nicht länger hintenangehalten, verpöndelt, ruiniert und mißhandelt werden soll. Spätere Generationen werden sich billig wundern, wie am Ende des 19. Jahrhunderts es noch nothwendig war, im deutschen Reichstage eine solche Rede halten zu müssen. In Württemberg können politische Vereine gebildet werden, ohne daß eine Anzeige erfolgt; Versammlungen können stattfinden, ohne daß sie angezeigt zu werden brauchen, wenn sie öffentlich ausgeschrieben worden sind. Auch in Hessen besteht ein eigentliches Vereinsgesetz nicht; die Bundesakte, durch welche Arbeitervereine, insbesondere sozialistische Verbindungen eo ipso verboten sind, stehen nur auf dem Papier.

Ist nun etwa in Württemberg die Sozialdemokratie mächtiger als in anderen Staaten und ist es dort zu sozialdemokratischen Ausschreitungen gekommen? Niemals. Und in Sachsen sind wir trotz der Chikanen mächtiger als in anderen Staaten. Ziehen Sie daraus die Lehre, daß mit solchen Kleinlichkeiten gegen eine Kulturbewegung, wie sie die Sozialdemokratie nun einmal ist, nichts ausgerichtet werden kann. Schaffen Sie mit Annahme unseres Antrages Zustände in Deutschland, wie sie eines wahrhaft zivilisierten Volkes würdig sind. Die gegenwärtigen Zustände sind einer zivilisierten Nation nicht würdig! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesrathsbevollmächtigter Graf Hohenthal: Die Handhabung des sächsischen Vereinsgesetzes gehört nicht vor dieses Haus, sondern vor den sächsischen Landtag. Wenn ich trotzdem auf die Angriffe des Vorredners eingehe, so geschieht das, um einen Punkt zu widerlegen. Der Vorredner hat behauptet, daß der Minister des Innern v. Meisch eine Verfügung erlassen habe, daß die Sozialdemokraten anders behandelt werden sollen als die anderen Parteien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht der Fall. Der Minister v. Meisch hat in der zweiten Kammer folgendes ausgesprochen: Ich muß der Ansicht gegenüberstehen, wonach der sozialdemokratischen Partei gegenüber das Vereinsgesetz in anderer Weise gehandhabt werde als gegenüber den Vertretern der Ordnungsparteien. Die Regierung hat Veranlassung genommen, es in einer allgemeinen Verordnung auszusprechen, daß die Bestimmungen des Vereinsgesetzes gleichmäßig zu handhaben sind ohne Rücksicht auf die politische Färbung der Parteien. Wir halten darauf, daß auch seitens der Polizeibehörden mit völlig gleichem Maße gemessen wird. Neben den präzeptiven Bestimmungen des Vereinsgesetzes giebt es aber noch andere gesetzliche Bestimmungen, die mehr einen dispositiven Charakter haben gegenüber dem Ausschichtsrecht der Polizei und das Genehmigungsrecht zu Vereinen und Versammlungen. In dieser Richtung muß selbstverständlich dem diskretionären Ermessen der Polizeibehörden ein gewisser Spielraum gestattet sein und wenn vom Standpunkte der Polizei die sozialdemokratischen Vereine und Versammlungen mit etwas schärferem Maße gemessen werden, so entspricht das auch den Intentionen der Regierung. (Aachen bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Partei hat überhaupt erst Veranlassung gegeben, daß das Vereinsgesetz etwas schärfer gehandhabt wird dadurch, daß sie in den bisher ruhigen Gang der Arbeiterversammlungen Agitation hineingetragen hat. Heißt das, die Regierung wolle die positive Bestimmung des Gesetzes den Sozialdemokraten gegenüber anders anwenden, als den anderen Parteien gegenüber? (Weiterkeit.) Die Vorschriften werden gleichmäßig gegenüber den Parteien, welche die bestehenden Verhältnisse umfassen wollen, schärfer angewendet. Das ist ganz selbstverständlich. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Daß die Gewerkschaften auf Anstiften der Unternehmer verfolgt werden, ist nicht richtig. Redner wendet sich dann gegen die einzelnen angeführten Fälle. Ein Säugertag in Wittweida ist verboten worden, weil mit demselben zusammen eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten werden sollte. Nicht alle Fälle sind bekannt geworden; in vielen Fällen ist auch Remedur geschaffen. Aber es ist selbstverständlich, daß, wie überall, auch einmal eine Polizeibehörde über die drei Stränge geschlagen hat. Die Auflösung von Gewerkschaften ist zum Theil von den Gerichten bestätigt worden, z. B. der Bergbauarbeiter- und der Textilarbeitervereine, weil sie sich mit politischen Dingen beschäftigt haben. Die sächsische Regierung würde glauben, ihre Pflicht gegenüber den friedliebenden Bewohnern zu verletzen, wenn sie von den Waffen, die sie in der Hand hat, nicht Gebrauch machen wollte. Die Regierung wird bei der Anwendung dieser Gesetzgebung, die ich als ein Juwel der Gesetzgebung (Große Gelächter bei den Sozialdemokraten) in der jetzigen Zeit bezeichnen möchte, an ihren jetzigen Grundsätzen festhalten, so lange sie die beiden Kammern hinter sich hat. Der vorgeschlagene Besenstreich ist eine Sanktionierung des Anarchismus. (Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn der so viel gerühmte Zukunftsstaat eingeführt würde, so würden Sie (zu den Sozialdemokraten) mit solchen Gesetzen nicht kommen, denn Sie würden Vereine, in denen das Christenthum gepredigt wird, nicht dulden. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Bayerischer Ministerialrath v. Hermann: Ich habe die bayerische Regierung gegen die Beschwerden und Angriffe zu verwahren, welche der Abg. Grillenberger gegen die Handhabung des Vereinsgesetzes erhoben hat. Herr Grillenberger hat die Handhabung als widerrechtlich und ungerecht bezeichnet und behauptet, daß Bayern sich gerade durch die Ausschließung der Frauen und Minderjährigen aus den Versammlungen berechtigt gemacht habe. Er hat aber selbst zugegeben, daß das Verfahren der Behörden gerichtlich und zwar durch das oberste bayerische Landesgericht in Straßachen gebilligt worden ist. Der Streit in Bayern dreht sich darum, in welchen Beziehungen der § 15 des bayerischen Vereinsgesetzes zum § 152 der Gewerbe-Ordnung steht. Herr Grillenberger ist vollständig im Unrecht, wenn er der Regierung vorwirft, daß von derselben gewerkschaftliche Versammlungen mit scheelen Augen angesehen werden. Das ist in der That nicht der Fall. Die bayerische Regierung duldet und unterstützt alle Bestrebungen, welche dazu dienen, die Lage der Arbeiter zu verbessern, aber nicht solche, welche unter sozialdemokratischer Führung stehen. Vereinigungen für Frauen und Minderjährige bestehen, sie sind sogar für Minderjährige begründet. (Widerspruch des Abg. Grillenberger: Das ist nicht wahr!) Es bestehen Zahlstellen der Schneiderinnen und Schneider in München, bei denen Frauen Mitglieder sind. (Zuruf Grillenberger's: Aber aus den Versammlungen werden sie ausgewiesen!) Vereinigungen und Versammlungen aber, welche politische Zwecke verfolgen, können den Schutz des Gesetzes nicht genießen. Das hat auch das Gericht anerkannt, indem es sich dagegen erklärte, daß alles, was mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in Verbindung gebracht werden könnte, als wirtschaftliche Frage behandelt würde. Die Regierung hat also vollkommen recht, wenn sie nicht zu allen Versammlungen die Frauen zuläßt, zumal nicht zu solchen, die von Sozialdemokraten einberufen sind und augenscheinlich politische Zwecke verfolgen. Jegend-

welche generelle Anordnung über diese Frage ist aber von Seiten der bayerischen Regierung nicht erlassen worden. Die Magistrate, welche solche Versammlungen verboten oder aufgelöst haben, haben nach eigenem Ermessen gehandelt, aber sie sind vollständig in ihrem Rechte gewesen.

Die Kritik, welche der Abg. Grillenberger an dem gerichtlichen Erkenntnis geübt hat, erweist sich bei näherer Prüfung derselben als unzutreffend. Die Thatfache, daß ein Sozialdemokrat die Versammlung einberufen hat, ist für das Gericht nur ein mit entscheidendes Moment gewesen. Die Hauptfache ist, ob öffentliche Angelegenheiten erörtert werden; das Vereinsgesetz besagt, daß Frauen und Minderjährige politischen Vereinen nicht angehören und Versammlungen derselben nicht beiwohnen dürfen. Wenn eine Gewerkschaft nur auf dem Boden gewerkschaftlicher Bewegungen steht, so unterliegt sie den Bestimmungen für politische Vereine nicht. Aber in dem fraglichen Falle lag eben diese Beschränkung nicht vor. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In der bayerischen Kammer ist ein Referat erstattet worden über die Beschwerde wegen Handhabung des Vereinsgesetzes. Aber dieses Referat ist überholt worden durch die späteren gerichtlichen Erkenntnisse. Der damalige Referent Herr Pichler dürfte wohl heute nach den gesetzlichen Erkenntnissen von seiner damaligen Ansicht erheblich abweichen, und der Landtag wird die eingegangenen Beschwerden nunmehr kaum als begründet anerkennen. Die bayerische Regierung steht vollständig auf dem Boden des rechtlichen Erkenntnisses. Die Gewerkschaften sind zum großen Theil Organisationen der sozialdemokratischen Partei, mit deren Hilfe sie neue Anhänger werben. Wenn die Behörden dieser Agitation entgegen treten, so thun sie nur ihre Pflicht und werden dabei sich der Unterstützung der bayerischen Regierung erfreuen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Wachem (Z.) bedauert, daß nicht gleichmäßige Grundzüge bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechts bestehen; es habe auch Zeiten gegeben, wo in Preußen die Verhältnisse nicht gut waren; der Kulturkampf ist in verschiedenen Gegenden durch die Anwendung des Vereinsgesetzes verschärft worden. Aus diesen Gründen und aus den sächsischen, bayerischen und lothringischen Erfahrungen, die besonders unliebsam sind, ist der Antrag zu verstehen. Die Reichsverfassung enthält nur eine Kompetenzbestimmung über das Vereinsrecht; es liegt aber darin auch ein gewisses Versprechen. Man hat das Preußische und andere Dinge einheitlich geregelt, aber das Vereinswesen ist nicht einheitlich geregelt; ebenso gut wie einheitliches Preußisches kann man auch ein einheitliches Vereinsgesetz zu Stande bringen. Ein solches Gesetz wäre erwünscht, aber es würde nicht zweckmäßig sein, unsere Wünsche auszutriden in der Form des Antrages. Derselbe erscheint mir allerdings nicht als Paladium der Anarchie, aber gegenüber den bestehenden Verhältnissen, wie sie namentlich durch die Schuld der Sozialdemokraten geworden sind, geht der Antrag zu weit, weil er keinen Unterschied macht zwischen politischen und sonstigen Vereinigungen, zwischen Männern und Frauen und unerwachsenen Personen. Der Antrag entspricht durchaus der niveleirenden Gleichmacherei der sozialdemokratischen Partei; auf diesem Standpunkt stehen wir nicht. Wir wollen die Rechtsphäre des Weibes nicht zu gunsten des Mannes alteriren lassen, und umgekehrt. Ein gewisses Koalitionsrecht muß auch dem Weibe angebilligt werden auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Die Zulassung des Weibes zu politischen Dingen würde Anarchismus sein. Das entspricht nicht der Natur. Mulier tunc in foro. (Zuruf links: in oeclesia!) Das ist keine Beeinträchtigung des weiblichen Geschlechtes, sondern eine Bevorzugung, ein Schutz desselben. Der Antrag enthält auch Strafvorschriften gegen Beamte, welche tendenziös das Versammlungsrecht stören. Aber dann müßte man auch Strafvorschriften gegen diejenigen haben, welche störend in die Versammlungen anderer eindringen. (Zuruf der Sozialdemokraten: Sind vorhanden!) Deshalb halten wir den Antrag nicht für zweckmäßig. Wir haben erwohnen, ob man nicht die Regierung im Wege einer Resolution auffordern sollte, zur Ausführung der Verfassungsbestimmung ein Vereinsgesetz auszuarbeiten und dem Reichstage vorzulegen. Wir sind aber nicht davon überzeugt, daß ein solches Gesetz die Zustimmung des Bundesraths finden wird. Eine Zeit, in welcher der Konflikt, der Staatsrecht, so offen vertheidigt wird, in welcher die Grundlage des Reichstages, das allgemeine Wahlrecht, bekämpft wird, ist nicht geeignet für ein solches Gesetz. Auch wir sind der Ansicht, daß man mit einer engherzigen Vereins- und Versammlungs-Gesetzgebung am allerwenigsten gegenüber der sozialdemokratischen Agitation etwas zu Wege bringt. Gerade die Erfahrungen in Sachsen und Bayern beweisen uns das. (Hört, hört! links.) Wo ist die Kluft zwischen den Regierungen und der breiten Masse des Volkes, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer so groß, wie gerade in Sachsen! Der Grund liegt darin, daß man sich nicht entschließen kann in öffentlichen Verhältnissen der Sozialdemokratie zu geben, was ihr gebührt. Wenn man in Sachsen diese Gesetzgebung als ein Juwel betrachtet, so kann ich diese Anschauung nicht verstehen. Ebenso liegt es in Bayern. Meine Freunde stehen auf dem Boden des Referats des Abg. Pichler. Beschwerden der Sozialdemokratie müssen auch als berechtigt anerkannt werden. Wenn die Regierung etwas vorlegen würde, so würde das wahrscheinlich eine Verschlechterung sein. Deshalb können wir uns nicht entschließen, für den Antrag einzutreten, so sehr wir auch ein freibürgerliches Vereinsgesetz wünschen, weil ein solches Vorgehen nicht fruchtbar würde gegenüber der jetzigen Zersplitterung der politischen Arbeit. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Weich (sf. Sp.) weist den Vorwurf gegen die Freisinnigen in Bayern als unbegründet zurück. Es wäre erwünscht, ein Reichsvereinsgesetz zu haben, welches die Mißbräuche der einzelstaatlichen Gesetzgebung beseitigt; aber das Gesetz dürfte nicht gleichmäßig für Männer und Frauen sein. Die Sozialdemokraten haben das Vorgehen des Magistrats zu Nürnberg beifällig getadelt; Herr Grillenberger ist wegen dieser Angriffe, für die er den Wahrheitsbeweis nicht erbringen konnte, verurtheilt worden und daher rührt sein Kerger gegen den Nürnberger Magistrat, der lediglich die Gesetze so angewendet hat, wie die Gerichte es für richtig halten. Das beschriebene Gesetz hat viele Lücken und Mängel; aber vorläufig muß es so gehandhabt werden, wie es ist, sonst kommt für die städtischen Behörden die Remedur von oben. Als ein Juwel betrachte ich das Gesetz nicht, aber so lange es besteht, muß es befolgt werden. Für die Tendenz des Antrages kann ich mich nicht äußern, aber auf die Einzelheiten einzugehen, muß ich mir vorbehalten bis zur zweiten Sitzung.

Abg. Marquardsen (nall.) dankt zunächst den Vorredner für seine Vertheidigung der bayrischen Behörden. Herr Grillenberger hat wohl seinen Hauptzweck erreicht, daß er die lange Rede hat halten und seine Beschwerden hier vordringen können. Unsere Stellung zum Antrage ist eine sehr wesentlich verschiedene, je nachdem es sich nur um eine einseitige Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts handelt — dabei braucht man nicht auf das Sündenregister der einzelstaatlichen Verwaltungen einzugehen — oder um die Annahme des vorliegenden Antrages. Es ist eigentlich verwunderlich, daß in der langen Zeit so wenig Versuche gemacht sind, ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht für das Reich zu schaffen. Aber der vorgelegte Antrag hat keine Aussicht auf Annahme, wie überhaupt kein Gesetzesentwurf über ein Vereins- und Versammlungsrecht jetzt Aussicht auf Zustandekommen hätte. Es ist also unnütz, und zu

plagen mit der weiteren Verathung dieses Antrages, das würde nur heißen, Wasser in ein Sieb gießen.

Abg. Grillenberger (Soz.): Die juristische Weisheit des Herrn Weich reicht nur bis zum selbigen entschlafenen Kommentator Pöhl; er sollte aber wissen, daß auch noch andere Kommentatoren vorhanden sind; der Minister von Feilich hat das auch anerkannt, aber er hält sich an den Kommentator, der seinen Anschauungen huldigt. Der Nürnberger Magistrat hat die Gesetze fortgesetzt mißbräuchlich angewendet, allein gegen die Sozialdemokratie als freisinnige Stadtbehörde, aber nicht gegenüber dem freisinnigen Vereine, der dasselbe that, was uns verboten wurde. (Vizepräsident Schmidt: Singen ersucht den Redner, den Nürnberger Magistrat, der sich hier nicht vertheidigen könne, nicht Ungehelichkeiten vorzuerzählen.) Ich habe darauf hingewiesen und bin wegen Beleidigung verklagt und zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Darin liegt der Beweis, daß ich die Wahrheit gesagt habe (Große Weiterkeit); denn sonst hätte man mich wohl zu Gefängnißstrafe verurtheilt. Wenn es nach der Nürnberger Polizei gegangen wäre, dann hätte man unter dem Sozialistengesetz die „fränkische Tagespost“ verboten und über Nürnberg den kleinen Belagerungszustand verhängt. Aber das Bezirksamt freute sich, wenn das Blatt den Magistrat, und der Magistrat freute sich, wenn es das Bezirksamt angriff. Daß der Nürnberger Magistrat gegen die Sozialdemokratie vorgeht, war nicht nothwendig; denn nach der Ausführung des Bundesrathsbevollmächtigten für Bayern besteht eine generelle Verfügung darüber nicht. Der frühere Bürgermeister hat auch anders verfahren; es sind unter ihm Frauen zu Versammlungen, auch zu politischen, zugelassen worden. Der Nürnberger Magistrat ist schlimmer als eine Polizeibehörde und wenn ihm die Polizei abgenommen würde, so würden wir damit gar nicht unzufrieden sein. Herr Weich ist noch viel weiter gegangen, als ein freisinniger Regierungskommissar. Mein Vorgänger im Reichstage, der freisinnige Abg. Günther hat früher einmal offen und mit Bedauern erklärt, daß die Nürnberger Polizeiverhältnisse nicht angenehm seien. Herr Richter wird auch wohl die Vertheidigung der Nürnberger Polizei durch Herrn Weich nicht billigen. Weich hat unser Antrag nicht Aussicht auf Annahme, ist gar nicht einzusehen. Wenn nur der Reichstag sich seiner annehmen wollte, aber freilich, man hat anderes zu thun; man muß neue Schiffe bewilligen, das werden wir uns merken.

Abg. Weich: Ich kenne die anderen Kommentatoren auch, aber das Gericht hat sie nicht anerkannt, sondern vielmehr erklärt, daß deren Auslegungen dem Geiste des Gesetzes widerprechen. Es ist nur vom Gesetz Gebrauch gemacht worden, da kann von einer tendenziösen Verfolgung der Sozialdemokratie nicht die Rede sein. Als Parteibehörde ist der Magistrat nicht vorgegangen; denn die Hälfte des Magistrats ist ja garnicht freisinnig. Das Gericht hat Herrn Grillenberger durchaus nicht recht gegeben, sondern hat seine Behauptung, daß der Magistrat Mißbrauch treibe, als eine ungewisse Verdächtigung bezeichnet. Die Parteitage in Halle und Köln haben gezeigt, daß die gewerkschaftliche Bewegung in den Händen der Sozialdemokratie sich befindet, da kann man den Behörden keinen Vorwurf daraus machen, daß sie so vorgehen, wie geschehen.

Abg. Silbert (v. l. H.) erklärt sich für den Antrag, wenn er auch die Zulassung der Frauen nicht billigen könne; bei den Reichstagswahlen hätten seine Freunde mehrfach über die Handhabung des Vereinsgesetzes in Bayern zu klagen gehabt.

Abg. Weich (Soz.) (der Redner spricht von seinem Platz aus, der Tribune voll den Rücken zulehrend; dieser Umstand erschwert die Berichterstattung bei den ohnehin schon schwierigen altsächsischen Verhältnissen fast bis zur Unmöglichkeit): Ich bin zwar überzeugt, daß wir ein freies Gesetz, wie wir es wünschen, von der Regierung nicht erhalten. Das kann mich nicht hindern, trotzdem für unseren Antrag einzutreten. Der Abg. Wachem hat schon auf die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen hingewiesen. Die bei uns bestehenden Gesetze, welche entsprechend der Zeit, aus welcher sie stammen, der Verwaltungsbehörde eine ganz gewaltige Macht geben, sind bis in die jüngste Zeit auf die Partei angewendet, welche er als seiner Partei nahestehend bezeichnet hat. Aber sie sind noch lange nicht in dem Maße gegen sie angewendet, wie gegen die Sozialdemokratie. Für diese meine Behauptung kann ich eine ganze Reihe von Beweisen, die von den Behörden selbst erbracht sind, liefern. Was unser Versammlungsrecht angeht, so bedürfen wir für die Abhaltung von politischen Versammlungen der befürdlichen Genehmigung. Daß diese Bestimmung in der Hand der Regierung ihr Ansehen giebt, eine politische Partei gegenüber der anderen zu bevorzugen, ist selbstverständlich und das das auch geschieht, wenn wir überall bestätigt. Ich wollte einmal über die Thätigkeit des Landesauschusses sprechen. Das wurde mir selbstverständlich verboten. Daß mir sogar die Berichterstattung über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Reichstag untersagt wurde und schließlich mir nur gestattet wurde, über meine eigene Thätigkeit im Reichstag zu sprechen, das habe ich Ihnen ja schon früher mitgeteilt. In Wühlhausen wurde sogar einer Versammlung die Genehmigung verweigert, in welcher gesprochen werden sollte über: Die wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie. Ueber: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu sprechen, wurde ebenfalls verboten. Bei einer anderen Gelegenheit wurde mir der Bescheid, daß aus den Unterschriften eines Gesetzes um Genehmigung einer Versammlung gefolgert werden müsse, daß politische Angelegenheiten besprochen werden sollten! (Redner tritt nunmehr sehr zahlreiche Entscheidungen der Behörden aus ähnlichen Anlässen, welche die Willkür derselben und die abschließliche Zurückführung der Sozialdemokratie beweisen sollen.) Den Arbeitern ist durch die Gewerbe-Ordnung das Recht der Koalition angekannt. Was nützt ihnen aber dieses Recht, wenn sie verhindert werden, gerade dann es zu gebrauchen, wenn sie es am nöthigsten haben, nämlich bei Streiks. Es ist auch für unsere Elsaß-Lothringischen Arbeiter derselbe Satz anzuwenden, den vorhin mein Fraktionsgenosse Grillenberger aufstellte: es besteht das Koalitionsrecht, aber die Arbeiter haben kein Recht, davon Gebrauch zu machen. Redner führt auch hier für zahlreiche Beispiele an. Es sind Fälle vorgekommen, wo Vereinen die Genehmigung von Statuten verweigert worden ist, nachdem ihnen zuvor die Fassung der Statuten in einem der Regierung genehmen Sinne vorgeschlagen war, nachdem die Leute viel Arbeit und auch viel Geld hierfür hatten aufwenden müssen; denn nach den Elsaß-Lothringischen Vorschriften müssen jedesmal Stempelbogen für die verschiedenen Vorzüge verwendet werden. Mit feinerer Ironie kann das unglückliche Verhältniß Elsaß-Lothringens gar nicht ausgedrückt werden, als durch jenes Ornamant am Reichstag. Es ist der Löwe, welcher mit seinerer Franke den Schwachen niederdrückt. Gehen Sie nur in dieser Weise fort, den Ruhen davon werden wir haben.

Abg. v. Hohenberg (Welfe) meint, daß ein Unterschied besteht zwischen dem Antrage und den vorgebrachten Beschwerden. Beschwerden bestehen nicht bloß bei den Sozialdemokraten; in Hannover werden die Vereinsgesetze strenger angewendet gegen die Deutsch-Hannoveraner als gegen andere Parteien. Ich verweise nur auf die bekannten Erlasse des jetzigen Oberpräsidenten von Ostpreußen, welche die Bunde durch die Presse gemacht haben. Wir Deutsch-Hannoveraner sind gewohnt, die Gesetze zu achten; wir fügen uns, wenn die Gesetze so angewendet werden können, wie sie angewendet werden. Wir bitten nur die Regierung, die Gesetze gegen alle Parteien ebenso anzuwenden, wie uns gegenüber, damit der Satz: „Gleiches Recht für alle“ zur Anwendung kommt.

Damit schließt die Debatte. Der Abg. v. Elm (Soz.), der das Schlafwort als Mitantwärtiger erhält, behält sich seine Ausführungen für die zweite Sitzung vor und verzichtet für heute auf das Wort.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Verathung der Novelle zum Posttarif und erste Verathung der Vorlage über die kommunale Weinbesteuerung.)

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom 1. Mai 1895, 11 Uhr.

Am Regierungstische: von Hammerstein, Miquel. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Abgg. Sächhoff (H.) u. Gen.: Die Regierung zu erforschen, sich in gleichmäßigem Interesse der Landwirtschaft und Industrie die kräftigere Förderung des einheimischen Flachbaues, insbesondere durch die Ausdehnung des Bauerischen Rostweidens mittels staatlicher Unterstützung und durch Bevorzugung des inländischen Flachses für den Bedarf der Staatsverwaltungen, angelegen sein zu lassen.

Der Antrag wird nach längerer Debatte angenommen. Es folgt die zweite Beratung des von den Abgg. Bachem, Koeren (B.) u. Gen. beantragten Gesetzentwurfs, betreffend die Anlage konfessioneller Begräbnisstätten.

Die Kommission beantragt: mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers, daß seitens der Regierung ein Gesetzentwurf, der die Zulassung der Errichtung konfessioneller Begräbnisplätze unter Wahrung der berechtigten Ansprüche der jeweiligen konfessionellen Minderheit und des finanziellen Interesses der Gemeinden ermöglichen will, mit thunlichster Beschleunigung vorgelegt werden soll, geht das Haus über den Antrag Bachem zur Tagesordnung über.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags der Abgg. Madhy (B.) und Genossen: Die Regierung zu erforschen: Behufs besserer und eingehenderer Beaufsichtigung der Versicherungsgesellschaften, insbesondere der landwirtschaftlichen Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit (Fagel, Vieh- u. Versicherungsgesellschaften) versicherungstechnisch vorgebildete Beamte in die aufsichtsführenden Ministerial- und Regierungskollegien einzustellen.

Nach einer Begründung durch den Antragsteller erklärt Minister v. Hammerstein: Es seien schon Verhandlungen eingeleitet über die Frage, ob nicht den Verwaltungsstellen, welche das Versicherungswesen zu beaufsichtigen haben, und den Bezirksregierungen technische im Versicherungsfach erfahrene Beiräte gegeben werden sollen und ob nicht eine Aufsichtsdeputation, ähnlich wie beim Veterinärwesen zu bilden sei. Diese Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen, die Regierung sei aber bereit, dem Antrage entgegenzukommen.

Geheimrath v. Knebel-Doberschütz giebt näheren Aufschluß über die geplante Verschärfung der Staatsaufsicht. Jeder Provinzialregierung sollen 4, dem hiesigen Polizeipräsidium 2 versicherungstechnische Beiräte beigegeben werden, im Ministerium des Innern soll ein Sachverständiger als vortragender Rath hinzugezogen werden. Es sind 24 Gesellschaften zu beaufsichtigen, und zwar 46 Fagel- und Vieh-, 70 Transport- und Glas-, 118 Lebensversicherungsgesellschaften. Es soll auch eine Sachverständigen-Deputation zusammengeführt werden nach Art derjenigen für das

Veterinärwesen oder des Kolonialraths. Auch seien die Arbeiten zu einem Reichs-Versicherungsgesetz in vollem Gange, und deshalb sei die preussische Regierung noch nicht mit einem selbständigen Gesetz vorgegangen. Sobald sich ergebe, daß ein Reichsgesetz nicht zu Stande komme, werde die preussische Regierung ungesäumt ihrerseits mit einem Landesgesetz vorgehen. Der Antrag wird angenommen.

Schluß 4 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Antrag von Mendel-Steinfeld, betreffend Bewilligung von 20 Millionen Mark zu landwirtschaftlichen Kreditzwecken; Gesetzentwurf, betreffend die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Staatsbetrieben.)

Gerichts-Beilage:

Die Denunziationspest. Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung, welche die 8. Strafkammer hiesigen Landgerichts I gestern gegen den Schneidermeister Felix Ostrowitz zu verhandeln hatte, lieferte den Beweis, daß derartige Denunziationen noch immer in Mode sind, sobald es gilt, einen Menschen, mit dem man sich verfeindet hat, etwas am Zeuge zu fällen. Der Angeklagte wurde beschuldigt, angesichts der Kaiserflagge auf dem königl. Schlosse den Kaiser beleidigt zu haben. Verlesungen waren die Schneidermeister Dettlerling und Koschnig. Der Angeklagte bestritt die Glaubwürdigkeit der Zeugen und vertheidigte, daß es sich hier lediglich um einen Klagefall handele. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis, der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung, da er trotz der Bekundungen der Zeugen die Schuld des Angeklagten doch nicht für erwiesen erachtete.

Wegen schmähernder Angriffe gegen den Kapitalismus, die in die Form der zehn Gebote gegliedert waren und darin gipfelten, daß dem Kapitalismus u. a. Mord, Diebstahl, Ehebruch, Prostitution u. v. vorgeworfen wurden, war ein Angeklagter verurtheilt. Die Strafkammer hatte angenommen, daß die zehn Gebote zu den Einrichtungen der christlichen Kirche und der jüdischen Religionsgesellschaft gehören und eine Beschimpfung dieser Einrichtung vorlag. Das Reichsgericht hat die zehn Gebote nicht als Einrichtung der christlichen Kirche und der jüdischen Religionsgesellschaft anerkannt und sagt in seinem bezüglichen Urteil: Die zehn Gebote bilden nach ihrem inneren und äußeren Wesen nicht eine allgemeine Ordnung einer der Religionen, die Erhaltung und geistliche Entwicklung der christlichen Kirche oder der jüdischen Religionsgesellschaft betreffenden Angelegenheit dieser Kirche u. als solcher, sie wollen nicht deren Aufgaben, Interessen, Rechte und Pflichten, sowie ihr Verhältnis zu ihren Mitgliedern und nach außen regeln und festsetzen, sondern sie

sind nicht anderes, als ein Inbegriff eine Zusammenstellung wichtiger, rein sittlicher Grundsätze und Lehren der christlichen Kirche und der jüdischen Religionsgesellschaft. Der § 166 St.-G.-B. will aber nach seiner Fassung und Entstehungsgeschichte nicht die religiöse Lehre oder einzelne Sätze derselben als solche, als Dogmen gegen beschimpfende Angriffe schützen, sondern nur die christlichen Kirchen und die im Gesetze erwähnten Religionsgesellschaften als solche und deren Einrichtungen und Gebräuche.

Wegen Verführung eines jungen Mädchens hatte sich gestern der Zigarrenhändler Franz Schimke aus Nordorf vor dem ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. In einer ihm bekannten Familie verkehrte er oft und benutzte die sich ihm häufig bietende Gelegenheit, das noch nicht ganz 15 jährige Dienstmädchen zu verführen. Die Herrschaft kam dahinter, setzte dem Hausfreunde den Stuhl vor die Thür und benachrichtigte den Vater, welcher Anzeige erstattete. Der in den dreißiger Jahren stehende Angeklagte bezeichnete vor Gericht das junge Mädchen als seine Verführerin, doch fand er herzlich wenig Glauben. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis.

Ein königlicher Förster in Uniform stand gestern auf der Anklagebank vor dem Schwurgericht am Landgericht II, um sich wegen auffsätzlichen Meineides in zwei Fällen zu verantworten. Der königliche Förster Rosenow in Köpenick kam am Abend des 8. August v. J. aus dem Park und begegnete in der Rudowstraße, die von Köpenick nach Adlershof führt, dem schwerbetagten Handelsmann Echélt; er trug die Büchse fast quer über seinen Rücken und stieß im Vorbeigehen den Echélt mit dem Kolben, weshalb dieser ihm einen „Piegel“ an den Kopf warf. Der Förster erwiderte das Schimpfwort durch einen Faustschlag in das Gesicht des Wegners. Echélt entlegte sich nun seiner Waaren und wollte dem Förster zu Leibe, dieser hielt ihm aber die Büchse schußbereit entgegen und rief: „Stehen bleiben oder ich schieße!“ Der Handelsmann beschränkte sich nun darauf, sich eine Anzahl Zeugen des Vorfalles zu notiren. Er erhielt bald darauf eine Anklage wegen Bedrohung und Beleidigung des Försters. Am 5. und 22. November wurde in der Sache vor dem Köpenicker Schöffengericht verhandelt. In beiden Terminen bestritt der Förster unter seinem Eide, daß er den Echélt geschlagen habe. Da aber zu vielen einwandfreien Zeugen dies gesehen hatten, wurde die Anklage wegen Meineides gegen den Förster erhoben. Auch heute ergab die Beweisaufnahme in nun zweifelhafter Weise, daß der Angeklagte objektiv die Unwahrheit beschworen hatte, trotzdem notirten die Geschworenen, daß der Angeklagte weder des wissentlichen, noch fahrlässigen Meineides schuldig sei, weshalb die Freisprechung erfolgen mußte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater. Freitag, den 8. Mai. Opernhaus. Martha. Schauspielhaus. Der Repisor. Deutsches Theater. Das Lumpenkindel. Lessing-Theater. Der Herr Senator. Berliner Theater. Die Lehrschule. Neues Theater. Die Nervösen. Vorher: Die Massagetur. Schiller-Theater. Don Carlos. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger. Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt. Adolph Ernst-Theater. Madame Euzette. Central-Theater. Geschlossen. Alexander-Platz-Theater. Durchgegangene Weiber. Alle 5 Variationen. National-Theater. Die lebende Brücke. Theater Unter den Linden. Rund um Wien. Dorothea. Bellealliance-Theater. Geschlossen. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.) Freitag, 8. Mai, abends 8 Uhr: Don Carlos. Sonnabend, 4. Mai, abends 8 Uhr: Die jüdischen Verwandten und ein Strafvortrag. Sonntag, 5. Mai, nachm. 3 Uhr: Don Carlos. Abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Ultimo.

National-Theater. Große Frankfurterstraße 182. Direktion: Max Samst. Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Colder. Vorletzte Woche: Die lebende Brücke. Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, überfetzt von S. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedocke. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Lafowitzky. Regie: Max Samst. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum. Neu! Eine Fahrt auf dem Golf von Neapel.

Central-Theater. Alte Jakobstraße Nr. 30. Mittwoch, Donnerstag, Freitag wegen Vorbereitung geschlossen. Sonnabend, den 4. Mai 1895: Novität! Zum 1. Male: Novität! Unter artistischer Leitung des Herrn Adolf Brahl vom königl. Gärtnerplatz-Theater in München: Figaro bei Hof. (Boccaccio.) Operette in 3 Akten (nach Beaumarchais' Memoiren) von Bohmann-Riegen. Musik von Alfröd Müller-Norden.

Adolph Ernst-Theater. Madame Euzette. Vaudeville. Poëse in 3 Akten von Edmond Audran. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Charley's Tante. Der Biletverkauf zu dieser Vorstellung findet von heute ab an der Theaterkasse statt. Schluss der Saison: 15. Mai 1895.

Urania. Anstalt für volkstümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

Kaufmann's Variété. Königsplatz, Kolonnaden. Heute: Ensemble-Gastspiel der Neumann-Bliemchen's Leipziger Vaudeville-Gesellschaft: Neumann, Wilh. Wolff, Horváth, Gippner, Lemka, Földow und Ledermann. Novität! Entree 30 Pf. Novität! Zur Umkehrvorlage. Zeitgemäße Poëse von Wilhelm Wolff.

Castan's Panoptikum. Ein Flug durch die Luft! Chamly's mysteriöse Katakomben. Reichskanzler Fürst Hohenlohe. Violin-Unterricht, gut und fördernd, wird erteilt Wilsnackerstr. 30, vorn 1. Tr. r. 651*

Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Linienstraße 149, 8-10, 3 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr. 1875L.

Bruchbandagen aller Art (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfiehlt J. Ch. Pollmann, Linienstraße 30. Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

Preis-Ermäßigung. Von heute ab bis auf weiteres beßes gekochtes Rindfleisch mit 25 Pf. pro Pfd. Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-Strasse 18. Handlung Rosenthaler-

Ein Wohnhaus (neu) mit Nebengebäuden und großem Garten, in lebhafter Industriehadt der Niederlausitz, mit 4000 Einw., bester Bahnverbindung, beste Lage für Einrichtung einer Fleischerei, sehr billig unter günstigsten Bedingungen zum Verkauf. Offerten unter U. G. 794 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin SW. 19, erbeten. 47/84

Spezialität: Bruchbandagen aller Art (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfiehlt A. Reiche, Seydelstr. 15 am Spittelmarkt, Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen

Kinder-Wagen, Reifkörbe Fabrikpreise, auch Teilzahlung. G. L. Hermann, Gneisenaustrasse No. 112.

Möbel-Kaufgelegenheit bietet sich Brautleuten u. in Möbel-speicher, 17218 Rosenthaler-Strasse 13, 1. Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außerordentlich billigen Preisen, gebrauchte und verleierte gewesene Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen. Teilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 15 Mark, Ruchbaum-Kleiderschränke, Verticows 30, Stühle 3, Ruchschlupfen 40, Trumeng 65, Bancellsophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibische, Schreibsekretäre, Buffets, Konsistentische, Spiegel, alles staunend billig. Gefaunte Möbel können auf meinem Lager speicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt. ! 1000 (Modell) Damen! Episen - Seidene - Sammettragen, Capes 7.50-25.00. Joquet - Kostüme 10-15.00. Aparte Regenmäntel und Sommerjaquetts, um zu räumen, 5.00 bis 15.00, wasserdicke Staubmäntel von 5.00-15.00. Landsbergerstr. 59, 1. Tr.

Freie Volksbühne. Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr: VIII. Serie. VII. Abtheilung (National-Theater): Der Pelikan. IX. Serie. IV. Abtheilung (Lessing-Theater): Der Pfarrer von Kirchfeld. In beiden Vorstellungen werden, von 2 1/4 Uhr ab, für die Mitglieder anderer Abtheilungen Extrakarten verkauft. Der Vorstand der Freien Volksbühne. J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Tschu. d. Musikinstrumenten-Arbeiter. Sonnabend, den 4. Mai, abends 8 1/4 Uhr, in den Dranienhallen, Dranienstraße 51, 1. Etage: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Rohrlack über: Die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der modernen Großindustrie. 2. Diskussion. 3. Abrechnung von der Matinee. 4. Vereinsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Sophastoff = Beste = in Aips, Jambak, Crêpe, Phantastie, Gobelin und Plüsch spottbillig! Proben franko! Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Emil Lefèvre, Dranienstraße 158.

Bitte lesen Sie! Jedem Genossen, der seinen Bedarf an Sommer-Paletots, Anzügen, Hosen, Jaquets, Hosen, Westen, Hüten, Stiefeln u. fernere Sachen, Wäsche, Waschtücher, Koffer, Schirme billig und gut kaufen will, empfehle mein reichhaltiges Lager in alt u. neu. A. Wergien, Schneidermeister und Partiewaarenhändler, 127 Skalitzerstraße 127. Bestellungen nach Maß werden gut und billig angefertigt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Gardinen = Beste = ausreichend zu 2-4 Fenstern, crème u. weiss, spottbillig! J. Adler Teppichfabrik Spandauer Strasse 30. (7600R)

Bengen gesucht. Die Personen, welche am Sonnabend, den 20. April, abends 9 1/2 Uhr, den Vorfall an der Köpnickter Brücke gesehen haben, welcher zur Sistierung eines Arbeiters führte, werden gebeten, ihre Adresse Mantelstraße 19 beim Restaurateur Schrader abzugeben.

Ausverkauf v. Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaren wegen Aufgabe des Ladengeschäfts zu herabgesetzten Preisen von Julius Apelt, Sebastianstr. 20.

Unerreicht billig!!! Portièren, ca. 900 P. gute wollene, mit Bordüre und Querstreifen in allen Farben 2 Mark. Otto Büchler, Berlin G., Königstr. 26, Klosterstr.

Teppiche mit kleinen Bebejehlern in acht Courens, Prüll, Velours, Capes und prima Arminier, in allen Größen, verkaufe jetzt auch einzeln bedeutend unter Fabrikpreis J. Adler Teppich-Fabrik, Spandauerstrasse 30, vis-à-vis dem Rathaus.

Geschäftshaus S. Heine, Berlin N., Chaussee-Strasse 14.

Kleiderstoffe. Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommersaison zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

➔ Auslage neuer Glässer Druckstoffe: Mouffeline, Levantine, Sommerflanell und Kattune Meter von 30 Pf. an. **➔**
Geschmackvolle, originelle Muster in den neuesten Farbenstellungen, garantiert waschecht!

➔ Fabrik für Herren-, Damen- und Kinderwäsche. ➔

Damenhemden aus gutem Stoff mit Besatz Stück 90 Pf., mit Handlaugnette Stück 1,50 Mark.
Berühmte **Spezialität** der Firma:

➔ Die schönsten Kinderkleider für Mädchen jeden Alters. Jedes Kleid zum Verlängern eingerichtet. ➔

Tragkleidchen: Reine Wolle, ganz gefüttert und hübsch garnirt: 4, 5, 6, 7, 50 u. 9 M., crème: 6, 7, 50, 9, 10, 12 u. 13, 50 M., auch in hellblau u. schottisch!	Tragmäntel: Reine Wolle, wattirt und mit Flanell gefüttert: 6, 7, 50, 9, 12, 13, 50 u. 15 M., crème: 13, 50, 15, 16, 50, 18 u. 21 M., sämtlich reich gefickt!	Jahreskleidchen: Große Auswahl sowohl betreffs der Muster als in der Ausführung, Plüsch, Sammet, Wollstoffe, Serl. Flanell etc., Stück von 1,50 M. an.	Mädchenkleider aus besten Woll- u. Wäschstoffen, sauber und elegant angefertigt, in modernster Ausführung und jedes Kleid zum Verlängern, sehr billig!!!	Kostüme für Damen in Wäsche und Wollstoffen von 5 Mark an vorrätzig, event. Anfertigung nach Maß schnellig. Morgenröcke: Stück 4, 5, 6 u. 7, 50 bis 30 M.	Blusen, elegant gearbeitet in Seide, Wolle u. Wäschstoffen. Grosse Auswahl, bill. Preise! Stück von 2 M. an. Für jede Figur vorrätzig, ev. Anfertigung nach Maß!
Tauf-Mützen und Hütchen.	Baby-Hütchen und Mützen.	Laufmäntel in crème und farbig.	Mädchen-Jaquets und Pelerinen.	Zier- u. Wirtschaftsschürzen.	Unterröcke für Damen Stück von 1,50 M. an.

Achtung!
Zahnerfabrik, auch Zahnarzt, wöchentl. 1 Mal, Gudel, Sausiger Platz 2, Chausseest. 12.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchenspenden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderständer 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Mischelständer 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspenden, Paneel-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Coulissentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Hercules-Corsets, unzerbrechlich, vorzüglich sitzende Damen- u. Kinder-corsets jeder Größe, Umstandscorsets, Nährcorsets, Büstenhalter, Leibbinden großer Auswahl. Reparaturen u. Maass-corsets. Sesselfabrik unglaublich billig. Corsetfabrik von **Pauline Heinemann,** Badstr. 47/48, 1. Tr. — Pferdebahn wird vergütet.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep. sof. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.

Freund der Hausfrau!
Karol Weil's Seifenextract.
Karol Weil's Seifenextract Spart Zeit
Karol Weil's Seifenextract Spart Geld
Karol Weil's Seifenextract Spart Arbeit
Karol Weil's Seifenextract Schonst die Wäsche
Karol Weil's Seifenextract Macht die Wäsche blendend weiss.
Käuflich überall.
Nur echt in grauen Packeten mit Schutzmarke Waschfass.

Wittrank

frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. M. 5,50.
Johannbeerwein, herb, Fl. 60 Pf. Desertwein, süß, Fl. 75 Pf.
Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1,—.
Edt Stonsdorfer Likör,
à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10,—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90,—.
Edten alten Nordhäuser Brstl. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.
Berliner Getreide-Rümmel Brstl. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.
Himbeer-, Kirsch-, Johannbeer-, vorzüglich, Brstl. 1,30.
Medizin. Angarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2,10.
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.
Eugen Neumann & Co., Ga. Belle-Allianceplatz 6a, 81, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genßlinstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.



Kaufen Sie nicht

anderwärts, bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei mir die „billigste Bezugsquelle für Hüte“ ist, und nur streng reelle Waare bei reichhaltigster Auswahl geführt wird:
Herrenhüte steif und weich à 2,— 2,50 3,— 3,50
do. in ff. Haarhüte à 3,— 3,50 4,— 4,50
do. in Loden à 1,25 1,50 1,75 2,— 2,50
Kinderhüte à 1,— 1,25 1,50 2,— 2,50
Conformanzhüte à 1,50 1,75 2,— 2,50
Cylinderhüte à 4,— 6,— 7,50 11,—
im Fabrikcontoir bei **Oscar Arnold** am Oranienplatz
Dresdenerstr. 116 (kein Laden).
Kontrollmarkenhüte zu den billigsten Preisen!

L. Figner - Handtuch-Verleih-Institut
N.O. Neue Königstr. 17
Fernsprecher Amt 7 N: 2087.
Handtuch und Seife 10 Pf. per Woche

C. Kowalsky, Cigarrenfabrik en gros, Schönberg, Alkaziensstr. 17.
Empfehle meine vorzüglichsten 5 Pf. und 6 Pf. Cigarren.

Eispenden, Decimal- und Tausendpenden, sowie Milchgeschäfts-Utensilien.
Jordan, Kleine Markuost. 28.

Wer
noch will reell und billig kaufen. Durch Ankauf auf Auktionen und von Konkursmassen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen, als alle anderen Geschäfte! Ich verkaufe daher:
Hochleg. Herr.-Sommerpal. v. 9,75 M. an
Damenmäntel, Jaquets u.
Gaps 8,50
Hochfeine Herren-Anzüge . . . 12,75
Hochfeine Herren-Jacken . . . 2,75
Ledern- u. Arbeit-Jacken zu 2,55
Kellner-Jaquets u. Westen v. 4,75
Herren-Jaquets und Westen in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Sperrgläser, Kessel, Revolver, Zeichngs-, Gewehr-, Harmonikas, Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billigen Preisen!
Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin, 131. Oranienstr. 131.
Arbeitsanzüge **W. Pahr,** Grunewaldstr. 112.

Nie wieder
bietet sich solch günstige Kaufgelegenheit; indem wir den schlechten Zeitverhältnissen Rechnung tragen, sind unsre bekannt billigen Preise abermals herabgesetzt worden. Wir liefern nur gute, reelle Waaren zu nachstehenden Preisen:
12000 Frühjahrs-Paletots von 8, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 27 M. prima.
15000 Jaquet- und Hoch-Anzüge (auch in Tuch und Baumwolle) 10, 12, 15, 20, 25, 27, 30, 35 Mark. prima.
6000 Stoffhosen von 3, 4, 6, 8, 10, 12 M. prima.
Alpaca- und Carntuch-Jaquets von 1,30 M. an.
Bavolons u. Pelerinen-Mäntel für Herren in guten englischen Stoffen von 9 M. an.
Knaben- und Burschen-Anzüge in Wäsche u. Wollstoffen von 3 Mark an.
Goldene 110,
110. Leipzigerstr. 110.

Ein kräftiger Magen und eine gute Verdauung

sind die Fundamente eines gesunden Körpers. Wer sich beides bis in sein spätestes Lebensalter erhalten will, gebrauche den seit Jahren durch seine ausgezeichneten Erfolge rühmlichst bekannten

Hubert Ullrich'schen

Kräuter-Wein.

Dieser Kräuterwein, aus vielfach erprobten und vorzüglich befundenen Kräutersäften mit gutem Wein bereitet, übt infolge seiner eigenartigen und sorgfältigen Zusammensetzung auf das Verdauungssystem eine äusserst wohlthätige Wirkung aus und hat absolut keine schädlichen Folgen. Kräuterwein befördert eine regelrechte, naturgemässe Verdauung, nicht allein durch vollkommene Lösung der Speisen im Magen, sondern auch durch seine anregende Wirkung auf die Säftebildung.

Gebrauchsanweisung ist jeder Flasche beigegeben.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à M. 1,25 und 1,75 in den Apotheken von Berlin: (Depots. **Hobe's Apotheke,** Dresdenerstr. 81; **Weisse Adler-Apotheke,** Friedrichstr. 206; **Apotheke zum weissen Schwan,** Spandauerstr. 77; **Löwen-Apotheke,** Jerusalemstr. 30; **Victoria-Apotheke,** Friedrichstr. 19; **Kronen-Apotheke,** Friedrichstr. 160; **Schering's Grüne Apotheke,** Chausseest. 19; **Apotheke zum rothen Adler,** Alte Rosstr. 26, am Köllnischen Fischmarkt; **Palmen-Apotheke,** Schlesischestr. 14; **Flora-Apotheke,** Invalidenstr. 94; **Sonnen-Apotheke,** Gr. Frankfurterstr. 52; **Fortuna-Apotheke,** Dragonenstr. 6a; **Apotheke zum rothen Kreuz,** Chausseestrasse 118; **Gradt's Apotheke,** Stralauer Platz 20; **Carl Haver's Falken-Apotheke,** Reichenbergerstr. 63; **Pelikan-Apotheke,** Leipzigerstr. 93; **Anhalter Apotheke,** Yorkstr. 19; **H. Schiller's Apotheke,** Kleiststr. 34; **König Salomo-Apotheke,** Charlottenstr. 54 (Ecke Jägerstrasse); **Kurfürsten-Apotheke,** Genthinerstr. 24; **Faber's Apotheke,** Grossbeerstr. 52 (Ecke Hagelsbergerstr. 42); **Johanniter-Apotheke,** Plan-Ufer 11; **Görlitzer Apotheke,** Görlitzerstr. 48 (Ecke Falckensteinstr.); **Apotheke zum goldenen Phönix,** Chausseest. 54; **Elefanten-Apotheke,** Leipzigerstr. 74; **Dennowitz-Apotheke,** Bülowstr. 36, am Dennowitz-Platz; **Reichs-Apotheke,** Elsasserstr. 54; **Admiral-Apotheke,** Admiralstr. 31-32; **Wrangel-Apotheke,** Wrangelstr. 113; **St. Markus-Apotheke,** Markusstr. 1 (Ecke Langestr. am Holzmarktstrasse); **Hirsch-Apotheke,** Koppenstr. 22; **Askanische Apotheke,** Bernburgerstr. 3, am Anhalter Bahnhof; **Arkona-Apotheke,** Arkona-Platz 5; **Strauss-Apotheke,** Stralauerstr. 47; **Mohren-Apotheke,** Grimmstr. 9; **Blumen Apotheke,** Blumenstr. 73), und in den Apotheken von **Schöneberg, Wilmerdorf, Rixdorf, Adlershof, Tempelhof, Rummelsburg, Friedrichsfelde, Friedrichsberg, Köpenick, Weissensee, Frz. Buchholz, Tegel, Spandau, Charlottenburg, Münchener, Friedenau, Steglitz, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Teltow, Buckow, Potsdam, Erkner, Königs-Wusterhausen, Friedrichshagen, Kalkbergs-Rüdersdorf, Alt-Landsberg, Strausberg, Werneuchen, Bernau, Biesenthal, Eberwalde, Granitzberg, Veltin, Krommen, Nauen, Ketzin, Werder, Fürstenwalde, Brandenburg, Rathenow, Friesack, Fehrbellin, Neu-Ruppin, Alt-Ruppin, Lindow, Grasse, Zehdenick, Liebenwalde, Joachimsthal, Freienwalde, Trebbin, Storkow, Mittenwalde, Zossen, Beetz, Lehmin, Belgig, Frankfurt, Küstrin u. s. w., sowie in den Apotheken aller grösseren und kleineren Städte der Provinz Brandenburg, der Nachbarländer und ganz Deutschlands.**

Schweizer-Garten
Am Königsthor — Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag
Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen | Im neuen Saale
aller Art. | **BALL.**
Anfang 4 Uhr. **Entrée 30 Pfennig.**
An den Wochentagen ist das Etablissement an Vereine, Gesellschaften zur Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.

Hanckel's Ablage, Käppel's Restaurant.
Baib, Wasser und dicht an der Station gelegen, empfiehlt sich zu Ausflügen z. Kaffeeküche. Gute Speisen und Getränke. Ausspannung.

C. Freund's Inselgarten **Pichelswerder.**
Empfehle allen Vereinen, Gesellschaften zc. mein idyllisch gelegenes Lokal zu Sommerausflügen. Dampfer-Frühstücks-Haltestelle. Bei Anwesenheit wird Brückenzugang vergütet.